INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

BONZEN RAUS!

REVOLUTIONÄRE 1.MAI-DEMONSTRATION 13 UHR ORANIENPLATZ



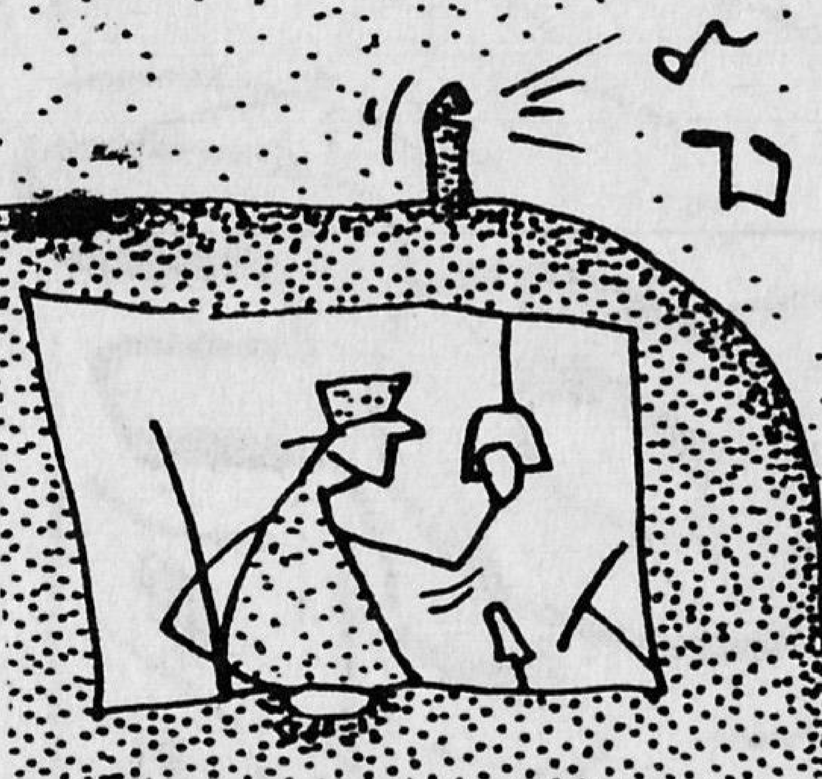
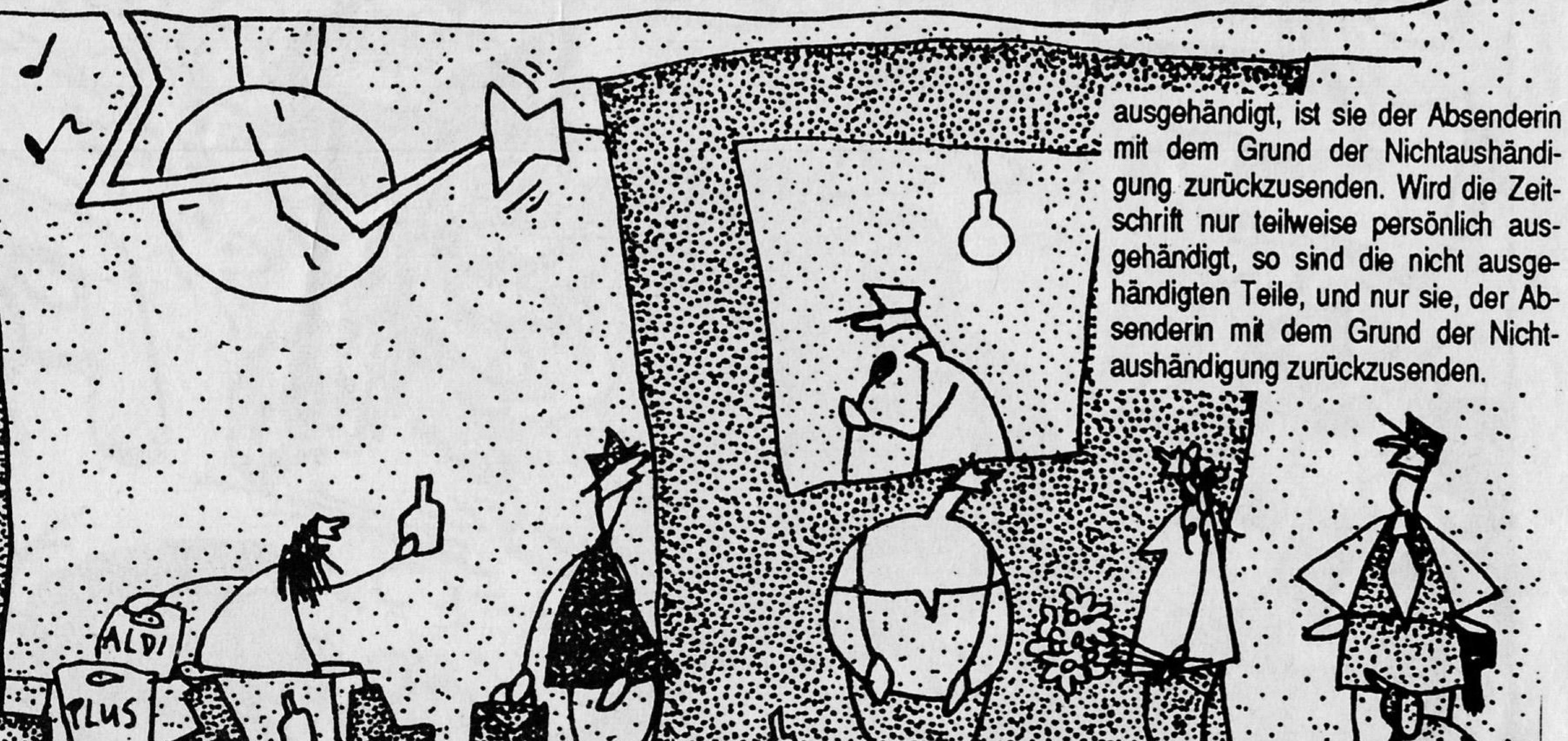
Nr. 191 **30. April 1992**

In Anbetracht des 4-jährigen Bestehens unseres Blättchens als Kommunikationsorgan freuen wir uns die lebhafte und interessante Diskussion um die RZ und RAF dokumentieren zu können. Die aktuelle "Feuerpause" der bewaffneten Gruppen sollte für eine offene Auseinandersetzung über Sinn und Strategie des bewaffneten Kampfes genutzt werden. In einigen Papieren wird dies auch angesprochen. Dies geht für uns weit über die Diskussionen nach dem Hungerstreik 89 hinaus. Die Debatte darf aber nicht wieder wie damals an der fehlenden Auseinandersetzungsbereitschaft der RAF und der Gefangenen scheitern. Die Problematik des nicht vorhandenen sozialen Rückhaltes für revolutionäre Politik, was sowohl die RAF wie auch die RZ feststellet, ist natürlich nichts neues aber geht uns selbstverständlich alle etwas an. Von daher sollten wir uns nicht in der Diskussion zurückhalten und alles aussprechen!
Zum 1.Mai allerdings, fand sich so gut wie nichts in der Post. Dies ist eigentlich auch nur Ausdruck dafür, daß dieses Datum nicht mehr für ein Ereignis steht, das Diskussionen und inhaltliche Diskussionen forciert, sondern sich durch seine Tradition bestimmt. Die Plakate und Aufrufe können dies trotz beeindruckender Vielzahl auch nicht verdecken. Die dreisten Okkupationsversuche der RIM und andere ML-Gruppen scheinen sich diesen Umstand zunutzen zu machen.
Wir begrüßen diese Woche wieder, wie vor 18 Jahren, den kämpferischen Streikblock der ÖTV auf unsrer 1.Mai-Demo. Nachdem der DGB eingesehen hat, daß unsere Demo einfach besser ist, fällt ihr Spaziergang ja dieses Jahr aus. Damals habt ihr nach wochenlangem Streik Willy Brandt gestürzt, dieses Jahr habt ihr nach einem Tag schon Genscher in Pension geschickt. Weiter so!!
Zum Schluß noch Technix: Immer wieder erreichen uns handschriftliche Texte mit der Bitte diese abzutippen - das ist zeitlich einfach nicht möglich für uns!

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

INHALTSVERZEICHNIS:

ORDNERLISTE:

- 2.Veranstaltung WWG 92
- Der Revolutionäre Funke
- ProzessInfo zu Ralf + Knud Nr.4
- Transparent (Köln)
- Sevilla: EXPO92
- Leserbrief an Konkret ausm Knast
- ECN-News

Aufruf zur 1.Mai Demonstration

In die Herzen ein Feuer...

ALLE AUF DIE STRASSE ZUM REVOLUTIONÄREN 1.MAI 1992 !

Die neuere Geschichte des "revolutionären 1.Mai" in Berlin geht ins 5.Jahr. Alle Menschen, die sich in den letzten Jahren daran beteiligt haben - die auf den Demonstrationen und Festen waren, die auf der Straße versucht haben, durchzusetzen, daß sie an diesen Tagen uns gehört - rufen wir auf, sich auch in diesem Jahr zu beteiligen.

Darüberhinaus laden wir alle anderen - die sich aus den unterschiedlichsten Gründen bisher ferngehalten haben - dazu ein, in diesem Jahr mit uns auf die Straße zu gehen.

HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1. MAI

DEMONSTRATION

Die Revolution ist großartig alles andere ist Quark

Rosa Luxemburg 1906

Geht mit uns auf die Straße und bringt zum Ausdruck, was Euch unter den Nägeln brennt: im Stadtteil, auf der Arbeit, in der Ausbildung und am Zusammenleben in der bundesrepublikanischen Gesellschaft der 90er Jahre... Geht auf die Straße, wie es seit über 100 Jahren in der ganzen Welt Millionen von Menschen an diesem Tag tun, weil nirgends und nie die Dinge so sind, wie sie es sollten.

Gegen alle Versuche, z.B. des DGB, ihn zum **Felertag** zu machen, zum Befeiern des Unerträglichen und zum Festschreiben des Bestehenden -ist der 1.Mai **Kampftag.** Kampftag von allen, die sich von Ausbeutung und Unterdrückung, Entrechtung und Bevormundung nicht nur für sich befreien wollen, sondern es auch bei allen anderen nicht aushalten, nirgendwo auf der Welt...

Zum Beispiel in Kreuzberg:

Du läufst durch die Oranienstraße und siehst - einen nach dem andern - der Läden und Werkstätten, der Projekte und Kinderläden verschwinden und diese kleinen aber feinen Läden aus dem Boden wachsen - zu teuer für deinen Geldbeutel. Du biegst in die Reichenberger Straße ein und siehst wie nach der Zwangsräumung der Mieter und Mieterinnen ein Planungsbüro, ein Makierbüro, eine Versicherungsagentur einzieht und hast am Morgen so merkwürdige Andeutungen von deinem Vermieter gehört. Du schickst Deine Kinder in die Schule und erfährst am Abend, daß schon wieder Geld gestrichen wurde für die Kinderreise, die Schulbücher, die Instandhaltung der Schulklos. Du stehst an der Skalitzerstraße und neben dir steht mal wieder die Luft vor Abgasen, aber das reicht ja noch nicht: Stadtautobahn ist jetzt angesagt. Du überquerst den Kotti und gerätst mitten ins Drogenelend. Du gehst die Wrangelstraße runter und hörst von den Leuten, daß der türkische Wirt der Kneipe um die Ecke von einem besoffenen rassistischen Deutschen angestochen wurde. Du gehst als Frau nachts längst nicht mehr alleine über den Mariannenplatz. Du hast immer ein ungutes Gefühl, wenn deine Kinder auf dem Görlitzer Park spielen.

Der Kiez war nie idyllisch. Er war nie das, was wir uns unter einem menschengerechten, solidarischen Lebensbereich vorstellen. Er beinhaltet(e) lediglich die Möglichkeiten dazu.
Aber die Entwicklung der letzten Jahre droht ihn jetzt vollends umzukrempeln. Wohn-, Einkaufs- und Freizeitbereich zunehmend für sog. "Gutsituierte" (d.h. Leute mit Kohle) - andererseits der Versuch, Konsum und Freizeit der verbleibenden "weniger gut Situierten" zu barbarisieren: Spielhallen, sexistische Werbungen und Anmache, Drogen usw.

Dagegen setzen wir: Ausweitung statt Einschränkung unserer Lebensbedingungen...

- Keine Umwandlung von Wohnraum in Gewerberaum, bezahlbare Mieten für alle, keine Spekulanten und Makler, **besser noch:**

Recht auf Wohnraum ist Menschenrecht,
Wohnraum darf keine Ware sein - große, warme, helle Wohnungen zum Selbstkostenaufwand !

- Gleiche schulische Bedingungen in Kreuzberg wie im Grunewald, **besser noch:**

Keine Trennung nach "Ober-" und "Unterschule"; allseitige Ausbildung der handwerklichen, intellektuellen und musischen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen nach ihren Neigungen und unter ihrer Mitwirkung; Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel und Einrichtungen!

- Dealer raus aus dem Kiez, verantwortungsvolleren Umgang von Drogengebrauchern mit ihrer Sucht, **besser noch:**

Für ein Leben jenseits von künstlichen Träumen und Abhängigkeiten !

- Keinen sechsspurigen Ausbau der Skalitzerstraße, **besser noch:**

Der ganze Kiez eine Fußgängerzone. Öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif !

- Keinen Fußbreit den Rassisten und Faschisten im Kiez, **besser noch:**

Entschiedener Widerstand gegen alle, die zu Rassismus und Völkermord aufrufen, ihn betreiben oder davon profitieren.
Gleiche Rechte und Lebensbedingungen für Menschen unterschiedlicher Hautfarbe und Herkunftsland !

- Keinen Fußbreit den Sexisten im Kiez, **besser noch:**

Entschiedener Widerstand gegen alle, die zur Unterdrückung und Verfolgung von Frauen, von Lesben und Schwulen aufrufen, Unterdrückung und Verfolgung betreiben oder davon profitieren.
Gleiche Rechte und Lebensbedingungen für Frauen wie Männer, gleiche Rechte und Lebensbedingungen für Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung !

Die Grenze verläuft zwischen oben und unten, und sonst nirgends !

Zum Beispiel in Berlin:

Explodierende Mieten, fehlender Wohnraum, Verteurung aller Lebenshaltungskosten, Zunahme der Arbeitslosigkeit, krasses Gefälle der Lebensbedingungen in unterschiedlichen Stadtteilen, fehlende Kindertagesstätten, unerträgliche Arbeitssituationen in den Krankenhäusern, Lohndrückerei und rassistische Spaltungsversuche in den Betrieben, Verkehrkollaps.

Das kennzeichnet die derzeitigen Lebensbedingungen in unserer Stadt. Und vor diesem Hintergrund setzt die große Koalition aus SPDCDU, aus Treuhand und Planungstechnokratie, aus Daimler Benz und Deutsche Bank, zu neuen Höhenflügen an: "Stadtentwicklung". Am Potsdamer Platz, in der Friedrichstraße, neuer Zentralbahnhof und Zentralflughafen, Regierungsviertel am Spreebogen, Olympia 2000 usw. usf.
Mammutprojekte, die von den wirklichen Bedürfnissen großer Teile der Bevölkerung in dieser Stadt mindestens eben soweit entfernt sind, wie die **Villenviertel der Bonzen** von den Stadteilen, in denen **wir** leben. Beispiel Hohenschönhausen: Ein Viertel, wo funkelnagelneue (Olympia)Sportstätten geplant sind, gleichzeitig die meisten Häuser noch Außenklos haben.

Berlin ist in einer Umbruchphase. Nicht mehr Mauerfrontstadt, noch nicht "weltstädtische Metropole". Wohin der Zug fährt - jetzt nach der Hauptstadtentscheidung und in einer Phase von Neukolonisierung Osteuropas durch deutsche "Ostlandritter" - ist offen. Widersprüche, vor allem der um ihre Hoffnungen betrogenen Menschen in den östlichen Bezirken, werden mehr notdürftig zugekleistert, als aufgelöst. Aber Ansätze, die nach vorne weisen, sind eher spärlich. Zu schnell setzt sich der DGB an die Spitze von immer wieder aufflammendem Unmut und bremst die Widerstände aus. Zu schnell neigen Menschen zu einfachen Lösungen à la "Ausländer nehmen uns Arbeitsplätze und Wohnungen weg". Zu wenig Phantasie wird frei, wenn es darum geht, unsere Bedürfnisse gegen die Profit- und Machtansprüche der Herrschenden durchzusetzen.
Aber: es gibt sie, die Widersprüche in Berlin...

Wir unterstützen
die Selbstorganisierung und Kämpfe

- von Mietern und Mieterinnen in den Kiezen gegen Mietwucher und Obdachlosigkeit;
- von ausländischen Jugendlichen in Berlin gegen rassistische Angriffe;
- von Flüchtlingen für eine menschengerechte Unterbringung;
- der Lehrer und Lehrerinnen gegen die Verschärfung ihrer Arbeitssituation;
- von Eltern und Erzieher/inn/en gegen die Schließung von Kindertagesstätten und Kinderläden;
- von antifaschistischen Schülern und Schülerinnen gegen Faschisten an den Schulen...

und fordern Euch auf, massenhaft die revolutionäre 1.Mai-Demonstration auch zu Eurer Demonstration zu machen.

Zur Verfassung der BRD:

Die BRD ist der Staat der multinationalen Konzerne. Wenn von der BRD als einem der "reichsten Staaten der Welt" geredet wird, dann ist das der Reichtum der multinationalen Konzerne, ihrer Großaktionäre, ihrer Spitzenmanager, ihrer Staatsbürokratie.

Sicher: von diesem Reichtum fällt für die, die ihn in der BRD produzieren immer noch eine ganze Menge ab - unvergleichlich viel mehr als für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Schwitzbuden und Klitschen, den Produktionsstätten der BRD-Konzerne in der "3.Welt". Wenn aber die Herrschenden von "Gürtel enger schnallen reden", von "teilen", dann meinen sie nicht sich selbst und sie meinen auch nicht gerechte Lebensverhältnisse überall - sie meinen damit, daß sie den Hals immer noch nicht voll genug haben.

"Armut in der Bundesrepublik. Die Tatsache, daß diese Armut weitgehend stumm ist, bedeutet nicht, daß es sie nicht gibt...
1,1 Millionen leben in ländlichen Gebieten und müssen mit 100 bis 400 Mark im Monat auskommen, das sind die Familien der Kleinbauern und Altenteiler. 4,66 Millionen Haushalte mit ca. drei Personen verfügen über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 600 Mark, das sind 21 Prozent aller Haushalte. Über fünf Millionen Rentenabhängige haben eine monatliche Rente bis zu 350 Mark. Hinzu kommen 600.000 Bewohner in Armenanstalten, 450.000 Nichtseßhafte, 100.000 Heimkinder, 100.000 Geisteskranke in Anstalten, 50.000 Erwachsene in Gefängnissen, 50.000 Jugendliche in Fürsorgeerziehung...In Bremen bekommen 11.000 Menschen Feuerungshilfe, weil sie zu wenig Geld haben, um sich die Kohlen selbst zu kaufen. Das Münchner Wohnungsamt rechnet damit, daß die Zahl der Obdachlosen von jetzt 7.300 auf 25.000 steigen wird...Armut in der Bundesrepublik ist nicht im Verschwinden, sie ist im Kommen. Die Wohnungsnot wächst. Die Schulnot wächst. Die Kindesmißhandlungen nehmen zu. ...
20.000 Menschen sterben jedes Jahr - weil die Aktionäre der Automobilindustrie nur für ihre Profite produzieren lassen und dabei keine Rücksicht auf die technische Sicherheit der Autos und den Straßenbau nehmen.
5.000 Menschen sterben jedes Jahr - am Arbeitsplatz oder auf dem Weg dahin, weil es den Produktionsmittelbesitzern nur auf ihre Profite ankommt und nicht auf einen Unfalltoten mehr oder weniger.
12.000 Menschen begehen jedes Jahr Selbstmord, weil sie nicht im Dienst des Kapitals hinsterben wollen, machen sie lieber selber mit allem Schluß.
1.000 Kinder werden jedes Jahr ermordet, weil die zu kleinen Wohnungen nur dazu da sind, daß die Haus- und Grundbesitzer eine hohe Rendite einstreichen können."
(**Rote Armee Fraktion** in "Stadtguerilla und Klassenkampf", **1972**)

Wieviel hat sich in der BRD seit 1972 tatsächlich verändert ?

Manche erinnern sich vielleicht noch: Mitte der 60er Jahre hieß das "Ende des Wirtschaftswunders", Mitte der 70er "Ölkrise", Anfang der 80er Jahre "Wende" und ging jeweils - unter tatkräftiger Unterstützung der Gewerkschaften - einher mit dem Versuch, die Reallöhne zu drücken, die Arbeits- und Lebensverhältnisse zu verschärfen. Und die Unternehmerprofite stiegen...
So auch jetzt, Anfang der 90er Jahre. Im Windschatten der angefachten Hetze gegen die Flüchtlinge, Asylsuchenden und schon länger hier lebenden ausländischen Menschen und unter dem Vorwand der "Solidarität mit den Deutschen im Osten" läuft ein Angriff nach dem anderen gegen unsere Arbeits- und Lebensbedingungen. Im Moment z.B. die laufenden Steuer- und Tarifauseinandersetzungen und die Debatte um die Wiedereinführung von 3 Karenztagen im Krankheitsfall.

So nicht, Kapitalisten !

In allen sozialen Bewegungen der letzten Jahre existieren die Ansätze zur radikalen Umwälzung der Verhältnisse. Im Häuserkampf wird das Privateigentum negiert; die radikale Anti-AKW Bewegung trug mit der Position "Für die Stillegung der herrschenden Klasse" den Klassenkampf parolenhaft in die Ökologiebewegung; die revolutionären AntifaschistInnen bestehen darauf, daß das Gegenteil von Faschismus nicht die bürgerliche Demokratie, sondern die Ausbeutungs- und Herrschaftsfreie Gesellschaft bleibt; in antiimperialistischen Kampagnen wurde vorgeschlagen, statt Almosen in die unterentwikkelt gehaltenen Ländern zu schicken, besser den Verantwortlichen für Hunger, Elend und Unterdrückung hier auf die Füße zu treten; wenn die feministische Bewegung gegen sexistische Ideologie kämpft, greift sie damit eine zentrale Herrschaftsideologie an...
Die revolutionäre westeuropäische Linke - auch die in der BRD - verfügt über eine reichhaltige, mehr als 25-jährige Kampferfahrung.
Gegen das Gerede von "alles ist jetzt anders" sagen wir: Wir müssen diese Erfahrungen nutzen.
Die Kämpfe der Arbeiter und Arbeiterinnen in Rostock, in Henningsdorf; die Selbstorganisierung und die Angriffe gegen Neonazis und Faschisten in den Parlamenten; der Widerstand von Frauen in der ehemaligen DDR gegen den Versuch; sie an Heim und Herd, in die soziale Isolation zurückzudrängen - sind der lebendige Widerspruch zu den gesellschaftlichen Verhältnissen hier in der BRD. Widersprüche, die in jeder Gesellschaft, die auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und patriarchale Herrschaftsicherung beruht, ständig neu entstehen...
Und nach wie vor geht es darum, die Möglichkeiten und Formen zu finden, wie sich das aufeinander beziehen kann.
Der 1.Mai ist darin immer ein Symbol für die Kontinuität der Auflehnung gegen die Klassenherrschaft, gegen das Kapitalverhältnis gewesen. In seiner Tradition laufen die sozialen Kämpfe zusammen, können die vereinzelten Bemühungen der sozialen Bewegungen ihren gemeinsamen Bezugspunkt finden.
Über alle Ländergrenzen hinweg !

Global denken, lokal handeln...

Denn für die Herrschenden existieren sie längst nicht mehr.

Nach der Einverleibung von Grund und Boden, von Produktionsstätten und vor allem von Kauf- und Arbeitskraft der Menschen in der DDR, setzt das deutsche Kapital zum nächsten Sprung an: der endlichen Verwirklichung der nationalsozialistischen Großraumpläne in Europa. Die BRD ist die unbestrittene Nr.1 in Europa und das läßt für die Menschen in einem "Vereinten Europa" Schlimmes ahnen.
Das Herrische an der offiziellen Bonner Politik nach innen gegen die hier lebenden Menschen aus anderen Ländern und nach außen z.B. in den Einmischungen in Jugoslawien - sind erste Vorboten des für Europa vorgesehenen **"Modell Deutschland"**.
Und das heißt: Von deutschem Boden geht **Krieg** aus. Krieg gegen hier lebende und arbeitende Menschen aus Asien, aus Afrika, aus Lateinamerika, aus Osteuropa. Krieg gegen die Bevölkerungen dieser Regionen.
Ihre Mittel sind:

- Gesetze, wie das geplante Wegsperren von Flüchtlingen in Internierungslagern.
- Rassistische Hetze, wie das Aussetzen von Kopfgeldern auf vermutete ausländische Antifaschisten (Chinarestaurant).
- Aushungern durch geplante Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, z.B. in Mali.
- Unterstützung diktatorischer Regimes, wie die Waffenlieferungen an das türkische Militär - Waffen, die jetzt zur Massakrierung der kurdischen Bevölkerung eingesetzt werden.
- Finanzieren der Bombardierung der irakischen Bevölkerung im letzten Jahr.

Krieg dem imperialistischen Krieg !

Die alte Welt des "globalen Ost-West Konflikts" existiert nicht mehr, aber mehr denn je gilt:
jeder verlorene Streik bei VW in Brasilien schwächt uns auch hier, jeder Rückschlag für eine Befreiungsbewegung in Südostasien ist auch ein Rückschlag für uns.
Aber auch:
jede durchgesetzte Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei SEAT in Spanien verbessert genauso unsere Ausgangsbedingung, jede Ausweitung von Handlungsspielräumen der Guerilla in Kurdistan, schafft auch uns mehr Raum.
Das ist umgekehrt ebenso:
Jeder Kampf, jede Auseinandersetzung, die wir **hier** führen, verändert die Kräfteverhältnisse auch für **andere.**

Das meinen wir, wenn wir sagen:

Hoch die internationale Solidarität !

Fangen wir hier damit an, in unseren Kiezen, wo wir gemeinsam leben...



REVOLUTIONÄRE 1.MAI-DEMONSTRATION

13 UHR ORANIENPLATZ, BERLIN.

Route:
Oranienplatz - Oranienstr. - **Adalbertstr.** - Kinderbauernhof - Melchiorstr. - Michaelkirchstr. - Köpenickerstr. - Manteuffelstr. - Skalitzerstr. - Ohlauer Str. - Friedelstr. - Pflügerstr. - Reuterstr. - Sonnenalle-Hermannplatz- Kottbusser Damm - Kottbusser Tor

ANTIFA

* IRVING VERHÜTEN *

Berlin, den 27.April 1992

Antifaschisten und Antifaschistinnen !

Nach Dresden, Halle, Leipzig, Passau... versuchen Faschisten verschiedenster Couleur nun auch in der Berliner Öffentlichkeit zu landen. Dies werden wir ihnen selbstverständlich gründlich versauen und hierfür gleicheinmal ihre für den 9.Mai in Lichtenberg-Karlshorst geplante "Propagandistische Großveranstaltung 'Die Befreiung steht noch aus'" verhindern.

Angemeldet ist besagte Veranstaltung für 14 Uhr in der Zwieseler Str., Ecke Bodenmaiser Weg, just vor jenem Gebäude, in dem vor 47 Jahren die deutsche Kapitulation unterschrieben wurde, einem heutigen sowjetischen Militärmuseum. Anmelder ist Frank Schwert (58), welcher von der CDU über die Rep`s zur "Deutschen Liga für Volk und Heimat" kam, deren Landesverband Berlin-Brandenburg er heute führt. Die DL/VH variiert in ihrem Spektrum über Ex-Rep, NPD bis DVU`ler. Zu den BVV-Wahlen am 24.Mai will die DL/VH als "Freie Wählergemeinschaft Die Nationalen" antreten! Diese trägt auch die Kundgebung.

Die besondere Note bekommt die zu verhindernde Veranstaltung jedoch erst durch den beabsichtigten Auftritt des David Irving. Der Brite Irving verkehrt unter der Berufsbezeichnung Historiker und nennt sich "Revisionist". Es ist unser Geschichtsbild, das es für ihn zu revidieren gilt. Hierbei hat er sich auf die sogenannte "Auschwitz-Lüge" spezialisiert. Irving propagiert die Nichtexistenz von Gaskammern in deutschen KZ`s, leugnet die Vergasung von Millionen Juden im 2. Weltkrieg. David Irving publiziert seit 1964, unterlegt seine Lügen mit scheinwissenschaftlichen Gutachten (Leuchter-Report) und gibt sich auch sonst sehr intellektuell.
In beschriebener Funktion ist David Irving Kristallisationsfigur und Integrationsvehikel von DVU bis zu militanten Neonazis.
Sein "Revisionismus" ist neben dem "Ausländer-raus"-Komplex ein wesentliches Standbein neuer faschistischer Bewegungen und soll mittels Weißwäsche deutscher Geschichte Platz schaffen für die Neuauflage eines 3. Reiches.
Durch die Teilnahme dieses Irving, für den übrigens Einreiseverbot besteht (trotzdem in Passau gewesen), erhält die geplante Kundgebung eine Bedeutung, die weit über den Rahmen sonstiger Nazi-Selbstdarstellungen hinausgeht.
Der Staatsschutz rechnet mit 1700 Teilnehmern, Erfahrungen zeigen jedoch, daß fast immer geradeмal die Hälfte von dem kommt, was angekündigt wurde (wenn überhaupt).
Wichtig ist auch zu wissen, daß in dem Gebiet des geplanten Aufmarsches vornehmlich Familien der GUS-Truppen wohnen.

Nun zu uns. Was bis jetzt feststeht, ist, daß es dagegen eine Bündnis-Demo gibt, samt Gewerkschaften, PDS, SAG, FRIKO, JUSOS, VVN... Die soll um 11 Uhr am Bärenschaufenster, U-Bahnhof Tierpark beginnen und nach Karlshorst gehen. Nach Einschätzungen des Bündnisses werden wohl viele, viele Leute kommen.

Wir rufen zu einem eigenen autonomen/Antifa-Block auf.

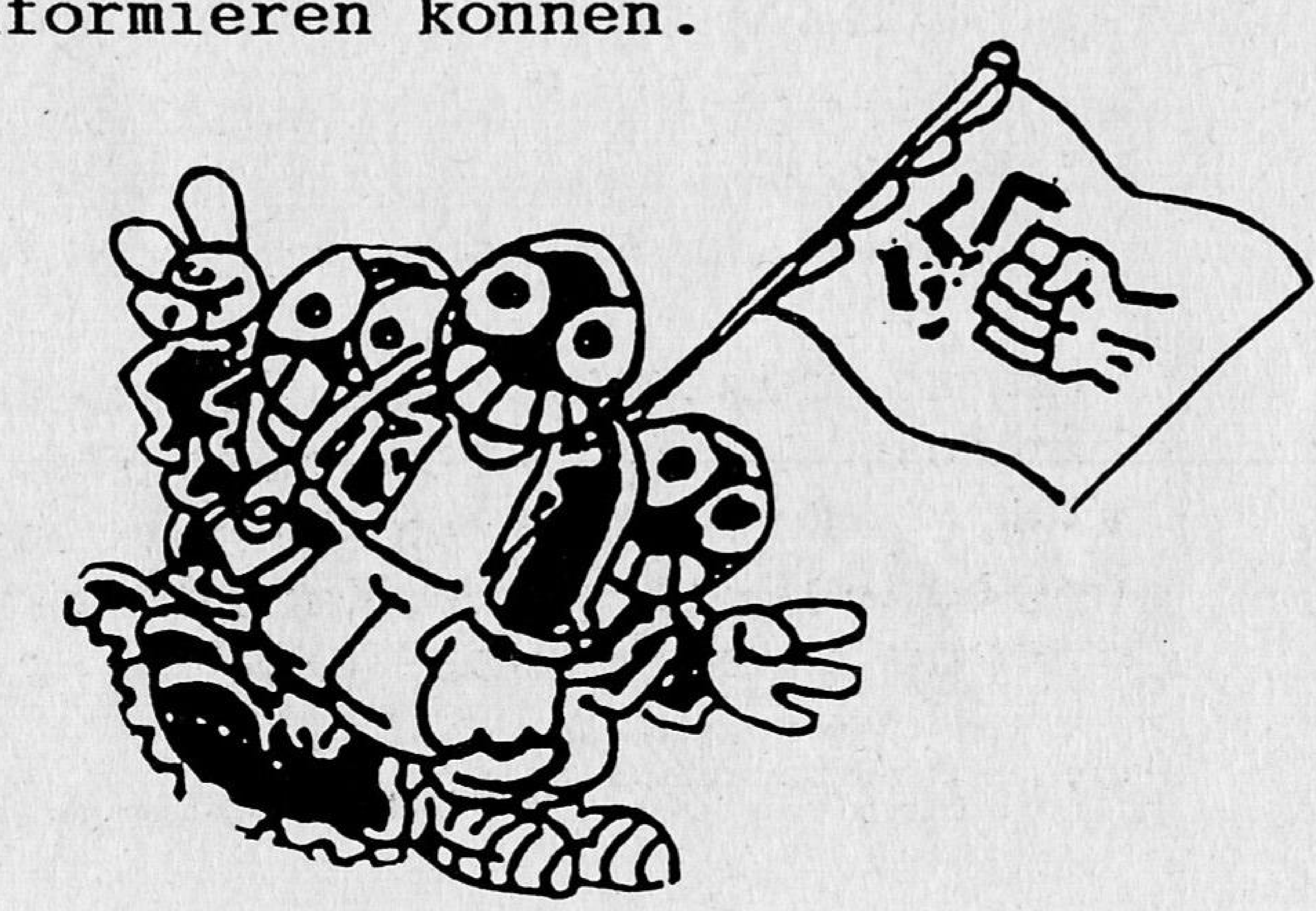
Ob die Demo lediglich bis zum S-Bahnhof Karlshorst gehen wird oder ihren Abschluß auf dem Kundgebungsplatz der Faschisten finden kann, ist bis zu diesen Moment ungewiß. Gelingt uns letzteres, wäre natürlich schon viel gewonnen. Fakt ist, daß ein Großteil des Bündnisses durchaus willens ist, bis zum Kapitulationsmuseum vorzudringen. Sollte eine Demo bis dorthin nicht möglich sein, sehen wir nur einen Weg.
Aus den oft frustrierenden Erfahrungen der letzten Jahre und Monate, daß sich Veranstaltungen selten mit Gegenveranstaltungen irgendwo weit weg verhindern lassen, setzen wir auf persönliche Anwesenheit auf zu verhindernder Veranstaltung durch ganz "legale" Teilnahme, schließlich soll das eine öffentliche Veranstaltung sein. Wenn also eine konventionelle Verhinderung nicht drin ist, bleibt uns die Annahme eines bestimmten (normalen) Äußeren, Auseinandersetzungen mit den Bullen müssen im Interesse des Erfolges tatsächlich einmal zweitrangig bleiben (siehe Leipzig). Sind wir erst einmal mit entsprechend vielen Leuten auf dem Platz, einen Zutritt werden uns die Bullen mit besagtem Äußeren kaum verwehren können, ist die Show so gut wie gelaufen. Hier reicht das Spektrum unserer Mittel nun von der rein verbalen Attacke bis zur ganz konkreten Auseinandersetzung.
Nach unseren Vorstellungen soll es sowohl bereits parallel zur Demo vor Ort aktiv werdende Gruppen geben wie auch den Versuch, im Anschluß an die Demo zum Veranstaltungsort zu gelangen. Seht Euch die Gegebenheiten schon vorher mal an (ganz schön kompliziert). (Also nicht gleich raufhauen auf jedes braune Scheißerchen, sondern infiltrieren, nach den günstigsten Ausgangspunkten schauen und dann, den jeweiligen Bedingungen entsprechend kreativ differenziert zersetzen...)
Wir müssen aus dem Tal der frustrierenden Pflichtkatastrophen herauskommen und massenhaft neue Wege gehen. Dies wird ein Versuch...
Es wird keine zentralen Strukturen für geplantes Vorgehen geben, jetzt wird selbstbestimmt gehandelt.

In aller Vorbereitung sei bedacht, daß eine örtliche Verlegung der Nazi-Kundgebung durchaus möglich bleibt. Bei der geplanten Größenordnung dieser wird uns das jedoch kaum entgehen.
Bleibt also unbedingt flexibel, informiert Euch.

ACHTUNG! Am Dienstag, den 5.Mai, 20 Uhr, im Mehringhof läuft eine VV zur Sache. Kommt alle!

An dieser Stelle möchten wir auf die Antifa-Veranstaltung am 8.Mai, 20 Uhr im SO36 (anschl. Disko) hinweisen. Das ist ein Tag davor, hier werden wir noch einmal informieren können.

Also bis dann...
Unabhängige Antifa-Gruppen



RAF/RZ-Debatte

WENN DAS KIND MIT DEM BADE AUSGESCHÜTTET WIRD...

In den letzten 6 Wochen haben zwei sehr unterschiedlich und in der Vergangenheit gegensätzlich politisch argumentierende bewaffnete Gruppen, die RAF und eine Gruppe der RZ das(vorläufige) Ende ihres bewaffneten Kampfes angekündigt.
Beim Lesen der beiden Erklärungen fallen überraschende Parallelen in der Begründung ihrer Aufgabe auf. Diese an vielen Stellen sehr pauschalen Argumentation provozieren bei vielen von uns Widerspruch. Wobei mir persönlich bei der Lektüre des RZ-Textes in der 'konkret' richtig die Wut hoch kam, während hingegen der Text der RAF an einigen Stellen für mich richtig was Neues enthielt.
Beiden Texten scheint noch was gemeinsam zu sein: Mensch kann nur zwischen den Zeilen erraten, warum sie jetzt diesen Schritt tun, denn die politische Begründung für die Einstellung ihrer bewaffneten Politik ist vielfach dünn und widersprüchlich. Ärgerlich ist die Gleichsetzung von revolutionärer Politik und bewaffnetem Kampf. Trotzdem: es tun sich neue Möglichkeiten auf, über alte Fehler von bewaffneten und militanten Gruppen jetzt schonungsloser und ohne politische Scheuklappen zu diskutieren um vielleicht daraus ein neues gemeinsames politisches Terrain uns zu erobern.

Zu der RZ-erklärung:

Die RZ schreiben, "daß die Form und Struktur unseres Kampfes Ausdruck einer bestimmten Phase der Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche in der BRD nach 1968 war, die unwiderruflich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und den darauffolgenden Zersetzungsprozessen, der deutschen Wiedervereinigung und der im zweiten Golfkrieg skizzierten 'Neuen Weltordnung' ihr Gepräge verändert haben". Zwei Sätze weiter sprechen sie von "endgültigen Sprung Deutschlands zur Weltmacht". Diese "objektive Analyse" erfordere "im Grunde eine ganz andere Stufe der Organisierung des militanten und revolutionären Widerstandes". Und noch allgemeiner für die Linksradikalen stellen sie resigniert fest:"Die Bedingungen linksradikaler Politik haben sich innerhalb kürzestester Zeit vollkommen verändert". Schließlich beklagt diese Gruppe der RZ einen "Wandlungs- und Auflösungsprozeß der Linken insgesamt."
Diesen globalpolitischen Einschätzungen ist einiges entgegenzusetzen:
a) Wenn Deutschland nach dem 9.11.89 plötzlich Weltmacht geworden ist, müßte schon gesagt werden durch welche ökonomischen und militärischen Schritte dies erfolgt ist. Meiner Meinung nach hat sich die wirtschaftliche Stellung der BRD auf dem Weltmarkt - zumindestens für die nächsten Jahre - eben u.a. wegen der finanziellen Lasten der Wiedervereinigung - eher verschlechtert. Die Wirtschaftsseiten der bürgerlichen Presse sprechen auch nicht von einer Verbesserung für die großen (west-)deutschen Multis durch die Wiedervereinigung, sondern warnen eher im Gegenteil vor einer'Vernachlässigung'der übrigen Märkte. ernüchterung ist auch bei den Herrschenden eingetreten, was die neuen vermeintlich großen Absatzmärkte im Osten angeht.
Militärisch gesehen ist zwar die NATO jetzt ohne atomaren, gleichwertigen Gegner. Die Bedeutung der BRD innerhalb der NATO ist jedoch noch keinesfalls die einer 'Weltmacht'. Wie der Golfkrieg gezeigt hat, ist die BRD Weltmeister im Zahlen geworden. Zwar gibt es immer wieder neue Pläne der Bundeswehrspitze über die möglichen 'out-of-area-Einsätze' und über die Aufstellung einer sogenannten 'Schnellen Eingreiftruppe' mit bundesdeutschem Adler. Aber innenpolitisch und gegenüber den früheren Westallierten scheint das derzeit politisch nicht durchsetzbar. Zumal in der BRD mehr und mehr Menschen, dies belegen bürgerliche Meinungsforschungsinstitute, den Sinn und Zweck der Bundeswehr in Zweifel ziehen.
Wenn es eine Weltmacht-Stellung der BRD gibt, dann hat das BRD-Kapital diese schon seit längerem in bestimmten Branchen inne und ist nicht erst durch die Wiedervereinigung in diese Rolle geschlüpft. Ein gutes Beispiel dafür scheint mir die Rolle der westdeutschen Banken bei den Umschuldungsverhandlungen mit Polen und der UdSSR seit Mitte der 80er Jahre zu sein, denn seitdem sind u.a. gegenüber diesen Ländern die drei westdeutschen Großbanken die Hauptgläubiger.
Aus den ökonomischen und militärischen Veränderungen seit 1989 lassen sich demnach unmittelbar keine negativen Veränderungen für die Handlungsbedingungen militanter Gruppen ableiten. Eben weil die sich gar nicht so sehr verändert haben, die warn und sind schon Jahre vor der Wiedervereinigung für uns ziemlich mies.

b) Was sich für die Linksradikalen vollkommen verändert hat,liegt eher auf der ideologischen Ebne. Der Realsozialismus - oder eben was die Bevölkerung darunter versteht: der Marxismus/Kommunismus - ist am Ende. Politisch, wirtschaftlich und ideologisch in sich zusammengebrochen. Wir können jetzt nicht mehr tun, als sei für unser Handeln die politische Landschaft von der Elbe bis zum Ural für uns völlig unerheblich. Über Jahrzehnte war sie für uns wie ein weißer Fleck. Diese Versäumnisse rächen sich jetzt bitter. Es war unser eigener Fehler, daß wir die gefahren der Zentralisation der Macht im Namen der 'Diktatur des Proletariats' runtergespielt haben oder sie als notwendiges Übel im Kampf mit dem inneren Klassenfeind und dem äußeren imperialistischen Gegner eingestuft haben.
Es war unser eigener Fehler, zu wenig entschieden, zu ungenau den Stalinismus und seine späteren Spielarten in Osteuropa schonungslos zu kritisieren. Wenn überhaupt haben einige von uns das auf der theoretischen Ebene vorgenommen und Stalin als Verfälscher der vermeintlich 'reinen Lehre' des Marxismus-Leninismus demaskiert. Aber über die tatsächlichen Herrschafts- und Lebensverhältnisse in den realsozialistischen Ländern hatten doch die meisten von uns keine Ahnung oder schlimmer noch, interessierte uns überhaupt nicht.
Insofern ist die von den RZ beklagte "vollkommene Veränderung" der Bedingungen für linksradikale Politik nur das Ergebnis eigener, jahrelanger Versäumnisse - zumindest auf ideologischer Ebene, und das gilt für uns alle. Von deswegen sind wir auch zu Recht "von der Geschichte überrollt" worden.
Wenn die RZ einen "Wandlungs-und Auflösungsprozeß der Linken insgesamt" beklagen, so gilt das derzeit doch vor allem für die sich auf den Marxismus-Leninismus berufende Linke von DKP über KB bis hin zu der'Radikalen Linken', die außer Zeitungen produzieren und ellenlange Papiere über die Krise zu schreiben in den letzten Jahren nix zustande gebracht haben. Eben weil sie seit Gorbatschow nur noch dabei waren, die Trümmer ihres eigenen ideologischen Gemäuers zusammen zu kehren. Diese'Papierlinke'hat zurecht ihren politischen Abgang gemacht.

c) Darüberhinaus gibts doch aber noch ein paar Linksradikale (der VS zählt allein Berlin "zum harten Kern" 1000) Autonome, die sich nicht aufgelöst haben. Wir stecken zwar schon seit meheren Jahren in einer tiefen Krise, spätestens seit dem Ende der IWF-Kampagne, seitdem die letzte große politische Bewegung verschwunden ist. Wir hocken in einer tiefen Identitätskrise und unser politischer Widerstand kocht eher auf Sparflamme. Politisch sind die Autonomen und Antiimperialisten aber durchaus noch ab und zu präsent - wie im Antifa-Bereich oder lokal auch im Flüchtlingsbereich. Es ist schon äußerst anmaßend, wenn die RZ uns mit ihrer These der "Auflösung" der Linken insgesamt gleich mitaufgelöst haben - nur weil es vielleicht unter uns keine Promis gibt, die ab und zu auch mal in der 'konkret' zu Wort kommen dürfen.
Was sich allerdings aufgelöst hat, ist die Vision von Befreiung durch die sozialistische (Welt-)Revolution. Das 'Gespenst des Kommunismus' hat sich in Europa verflüchtigt, ist keine Bedrohung mehr für die Bourgeoisie. Im Gegenteil, das 'Gespenst' des Realsozailismus hat sich als furchtbares Unterdrückungs- und Ausbeutungsystem herausgestellt, mit einer verlogenen und amoralischen Parteiführungsclique an der Spitze.
Die RZ beklagt, in den "Strudel der Auflösung linker Utopien und kommunistischer Systeme" geraten zu sein. erstmal ist festzuhalten, daß dies ein Strudel der Auflösung von Illusionen, von Ideologie, ist - und das ist gut so! Desweiteren hat die RZ schon vor Jahren in ihren Papieren den Realsozialismus vehement und richtig kritisiert. Wieso gibt's dann heute noch das Gefühl des "Strudels"?
Die RZ reden vom "Abtritt der Linken als innenpolitischer Faktor", weil sie "unfähig" war, dem Nationalismus mit "internationalistischer Perspektive" entgegenzutreten. Hier, finde ich, wird das Kernproblem umschifft. Es wird nicht gesehen, daß die "internationalistische Perspektive" schon Jahre vorher (vielleicht unterbrochen durch die Lybien-Solidarität und IWF-Kampagne) im Niedergang in der BRD war bzw seit dem Ende der Vietnam- und Chilesolidarität Mitte der 70er Jahre nur noch einmal aufflackerte und an Breite gewann, das war 1979-84/85 Nicaragua. Selbst die Salvador-Bewegung hatte schon nicht mehr diese Breite bis ins kirchliche/sozialliberale Lager hinein.
Die von der RZ im Zuge der Weidervereinigung eingeforderte internationalistische Persepektive hätte die Dimension von gesellschaftlicher Breite haben müssen, welche sie aber schon Anfang der 80er Jahre verloren hatte!

BEWAFFNETER KAMPF UND REVOLUTIONÄRER WIDERSTAND

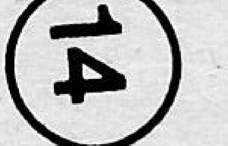
Die RZ schreiben in ihrer Erklärung, daß ihre Praxis zu einer "Vermassung unserer Angriffsformen" geführt habe und es ihnen gelang "in den Teilbereichskämpfen die Bereitschaft zum militanten Widerstand zu fördern". Beide Aussagen sind anmassend und historisch falsch. Zudem schimmert wieder die von ihnen früher abgelehnte Avantgarderolle durch.
Im Anti-AKW-Kampf hat u.a. die Radikalität der Wyhler Bauern mit ihrer ersten Bauplatzbesetzung eine weitaus größere Ausstrahlung gehabt und der Spruch "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht" wurde Mitter der 70 er Jahre in Brokdorf und Grohnde in militante, massenhafte Praxis umgesetzt. Die ersten Hausbesetzungen in Berlin (das kenne ich aus den Liedern von 'Ton, Steine, Scherben')oder die in Frankfurt 1972 und deren militante Verteidigung liefen, da gabs noch nicht mal den Namen RZ! Schließlich wäre auch noch zu untersuchen,ob nicht die militanten Demos gegen Ende der Studentenbewegung (siehe u.a. die 'Schlacht am Tegeler Weg') und die Wilden Streiks 1969 und ersten Betriebsbesetzungen das Selbstverständnis für militante Gegenwehr entscheidend mitverbreitert haben, also so was wie den Bodensatz für die spätere Massenmilitanz vor den AKW-Bauplätzen gebildet haben. Aus dieser Militanz sind u.a. die RZ hervorgegangen und nicht umgekehrt.
Darüberhinaus ist in diesem Zusammenhang an die RZ die Frage zu stellen, wo für sie militanter Widerstand anfängt, wo der "qualitative Sprung" zum bewaffneten Kampf liegt, den sie ja wohl als höhere/revolutionärere Form des Widerstands in ihrem Text darstellen? Die RZ hierachisieren hier die militanten Mittel, was sie in den Jahren zuvor immer politisch bekämpft haben. Immer wieder heben die RZ in ihrer Erklärung auf die eingesetzten Mittel ab und nicht auf die Beziehungen zur angewandten Form (Massenmilitanz und Massenhaftigkeit bestimmter Formen des Widerstandes sind in vielen Situationen politisch entscheidender als drei Schüsse in die Beine von irgendeinem Schwein - so haben es die RZ früher selbst formuliert) schließlich geht es primär für die Revolutionäre um die Veränderung und Eroberung der Köpfe und Herzen der Menschen, die in Widerspruch zum System der Herrschenden geraten!
Besonders merkwürdig finde ich die Selbstkritik der RZ am Ende ihrer Erklärung: Sie kritiseiren sich,der "Zersplitterung autonomer Zusammenhänge" keine "vereinheitlichende Perspektive entgegen"-gesetzt zu haben. Ich kann nur sagen: Ein Glück, das euch das nicht gelungen ist. Das wäre dann bestimmt das Ende von den Autonomen als politische Bewegung und Widerstand gewesen. Alle Versuche in der Vergangenheit, den Autonomen eine Führung überzustülpen sind gescheitert, weil dies zentral einem der wenigen allgemein gültigen Prinzipien autonomer Politik widerspricht: Keine feste Führung, kein Programm zu haben. Damit ist nicht gesagt, daß in den Städten es ganz schön feste informelle Machtstrukturen gibt!
An diesem Punkt sitzen die RZ, wie verschiedene andere linksradikale Gruppen (Antifa-M, Göttingen, Fels Berlin oder Autonome Kommunisten) der Illusion auf, in Zeiten des Bewegungsniedergangs sei der Rettungsanker in einer straffen politischen Organisierung unter einer bestimmten politischen Programmatik zu finden.
Die RZ kritisieren sich selbst auch in dem Punkt, daß ihre "Mittel" kalkulierbar blieben, auch deshalb, weil ein Klassenbezug sich nicht herstellen ließ. Meiner Meinung sind die Klassenkämpfe auf breiterer,für die Herrschenden bedrohlichen Ebene, in der BRD seit dem Ende der Streikbewegung 1973/74 nicht mehr vorhanden. Deswegen konnten die Aktionen der RZ und der RAF sich auch nicht in Beziehung zu den Klassenkämpfen stellen. Die Guerilla in der BRD war, höchstwahrscheinlich von Anfang an, mit dem Mittel des bewaffneten Kampfes in bezug auf die kämpfenden Teile des Proletariats politisch isoliert! Eine passive Zustimmung oder stille Freude wie bei Schleyer war nie in politische Unterstützung der Stadtguerilla umdeutbar.
Zum Schluß will die RZ der "Selbstaufgabe revolutionärer Politik nicht das Wort reden". Ich finde aber, genau das tun sie aber. Weil sie darunter nur das verstehen, was die RZ, 2. Juni oder dieRAF gemacht haben! Die RZ heften an revolutionäre Politik das Mittel des bewaffneten Kampfes. Dabei wird mißachtet, daß für revolutionäre Politik bewaffneter Kampf nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und in einem relativ engen Zeitraum des revolutionären Prozesses eingesetzt werden kann. Bewaffneter Kampf allein macht noch keine revolutionäre Politik aus!

Auch an dieser Stelle ist auffällig, daß die RZ in ihrer Rückschau auf ihre eigene Politik ihre früher propagierten Zielsetzungen und Formen des Kampfes jetzt auf den Kopf stellen.
Die RZ müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, in das Horn des Zeitgeistes zu blasen: revolutionärer, militanter Widerstand, illegale Arbeit sei überholt, unmöglich. Für sie mag das ja zutreffen, für ihr zuletzt geltendes politisches Selbstverständnis - aber eben erstmal nur für sie. Warum sagen sie das nicht so deutlich? Das finde ich das eigentlich Ärgerliche an der Erklärung.
Daß wir viel langfristiger, illusionsloser denken und handeln müssen, kommt bei der RZ nicht vor, oder geht unter (nebenbei könnten wir auch einigen verbal-radikalen Ballast über Bord werfen). Nicht von ungefähr kann so eine Position deshalb auch in dem Zynikerblatt 'konkret' erscheinen.

Zur Erklärung der RAF:

Auch die RAF führt als Begründung für ihre Zurücknahme der "Eskalation" die "Tatsache, daß wir alle vor einer völlig veränderten Situation im weltweiten Kräfteverhältnis standen" an: "Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, der seine Ursache wesentlich in den im Inneren ungelösten Widersprüchen hatte, hat katastrophale Auswirkungen für Millionen Menschen weltweit und hat alle, die rund um den Globus um Befreiung kämpfen, auf sich selbst zurückgeworfen."
Hier, wie bei der RZ ist zu fragen, ob tatsächlich erst durch den Zusammenbruch des Realsozialismus es zu diesen katastrophalen Auswirkungen für Mio. Menschen gekommen ist. Worin bestand , vor dem Ende des 'Kalten Krieges', die Hoffnung für die Millionen? Die UdSSR z.B. hat materiell und waffenmäßig Kuba, Nicaragua und Vietnam in den 80er Jahren unterstützt. Für die meisten Völker des Trikonts, die unter Diktaturen, Hunger und Elend zu leiden haben, stellte der Realsozialismus in keiner Weise eine Hoffnung dar. Eher im Gegenteil. Die UdSSR kooperierte z.B. mit einigen Oligarchien im Trikont, dealte mit Südafrika um die Aufrechterhaltung des Gold- und Diamantenmonopols und stützte dadurch objektiv das Rassistenregime. Auch was den Handel mit den Trikontländern betraf, verhielten sich die realsozialistischen Länder, bis auf die Ausnahmen Kuba, Vietnam, Nicaragua, wie die imperialistischen Staaten und deren Konzerne, das ist nachgewiesen. Der endgültige Zerfall des Realsozialismus hat nicht bewirkt, daß Millionen im Trikont jetzt in die Katastrophe stürzen. In Lateinamerika hatte die kubanische Revolution, hatte der Kampf von Che in Bolivien und hatte die Revolution in Nicaragua eine höchst wichtige Vorbildfunktion, waren Hoffnungsträger. Aber die Linksradikalen, Revolutionäre in Uruguay oder in Chile sind nicht wegen der fehlenden Unterstützung der UdSSR gescheitert (die so und so nie auf der Tagesordnung stand, spätestens seit der sogenannten Kubakrise 1962) sondern vor allem an ihren eigenen Fehlern, so sagen es heute jedenfalls u.a. viele Tupas. Und das die MIR in Chile politisch nicht mehr existent ist, liegt nach dem Abtritt von Pinochet nicht am Zusammenbruch des Realsozialismus, sondern an viel komplexeren innenpolitischen Faktoren und am Zersplitterungsprozeß der MIR-Restgruppen. Also, der'Zusammenbruch' der UdSSR kann an sich kein Grund sein für die RAF.
Für interessanter und wichtiger halte ich den zweiten angeführten Grund der RAF für ihre Denkpause:"Wir haben aus verschiedensten Gründen keine Anziehungskraft mehr für die Menschen hier entwickelt, die gemeinsames Handeln möglich macht." Und: "Gefehlt hat die 'Suche' nach unmittelbaren positiven Zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zuexistieren. Daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben uns die erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt." Das finde ich neu bei der RAF. erstaunlich gar ist, wenn die RAF zum ersten mal sich auf die "Gegenmacht von unten" bezieht. Von Menschen, die "eigene soziale werte im Alltag"entwickeln redet, die nicht in Ohnmacht vor dem Imperialismus verharren sondern "ihre Bedürfnisse, ihre Solidarität gemeinsam umsetzen."
Solche Formulierungen sind an sich eine radikale Abkehr von dem politischen Selbstverständnis der RAF seit dem Maipapier '82, seit der erstmaligen Erwähnung des Frontkonzepts, der Notwendigkeit des Aufbaus der revolutionären Front in Westeuropa. Dmals stand für die RAF der Aufbau der Guerilla an oberster Stelle, alles andere war zweitrangig oder gar "sozialarbeiterisch".
In dieser Erklärung nimmt die RAF deutlich ihre Avantgardeansprüche zurück und öffnet sich für Diskussionen um andere Formen des Kampfes um Befreiung in der Metropole.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, daß wir Autonome auch keine große Attraktivität für Menschen außerhalb des Scene-Ghettos haben, daß wir derzeit auch keine positiven Ziele formulieren können, keine gesellschaftliche Alternative den Unterdrückten, Armen hier in der Metropole anbieten können. Insofern stehen RAF, Antiimps und Autonome zusammen wieder am Ausgangspunkt.
Doch bleibt beim Lesen des Textes auch eine gehörige Portion Skeptsis.
Nämlich da, wo die RAF die Zurücknahme der Eskalation mit dem Verhandlungsangebot an Kinkel verknüpft.
Gerade der HS 1989 hatte doch eine dermaßene Breite (auf Kosten einer politischen Entschiedenheit und Klarheit, was viele Autonome kritisiert haben) erlangt, ohne daß sich nennenswert was im Staatsapparat bewegte. Woher nimmt jetzt die RAF die Hoffnung, mit der Rücknahme der Eskalation aus der Auseinanderstzung..."diesen politischen Raum aufzumachen"?
Die RAf stellt richtig fest, daß "sie (die Schweine) an keinem Punkt freiwillig zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe" notwendig sein. Die Frage ist doch noch einmal, welcher Raum soll jetzt aufgemacht werden, wo doch vor drei Jahren ein breites gesellschaftliches Bündnis von kirchlichen Gruppen über Friedensgruppen, EX-Revis bis zu Antiimps die Forderung nach Zusammenlegung nicht durchsetzen konnte? Und vor allem, was ist denn tatsächlich das Druckmittel der RAF?
Mit dem "Raum" können eigentlich nur die im Staatsapparat gemeint sein, wo einflußreiche Kapitalisten und Manager Zugang haben und die jetzt froh sind, daß die RAF sie in Ruhe lassen will und die sich dann zum Dank für die Haftunfähigen stark machen bei der Betonfraktion. Die RAF setzt auf'Verhandlungen' mit diesen Teilen des Herrschaftsapparats. Doch was hat die RAF für diese Verhandlungen noch in der Hand, nach dieser ihrer Erklärung? Der 'Spiegel' vermutet "zum Nulltarif" mache die RAF diese Offerte an Kinkel.
Die RAF schreibt am Ende ihres Textes:"Jetzt ist die staatliche Seite gefragt, wie sie sich verhält. Und weil heute noch niemand weiß, wollen wir den Prozeß von Diskussion und Aufbau schützen." Zu fragen ist, vor wem soll der Aufbau geschützt werden? Daß die Bullen, der Staatsschutz jeden Versuch, revolutionäre Strukturen, die eben nicht auf die militante Praxis verzichten sondern sie neu bestimmen wollen, bekämpfen, unterlaufen werden, ist doch sonnenklar. Und zwar überall dort, wo im öffentlichen Raum, in den Kämpfen der Frauen- , Antifa, Flüchtlings-, Stadteilbewegungen militante Praxis propagiert wird, taucht doch der Staatsschutz auf. das ist doch unsere erfahrung seit 2 Jahrzehnten. In München gar, dürfen politische Gruppen, egal welcher linken Orientierung, noch nicht mal über die allgemeinsten Formen des Widerstandes diskutieren, ohne daß der Staatschutz einreitet und die 129a-Keule schwingt. Wie will da die RAF was schützen? Den Raum für die Diskussion über neue Perspektiven revolutionärer Politik müssen sich die Gruppen und GenossInnen schon selbst erkämpfen, da nutzt keine alte und neue Avantgarde als Schutz vor der "Walze aus Repression und Vernichtung", wie die RAF selbst schreibt. Die kommt jetzt auch nicht zum Stillstand, nur weil die RAF eine Denkpause einlegt. Siehe die immer wieder neuen 129aVerfahren gegen militante Linksradikale oder gegen die Kurden.
Von daher ist auch die Drohung mit der Wiederaufnahme des "Krieges" reichlich hohl. Zum einen weil die RAF selbst vorher selbstkritisch von der Notwendigkeit der Neubestimmung revolutionärer Politik im ZUge des Aufbaus von Gegenmacht von unten spricht (und das kann durchaus ein paar Jährchen dauern) und zum anderen, weil wir davon ausgehen müssen, daß die Schweine mit all ihren Mitteln versuchen werden, diesen Prozeß zu verhindern - und da helfen auch nicht ein paar erfolgreiche Anschläge auf irgendwelche Manager weiter. Sowas wäre kein "Schutz" für unsere Diskussionen.
In der Argumentationslogik der RAF kann es auch gar keine Pause an sich geben, denn wie die RAF selbst sagt, geht der Krieg der Schweine doch weiter. Das ist keine überzeugende Begründung für die Rücknahme der'Eskalation'. Für mich schimmert an dieser Stelle zwischen den Zeilen eine andere Begründung durch: Sie haben keinen Bock mehr. Sie sehen derzeit keine Perspektive für ihren Kampf, die Aussicht auf politische Erfolge ist gleich Null.
Das wären für mich verständliche, allzuverständliche Gründe. Das wäre ehrlich, würde jede/r verstehen und keine große Fragen hinterlassen. Keine neuen Illusionen und Mythen aufbauen! Davon haben wir alle in der Vergangenheit zu viele produziert.
Pepone



Wir sind eine Gruppe aus dem Organisationszusammenhang der REVOLUTIONÄREN ZELLEN. Die Veröffentlichung einer weiteren Gruppe der RZ zum Tod von Gerd Albartus zwingt uns, öffentlich etwas dazu zu sagen, obwohl wir das wegen der unzureichenden Informationen nicht beabsichtigten.
Darüberhinaus werden wir kurz auf das Papier einer anderen RZ-Gruppe eingehen, die den bewaffneten Kampf aufgeben will.

Inzwischen dürfte deutlich geworden sein, daß es innerhalb der RZ verschiedene Tendenzen gibt. In dieser und anderen Veröffentlichungen werden wir uns deshalb durch einen Namenszusatz kenntlich machen.

Das Papier zum Tod von Gerd wurde gegen unseren Willen mit dem Gesamtnamen RZ unterzeichnet. In vorausgehenden Diskussionen hatten wir deutlich gemacht, daß dieses Papier nicht unserer Haltung und unserer Praxis zum internationalen Befreiungskampf entspricht. Der Nachruf auf Gerd wird mißbraucht zu einem selbstherrlichen Rundumschlag auf Kosten der kämpfenden Völker im Trikont. Mit der gleichen fehlenden Gewissenhaftigkeit werden die Umstände seines Todes angedeutet. Die verantwortliche Organisation wird nicht genauer charakterisiert; das leistet Spekulationen Vorschub, die dem palästinensisichen Widerstand nur schaden können. Es handelt sich um eine sehr kleine Organisation, die auf der rein militärischen Ebene kämpft und die sich selber dem internationalen antiimperialistischen Befreiungskampf zurechnet.

Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit dieser Organisation ab, da die Stoßrichtung ihrer Aktionen oftmals zu ungezielt oder falsch ist und der Kampf auf der politischen Ebene vernachlässigt wird. Wir haben nur vage Andeutungen darüber, weshalb die betreffende Organisation an der Zuverlässigkeit von Gerd zweifelte, aber Gerd wußte, worauf er sich einließ. Er kannte die Erfordernisse des zugespitzten militärischen Kampfes. Die Zusammenarbeit mit dieser Organisation verstand er als seinen Beitrag zum Kampf der unterdrückten Völker gegen ihr Elend und ihre politische Unterdrückung. Für ihn war es eine Alternative zu der Selbstzufriedenheit vieler Menschen - und auch vieler Linken - in den Metropolen.

In diesem Sinne teilen wir die Kritik von Gerd, die der politischen Haltung der Nachrufschreiber widerspricht. Internationale Solidarität bedeutet aktives und kritisches Miteinander der Kämpfenden - und nicht arrogante Besserwisserei, die die konkreten und historisch gewachsenen Kampfbedingungen der Befreiungsbewegungen und der unterdrückten Klassen gar nicht mehr zur Kenntnis nimmt.

In der öffentlichen Diskussion über den Nachruf gab es einige Beiträge, die wichtige Kritikpunkte aufgriffen, auf die wir uns beziehen: im Arbeiterkampf vom 13.1.92 die Stellungnahme "Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier und das Papier "Ich geh weg, ich geh weg, ... und such was Neues", unterschrieben mit "3. Februar 92".

Die revolutionären Befreiungskämpfe in den Drei Kontinenten, - die immer auch Kämpfe um soziale Befreiung sind, die wir besonders unterstützen - finden in den verschiedenen Ländern unter spezifischen Bedingungen statt. Unsere Analyse dieser Kämpfe und die Solidarität mit ihnen berücksichtigt die objektiven Bedingungen sowohl in Hinsicht auf die jahrhundertelange koloniale Ausplünderung und Zerstörung, als auch in Hinsicht auf die aktuelle Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrategie des Imperialismus. Die beschränkte Orientierung ausschließlich auf den "hiesigen Sozialprozess" in den Metropolen, ohne ihn in seinen internationalen Zusammenhang zu stellen, fördert neokoloniale Denk- und Handlungsweisen.

Wer sich von den Kämpfen in den Drei Kontinenten entsolidarisiert, steht damit auf der gleichen Seite der Barrikade wie jene Kräfte, die sowohl offen wie verdeckt ökonomisch, militärisch und nicht zuletzt psychologisch Krieg gegen alle Völker des Trikonts führen, die sich den unmittelbarsten Formen der der imperialistischen Zerstörungsgewalt widersetzen. Solidarität bedeutet auch immer kritische Solidarität untereinander. Nur so wird ein gemeinsamer revolutionärer Entwicklungsprozeß der internationalistischen Kräfte ermöglicht.

Mit der Entführung der Air-France-Maschine nach Entebbe (1976) auf dem Flug Tel Aviv - Paris sollten 53 gefangene Genossinnen und Genossen aus Knästen in Israel, der BRD, Kenia, der Schweiz und Frankreich durch den Austausch von Geiseln befreit werden. Von diesen fünf Staaten waren nur Passagiere aus Israel und Frankreich an Bord. Diese Passagiere mit israelischer sowie französischer Staatsbürgerschaft und die französische Crew wurden als Geiseln festgehalten, alle anderen aus ganz anderen Ländern entlassen. Eine Auswahl von Jüdinnen und Juden hat es nicht gegeben. Indem die Verfasser des Nachrufs in völlig unkritischer Weise die bürgerliche Medienpropaganda ("Selektion von Juden" ...) zur Wahrheit erklären, zeigt sich nicht nur ihre politische Unreife, sondern auch ein unsägliches Mißtrauen gegenüber den eigenen beteiligten GenossInnen.

In einer politischen Bewertung der Aktion - einer auch in unseren Augen problematischen Flugzeugentführung - müssen die Existenzbedingungen des palästinensischen Volkes berücksichtigt werden. In Stichworten: Leben unter israelischer Besatzung oder als Flüchtlinge, Erfahrung von Massakern (in Palästina, Libanon) bis zum Völkermord (Jordanien 1970). Vor der Entführungsaktion wurden etwa 6 000 EinwohnerInnen des Flüchtlingslagers Tel-Al-Zaatar in Beirut von christlichen, faschistischen Milizen mit Unterstützung der syrischen Armee ermordet; Israel verstärkte dabei seine ständigen Luft- und

Raketenangriffe gegen die palästinensischen Flüchtlingslager. Die "Weltöffentlichkeit" schwieg. Der palästinensische Widerstand befand sich in Kriegszustand mit Israel. Die Entführung des aus Israel kommenden Flugzeugs und das Festhalten der Geiseln sollte als Druckmittel gegen die israelische und französische Regierung benutzt werden.

Die Aufkündigung der Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand aufgrund der Kritik an dieser Aktion, ohne Berücksichtigung der damaligen Bedingungen, steht in einem schiefen Licht, denn im palästinensischen Widerstand fand anschließend eine Selbstkritik der Aktionsform Flugzeugentführung statt. Militärische Aktionsformen dieser Art wurden allgemein von den politischen Organisationen nicht mehr angewandt, weil die Entführung beliebiger Menschen aus den imperialistischen Staaten verwischt, daß der Befreiungskampf gegen die herrschenden Klassen und Militärapparate dieser Länder gerichtet ist.

Die Existenz eines rassistischen Staates Israel bedeutet die Verweigerung des Existenzrechtes für die PalästinenserInnen. Die Aufrechterhaltung eines solchen Systems, das mit den reaktionärsten Diktaturen auf der ganzen Welt zusammenarbeitet, kann keine Lösung sein. Eine Lösung kann nur eine Revolution herbeiführen, die allen Menschen eine gleichwertige Existenz erkämpft. Der palästinensische Widerstand hat dieses Ziel schon vor Jahrzehnten formuliert.

Zum Papier einer anderen Gruppe der RZ, die die Aufgabe des bewaffneten Kampfes befürwortet:

Die Ursache für die Krise der RZ und die Krise bewaffneter Politik sehen wir in entscheidenden Punkten anders als ihr.

1. Die Frage der Macht und revolutionärer Gegenmacht:
Die bewaffnete Propaganda, die als Opposition bestimmte Mißstände aufzeigt, bestimmte zu sehr die Politik der RZ. Um die Frage, wie revolutionäre Gegenmacht entwickelt werden kann, wurde sich stets herumgedrückt. Diese Position ist anscheinend unangreifbar: Schlaglichter werden auf bestimmte Probleme geworfen und es der so benannten "Öffentlichkeit" überlassen, sie aufzugreifen oder nicht. Das kann zu einem Ritual erstarren, an dem sich nichts mehr bewegt, weder persönlich noch gesellschaftlich. Es wird keine Verantwortung übernommen für die Weiterentwicklung eines politischen Prozesses, bei dem es darum geht, die Macht der Unterdrücker zunächst einzuschränken, später in entwickelteren Kämpfen Vieler sie zu zerschlagen, um eine klassenlose und antipatriarchale Gesellschaft zu ermöglichen.

Wer dieses wirklich zum Ziel hat, sich aber nicht die Kernfrage stellt, wie die Macht erobert werden kann, ist ein(e) Träumer(in), der (die) an den bestehenden Verhältnissen kleben bleibt. Wichtig ist doch die Auseinandersetzung darüber, wie Gegenmacht positiv entwickelt werden kann, wie dem Machtmißbrauch entgegengewirkt werden kann. Das erreichen wir nicht, wenn die Frage der Macht überhaupt zum Tabu gemacht wird. Wie sollen wir - wie ihr schreibt - "Entwicklung von mehr Selbstbestimmung" erreichen, wenn nicht durch die Entwicklung von Gegenmacht? Geschenkt wird uns nichts außer den Spielwiesen, den Nischen - die uns korrumpieren sollen. Gerade die Erfahrungen aus Chile 1973 und Spanien 1936-39 sollten uns lehren, wie die internationale Bourgeoisie mit unseren Träumen und unserer "Selbstbestimmung" umspringt, wenn wir den Herrschenden keine Grenzen setzen und das heißt: politisch und militärisch.

2.Das Wechselverhältnis zwischen Guerilla und Bewegung:
Ihr beschreibt das Koordinatensystem, in dem sich die RZ bewegt haben, als sehr geradlinigen Weg: Bewaffnete Opposition - Vermittlung - Verankerung - Vermassung. Das ist ein enormer Anspruch, denn gesellschaftliche Prozesse laufen nicht so in einer geraden Reihe ab. Ihr legt dies als Meßlatte an und konstatiert dann das Scheitern bewaffneter Politik. D.h. die Bestätigung der Richtigkeit wäre eine massenhafte Aufnahme der politischen Anregung der RZ gewesen. Das ist eine starke Vereinfachung.

Entgegen eurer ausdrücklichen Willenserklärung formuliert ihr hier einen klaren pädagogischen Avantgardeanspruch. Ihr erhebt den bewaffneten Zeigefinger und erwartet, daß das Thema von der Öffentlichkeit aufgegriffen wird. Wir meinen, daß das die Menschen jeweils selber entscheiden müssen und andersherum die Guerilla an den Reaktionen überprüfen kann, ob ihre Erwartungen realistisch waren oder nicht. Sich von der Reaktion der Öffentlichkeit derart abhängig zu machen, ist ein Kennzeichen reformistischer bewaffneter Politik, die selbst nicht strategisch politisch eingreifen will. Ebenso wichtig ist natürlich, daß dies auf der anderen Seite nicht zum abgehobenen "Privatkrieg" zwischen Guerilla und Staat führen darf.

Es gibt auch gesellschaftliche Situationen, wo die Guerilla nicht tiefer in die unterdrückten Klassen wirken kann, weil der politische Prozeß stagniert. Hierfür sind viele Faktoren verantwortlich. Es bedeutet für uns jedoch keineswegs, daß bewaffnete Politik überflüssig wird, sondern sie kann verstärkt Aufgaben übernehmen, die nicht auf unmittelbare Aufmerksamkeit zielen, sondern in Hinblick auf eine langfristige Entwicklung und zukünftige Kämpfe andere Schwerpunkte setzen. Die revolutionären bewaffneten Kräfte aufzugeben heißt, den revolutionären Kampf abzuschreiben, weil dieser - mal mehr, mal weniger - auf diese Kraft angewiesen ist. Die Guerilla sichert und erweitert das politische Terrain.

Anstatt als Konsequenz aus der wenig aufrüttelnden Flüchtlings-Kampagne zu schließen, Guerilla sei gescheitert, sollten die einzelnen Gesichtspunkte genauer

unter die Lupe genommen werden. Die Forderung nach "offenen Grenzen" setzt nicht an der Ursache des Problems an, sondern an den Auswirkungen, nämlich die Migrationsbewegung in die Metropolen. Sie muß daher mit einer gleichzeitigen konsequenten antiimperialistischen Politik des Angriffs auf die Urheber des Elends der Völker der Drei Kontinente verknüpft werden. Sonst kann die Forderung hier gesellschaftlich gar nicht greifen oder geht in die falsche Richtung.
Die Vorstellung von Millionen von EinwanderInnen löst bei vielen Menschen hier zumindest Besorgnis aus und bietet sozialen Sprengstoff in Richtung Ausgrenzung und Ausländerhaß. Diese Forderung muß mit einer realistischen Vorstellung verbunden werden, wie der Imperialismus zu bekämpfen ist und wie die Existenzbedingungen der Menschen in den Drei Kontinenten verändert werden können.
Nur an Humanismus und Mitleid zu appellieren ist keine revolutionäre Politik, zeigt keine Lösung gesellschaftlicher Probleme auf.

Was den Anspruch betrifft, dieses Thema mit sozialen Problemen hier zu verknüpfen: Gerade dieses Thema ist nur sehr schwer mit sozialen Problemen im Herzen der Bestie zu verknüpfen. Natürlich setzt es trotzdem an einem richtigen Punkt an, nämlich der Hunger- und Ausrottungspolitik der Imperialisten im Trikont, dem wir nicht tatenlos zusehen dürfen, sollten wir nicht jegliche moralische und revolutionäre Legitimation verlieren. Die Flüchtlings-Kampagne blieb ohne breiteren revolutionären Rahmen und -Einbettung doch eine Ein-Punkt-Politik, trotz anderer Absicht. Der Unterschied, der die Sache nicht gerade vereinfachte, war lediglich, daß sich diesmal nicht auf eine vorhandene Bewegung bezogen wurde, sondern die Erwartung da war, daß sie entstehen würde.

Ein weiterer Fehler unserer gesamten Politik in Bezug auf die Bewegungen war unserer Meinung nach außerdem der ausschließliche Bezug auf die linksradikale Szenerie. Diese war in den letzten 10 Jahren jedoch gesellschaftlich kaum relevant, sondern fristete ein - großenteils selbstgewähltes - Ghettodasein, von dem keine soziale Außenwirkung ausging. Dies aufzuarbeiten und zu verändern ist eine wesentliche Aufgabe.

3. Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die Auswirkungen auf die Linke hier:

Der Zusammenbruch ist doch nicht d e r Punkt, an dem die Linke niederging. Sie war doch schon längst vorher an ihre Grenzen angelangt, auf die zwangsläufig erst einmal ein Rückzug erfolgt, um die Fehler und Mängel aufzuarbeiten und um den neuen Anlauf entwickeln zu können. Es ist besonders bitter, daß das alles zugleich mit dem vorläufigen triumphierenden Siegeszug des Imperialismus über Trikont und Osteuropa zusammenfällt; aber was nützt es, darüber zu klagen.

Die "neue Weltordnung" ist rissig und die Zukunft stellt an uns neue Anforderungen. Strategie und Taktik bewaffneter Politik weiterzuentwickeln steht auf der Tagesordnung, nicht das Aufgeben.

Die persönliche Entscheidung Einzelner oder einzelner Gruppen, bewaffnete Politik aufzugeben und sich im offenen Rahmen zu betätigen, akzeptieren wir selbstverständlich. Diese Politik aber aus strategischen Überlegungen zu verwerfen halten wir für falsch.

REVOLUTIONÄRE ZELLEN – Tendenz für die internationale soziale Revolution



Liebe GenossInnen,

eure Erklärungen (RAF vom 10.04. und Gefangene 15.04.) lassen zahlreiche Interpretationen zu. Unabhängig davon, ob die Unklarheiten und das schwammige Herumlavieren den Versuch darstellen eine vermeintlich breite Diskussion zu initiieren oder aber ihr es tatsächlich selbst nicht klarer habt, ist es für eine *Neu*bestimmung *revolutionärer* Politik notwendig genau diese Ungenauigkeiten zu überwinden. Und an den Punkten, wo ihr nicht vage seid stimmt eure Analyse gerade nicht.
Das Verhältnis von neuer (weltweiter) politischer Entwicklung seit 1989, neuen strategischen Erkenntnissen und Reaktion auf die Kinkel-Initiative wird nirgends bestimmt (so schon die richtige Kritik in dem Brief an die "Liebe GenossInnen aus der RAF!" in der interim 190, 11). Mit dieser Unbestimmtheit macht ihr tatsächlich einen "politischen Raum auf" - *für alle möglichen Spekulationen* über eine Versöhnung von Staat und Guerilla. Und bei eurer Selbstkritik werden zwar einige alte Positionen verändert, aber ihr begründet diese Positionsveränderungen kaum und analysiert die Umstände, die zu den entsprechenden Fehlern geführt haben nicht weiter. Ohne eine solche Analyse der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse und eine Selbstkritik, die immer wieder versucht eine kritische Distanz zu der eigenen wechselnden politischen Konjunktur zu bekommen, ist eine Neubestimmung nicht möglich. Im folgenden daher einige Punkte, die wir wichtig finden.

Vom Tod des Politischen zur politischen Lösung

Seit der Erklärung zur Aktion des Schwarzen September von Ende 1972 betrachtet die RAF die BRD als faschistisch. Diese Positon wurde auch seit 1989 nicht revidiert.
Jetzt erachtet ihr - in Anbetracht der "Kinkel-Initiative" - auf einmal für möglich, daß der Staat "Raum für politische Lösungen zuläßt". Zum ersten Mal sei "von staatlicher Seite offen gemacht, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen."
Früher habt ihr keine Fraktionen wahrgenommen, und jetzt kein Wort mehr von euch zu dem mit der Kinkel-Initiative verbundenen Staats-Kalkül...
Das ist eine bloße Umkehrung, in der sich nicht begreifen läßt, wie die Mechanismen des Rechtsstaats-Konzepts - das immer ein Konzept von *Integration und Repression* ist - in einer spezifischen Situation funktionieren. So führt denn die unkritische Haltung zur eigenen *bisherigen* Staatsanalyse und deren schlichte *Ersetzung* durch eine neue dazu, daß sich eure Distanz zur Kinkel-Initiative auf die Frage zu beschränken *scheint*(?), "wie ernst der Kinkel-Vorstoß ist".

"imperialistischer machtwahn" oder nicht - das ist hier die Frage

1991 habt ihr die Politik des Staates gegenüber den Gefangenen als von "imperialistischen machtwahn" geprägt charakterisiert ("Gegen die Staatsschutzlügen von der 'Zellensteuerung'" interim 155). Und jetzt behauptet ihr aufeinmal, mit einer etwaigen Freilassung von Bernd und Günter würde es "wieder ein rationales moment in der auseinandersetzung zwischen den politischen gefangenen und dem staat" geben. Wann gab es denn bisher *welches* rationale moment? "wir spinnen nicht an dem, was real möglich ist, vorbei, wenn wir sagen: wir wollen eine perspektive der freiheit für alle von uns in einem absehbaren nächsten zeitraum."
Fragt sich nur, wie der Imperialismus so schnell von seinem Wahnsinn genesen konnte. Oder war vielleicht schon die bisherige Politik kein Wahnsinn, sondern den imperialistischen Interessen sehr zweckdienlich? Und ist es vielleicht sogar möglich, daß dieser Zweck der damligen *und heutigen* imperialistische Politik gerade heute - mit der Aussetzung des bewaffneten Kampfes - erreicht wird? (Diese Frage zu bejahen heißt *nicht zwangsläufig*, die Entscheidung der RAF für falsch zu halten. Punktuell kann das Interesse von Revolution und Konterrevolution zusammenkommen. Die entscheidende Frage ist dann allerdings, *wie* mit dieser Situation umgegangen wird.)
Und noch eine Frage stellt sich in diesem Zusammenhang: Was heißt eigentlich "rationales moment" bzw. "politische Lösung"? Wenn ihr meint, der Staat könne "Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen", heißt das dann, daß ihr *diesem* Staat zutraut, die gesellschaftlichen Widersprüche *politisch* "in den Griff (zu) kriegen". Und was heißt dann "in den Griff kriegen"? Heißt das 'unter Kontrolle halten', 'beherrschen' u.ä. - oder heißt das: 'die Widersprüche lösen'?

Was bleibt: Der strategische Voluntarismus!

Bei eurer **Staats**analyse seht ihr eine Entwicklung von nur *militärisch* zu *politisch*, von *wahnsinnig* zu *rational* ... ?! Auf der Ebene der Beschreibung der **gesellschaftlichen** Verhältnisse bleibt alles beim Alten: Das System ist "Zerstörung und Verzweifelung", "Kälte und Ohnmacht"; "immer mehr" wird alles immer Schlimmer: es "werden ... *immer mehr* werden, die ausgegrenzt und ohne Perspektive alleine bleiben, *immer mehr*, die an der Nadel verrecken oder in den Selbstmord getrieben werden *usw.*" (kursiv immer von uns). Begriffslos wird die globale Katastrophe beschworen und hinsichtlich der Entwicklung in der Ex-DDR wird die Frage aufgeworfen, ob "die Menschen"

(sic!) "weiterhin im Schnellverfahren zu willenlosen Objekten in das kapitalistische System gepreßt werden sollen oder ob sie Raum erobern können, die Entwicklung selbst zu bestimmen." Als ob es nicht "die Menschen" in der DDR waren, die keinen Post-Stalinismus und auch keinen "demokratischen Sozialismus", sondern "soziale Marktwirtschaft" wollten. (Natürlich gab es auch "Menschen", die anderes wollten - und eben deshalb verbietet sich die Rede von "den Menschen"!).
Schon 1972 meinte die RAF, das "die Herrschaft *des Systems* ... seinen Siegeszug ... über ... *den ganzen Menschen* angetreten" habe. Aber genau dieser "ganze Mensch" - der subjektive Bruch macht's möglich - soll auch das "revolutionäre Subjekt" sein: "jeder ... der sich aus diesen Zwängen befreit und seine Teilnahme an den Verbrechen (sic!) des Systems verweigert"
Und heute nicht anders richtet ihr eure Erklärung "*an alle*, die auf der Suche nach Wegen sind, wie *menschwürdiges* Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann" - und die Gefangenen beklagen in ihrer Erklärung die "weltweiten und innergesellschaftlichen *ungerechten* ... Verhältnisse".
Zu dem unreflektierten Appell an "die Menschen" passt die These der Gefangenen, sie hätten das staatliche Programm gegen sich "in seinen Zielen zum Scheitern gebracht". Ganz so, als ob die Kinkel-Initiative nicht zumindest *auch* Ausdruck der momentanen Stärke des BRD-Imperialismus und der Schwäche der Guerilla (ihr schreibt andererseits selbst, daß ihr politisch nicht stärker sondern schwächer geworden seid) ist und als ob nicht mit der jetzigen "Rücknahme der Eskalation" ein ganz wesentliches Ziel der staatlichen Politik gegenüber den Gefangenen erreicht ist (weshalb, wie schon gesagt, eure Entscheidung aber nicht falsch sein *muß*).

Hin zu autonomer Freiraum-Politik?!

Ihr wollt versuchen, "eine Politik herauszufinden, die tatsächliche Veränderung für das Leben der Menschen *heute* durchsetzen kann und die *langfristig* den Herrschenden die Bestimmung über die Lebensqualität entreißt". Zusammen mit der Erwähnung des Kampfes der "Leute in der Hafenstraße" und der positiven Bezugnahme auf das Konzept der "Gegenmacht von unten" sieht es so aus, als ob ihr euch an autonomer Freiraum-Politik orientieren wollt. Gerade jetzt, wo selbige immer zweifelhafter wird, der Befriedungscharakter immer deutlicher wird.
Damit ist nicht gegen den Kampf um Tagesinteressen geredet, dies kann aber nicht im Sinne einer gleichermaßen schematischen wie unanalytischen Trennung zwischen "kurz-" und "langfristigen Forderungen" geschehen (genauso wenig, wie es dadurch geschehen kann, daß Forderungen die systemimmanent **nicht** zu realisieren sind, als Reformforderungen ausgeben werden - in der Hoffnung, damit den Widerstand gegen revolutionäre Veränderungen zu unterlaufen). An die Stelle einer *zeitlichen* Unterscheidung zwischen kurz- und langfristigen Forderungen muß vielmehr eine *qualitative* Unterscheidung zwischen Reformforderungen und **Revolution** treten. Dabei ist die Propagierung der Revolution keine Aufgabe für ferne Zeiten. Vielmehr muß der Zusammenhang zwischen Reformforderungen von RevolutionärInnen und deren revolutionären Absichten auch **aktuell** dargestellt werden.
Reformforderungen müssen *auch im Kampf um ihre Durchsetzung* in ihrer Begrenztheit erkannt und benannt werden. Nur so kann der Kampf um Reformen den revolutionären Prozeß nicht behindern, sondern gerade begünstigen.

Die Sprache der Versöhnung und ...

"in der auseinandersetzung zwischen den politischen gefangenen und dem staat" schreibt ihr "geht es um einen gründlichen schritt für alle beteiligten." - "für alle beteiligten", von gleich zu gleich, von RevolutionärInnen und Staat - oder wie?!
Und in Bezug auf "freiheit für uns alle" schreibt ihr: "*auch in unserer vorstellung* geht das nicht sofort und nicht auf einmal." Also nicht nur für den *Staat*, sondern auch für die *Gefangenen selbst* "geht das nicht sofort und nicht auf einmal"?! Ist es böswillig die Frage aufzuwerfen, ob das heißt, daß sich ein Teil der Gefangenen für eine Bewährungszeit der Guerilla selbst als Geiseln zur Verfügung stellt?!
Hat Gerd Rosenkranz nicht recht, wenn er die ähnlichen Gedanken der RAF so kommentiert: "Letztlich geht es darum, die Auseinandersetzung über Ausbeutung der 'Dritten Welt' und Imperialismus [wenns's für's Ende des bewaffneten Kampfes gut, darf sogar in der taz noch mal "Imperialismus" geschrieben werden.] *in dieser Form* zu beenden - um sie mit den Mitteln der zivilen Gesellschaft neu zu organisieren."
Ist es politische Orientierungslosigkeit, das tatsächliche Versöhnungsbedürfnis oder die Taktik, der Kinkel-Fraktion durch Zurückhaltung hinsichtlich der fortbestehenden revolutionären Absichten die Durchsetzung zu erleichtern (die Gefangenen bestreiten es: "mit 'taktieren' hat das nichts zu tun.")?

... die leeren Drohungen

Am Ende schreibt ihr: Die "Phase des Zurücknehmens der Eskalation" sei vorbei, wenn die Herrschenden den "Prozeß von Diskussion und Aufbau" mit ihrer "Walze aus Repression und Vernichtung plattmachen": "Wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche Gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, daß ihre Eliten auch nicht leben können."

Heißt das, wenn sich der BRD-Staat in Zukunft an die Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Vereinigungsfreiheit etc. hält, dann können "ihre Eliten" Eliten bleiben und weiter leben - oder wie?! Militanz ausschließlich als Mittel zur *Verteidigung* der demokratischen Legalität?! Nicht aber - bei Wiedererstarken der revolutionären Bewegung - auch als Mittel der revolutionären Offensive?!
Und welcher Druck geht von dieser Passage aus, wenn richtig ist, was ihr selber schreibt: "Wir selbst waren damit konfrontiert, daß wir so, wie wir in den Jahren vor 89 Politik gemacht haben, politisch nicht stärker(,) sondern schwächer geworden sind." (Und was ist mit der Politik *nach* 89? Hat die gestärkt oder geschwächt? Wenn ersteres, warum dann die jetzige Entscheidung?! Und was unterscheidet die Politik von vor 89 von der nach 89 außer dem *Nachdenken*, "daß es für uns wie für alle, die in der BRD eine Geschichte im Widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher"?)
Auch hier zeigt sich also wieder: Ohne *konkrete* Kritik der alten Politik keine tatsächliche *Neu*bestimmung revolutionärer Politik!

Zur Reaktion des Staates
Um den 'zivilgesellschaftlichen' Erfolg ihres langjährigen anti'terroristischen' Kampfs auch angemessen einfahren zu können, inszenziert die taz das Schauspiel "Bonner-Beton" (taz, 15.04., S. 1) gegen Kinkel-Initiative; wobei allerdings inzwischen der Bundeskanzler höchstpersönlich zur zivilgesellschaftlichen Fraktion gehört ("Kohl will Kreislauf der Gewalt beenden", taz, 16.04.). Sicherlich gab und wird es immer wieder unterschiedliche Positionen innerhalb der Herrschenden geben, wie sie ihre Herrschaft am besten aufrechterhalten können; für die jetzige Phase scheinen sie sich aber - bei aller unterschiedlichen Rhetorik - auf **eine** Position verständigt zu haben: Denn Waigel und SPD-PolitikerInnen lehnen nur ab, was Kinkel ohnehin nie (öffentlich) vorgeschlagen hat - nämlich ein "Friedensabkommen" mit der RAF bzw. "Geschäfte mit den Terrorist*Inn*en" (s. taz, 15.4.; FR, 15.4.). Dagegen erhebt sich gegen die *konkreten* Vorschläge von Kinkel kein Widerspruch: "Das heißt, daß alles, was als Reaktion des Staates denkbar ist, sich im Rahmen der Gesetze bewegen muß. Theoretisch denkbar sind bedingte Entlassung, Gnade, Änderung der Haftbedingungen und so weiter. Undenkbar ist, politische Entscheidungen zu fällen, die mit unserem Rechtsstaat und mit dem Gesetz nicht in Einklang zu bringen sind." (Kinkel, taz 18.4.). Und zur Frage der taz, ob es notwendig sei "ein wie auch immer geartetes 'Abschwören' zu verlangen": "Wie ich gesagt habe, die gesetzlichen Voraussetzungen müssen erfüllt werden." (ebd.). Die FAZ, die Kinkels Äußerungen als "unglücklich" bezeichnet, vertritt inhaltlich keine andere Position: "Mit den Verurteilten von der RAF muß es so gehen, wie von der Rechtsordnung vorgesehen: Strafaussetzung bei günstiger Sozialprognose. Das klingt nüchtern, aber anders geht es nicht, soll nicht die Ordnung der Werte vollends durcheinandergebracht werden." (FAZ, 15.4.).
Das Neue an der staatlichen Haltung ist vielleicht, daß der Staat nach den beiden Erklärungen kein individuelles Abschwören mehr verlangt, sondern aus den Erklärungen eine "günstige Sozialprognose" (keine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes) ableitet (Das BAW-Gutachten zu Bernd Rössner, über das die taz v. 24.4. berichtet, stammt aus der Zeit von vor den beiden Erklärungen.) Ob dies der Inhalt der gemeinsamen Position beider "Fraktionen" ist, wissen wir natürlich auch nicht; aber nicht *auch* dies für möglich zu halten, wäre ein politischer Fehler.
Recht habt ihr hier mit eurer Position: "Von alleine werden sie an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe für unsere Forderungen notwendig sein."

Und wie weiter?
"Die Menschen" als revolutionäres Subjekt? Das fällt weit zurück hinter alle Diskussionen um Patriarchat und Rassismus.
Statt 'Mensch gegen Maschine' und 'Mensch oder Schwein' kommt es darauf an, die konkreten gesellschaftlichen Widersprüche zu analysieren und so auch konkrete Bündnismöglichkeiten zu erkennen. Auf strategischer Ebene bedeuten dies, statt vom Nur-Militärischen zum Nur-Politischen zu schwanken, in der jeweiligen gesellschaftlichen Situation den Zusammenhang von Politischem und Militärischem zu bestimmen.

VERS

Von einer revolutionären Strömung

22 Jahre bewaffneter Kampf der  in der BRD

1970: Befreiung von Andreas Baader. Die "Rote Armee Fraktion" (RAF) konstituiert sich.

"Eine revolutionäre politische Praxis unter den herrschenden Bedingungen - wenn nicht überhaupt - setzt die permanente Integration von individuellem Charakter und politischer Motivation voraus, d.h. politische Identität.(...) Wir behaupten, daß die Organisierung von bewaffneten Widerstandsgruppen zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik und in Westberlin richtig ist, möglich ist, gerechtfertigt ist. Daß es richtig, möglich und gerechtfertigt ist, hier und jetzt Stadtguerilla zu machen.(...) Durch Entwicklungs- und Militärhilfe an den Aggressionskriegen der USA beteiligt, profitiert die Bundesrepublik von der Ausbeutung der Dritten Welt, ohne die Verantwortung für diese Kriege zu haben, ohne sich deswegen mit einer Opposition im Innern streiten zu müssen. Nicht weniger aggressiv als der US- Imperialismus ist sie doch weniger angreifbar. Die politischen Moglichkeiten des Imperialismus sind hier weder in ihrer reformistischen noch in ihrer faschistischen Variante erschöpft; seine Fähigkeiten, die von ihm selbst erzeugten Widersprüche zu integrieren oder zu unterdrücken, nicht am Ende. Das Konzept Stadtguerilla der Roten Armee Fraktion basiert nicht auf einer optimistischen Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und Westberlin.(...) Die Linken wußten damals, daß es richtig sein würde, sozialistische Propaganda im Betrieb mit der tatsächlichen Verhinderung der Auslieferung der Bild-Zeitung zu verbinden. Daß es richtig wäre, die Propaganda bei den GI's, sich nicht nach Vietnam schicken zu lassen, mit tatsächlichen Angriffen auf Militärflugzeuge für Vietnam zu verbinden, die Bundeswehrkampagne mit tatsächlichen Angriffen auf Nato- Flughäfen. Daß es richtig wäre, die Kritik an der Klassenjustiz mit dem Sprengen von Gefängnismauern zu verbinden, die Kritik am Springerkonzern mit der Entwaffnung seines Werkschutzes<, richtig, einen eigenen Sender in Gang zu setzen, die Polizei zu demoralisieren, illegale Wohnungen für Bundeswehrdeserteure zu haben, für die Agitation bei ausländischen Arbeitern Personalpapiere fälschen zu können, durch Betriebssabotage die Produktion von Napalm zu verhindern.(...) Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören. Stadtguerilla setzt die Organisierung eines illegalen Apperates voraus, das sind Wohnungen, Waffen, Munition, Autos, Papiere. Was dabei im einzelnen zu beachten ist, hat Marighella in seinem Minihandbuch der Stadtguerilla beschrieben. Was dabei noch zu beachten ist, sind wir jederzeit jedem bereit zu sagen, der es wissen muß, wenn er es machen will. Wir wissen noch nicht viel, aber schon einiges.(...) Die Rote Armee Fraktion organisiert die Illegalität als Offensiv-Position für revolutionäre Intervention. Stadtguerilla machen heißt, den antiimperialistischen Kampf offensiv führen. Die Rote Armee Fraktion stellt die Verbindung her zwischen legalem und illegalem Kampf, zwischen nationalem und internationalem Kampf, zwischen politischem und bewaffnetem Kampf.(...) Stadtguerilla heißt, trotz der Schwäche der revolutionären Kräfte in der Bundesrepublik und Westberlin hier und jetzt revolutionär intervenieren!(...)" (Das Konzept Stadtguerilla, Rote Armee Fraktion, April 1971)

1972: Angriff auf 1.) das Hauptquartier des 5. US- Corps in Frankfurt, 2.) Polizeihauptquartier in Augsburg 3.) LKA in München, 4.) Buddenberg (BGH-Richter) in Karlsruhe, 5.) Springerzentrale in Hamburg, 6.) Heidelberger Hauptquartier der US-Landstreitkräfte in Europa.

1975: Besetzung der dt. Botschaft in Stockholm.
1977: Angriff auf Buback (Generalbundesanwalt) in Karlsruhe und auf Ponto (Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank) in Oberursel; versuchter Angriff auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe; Entführung von Schleyer (Arbeitgeberpräsident) in Köln.

"Das System hat es in den Metropolen geschafft, die Massen so tief in seinen eigenen Dreck zu ziehen, daß sie das Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte, als Objekt des imperialistischen Systems weitgehend verloren zu haben scheinen, so daß sie fürs Auto, ein paar Plünnen, 'ne Lebensversicherung und 'nen Bausparvertrag jedes Verbrechen des Systems billigend in Kauf nehmen und sich was anderes als ein Auto, eine Ferienreise, ein gekacheltes Bad kaum noch vorstellen und wünschen können. Daraus folgt aber, daß das revolutionäre Subjekt jeder ist, der sich aus diesen Zwängen befreit und seine Teilnahme an den Verbrechen des Systems verweigert. Daß jeder, der im Befreiungskampf der Völker der 3. Welt seine politische Identität findet, jeder der sich verweigert, jeder der nicht mitmacht: revolutionäres Subjekt ist. Nur indem es uns gelingt, den 24-Std.-tag auf den imperialistischen - antiimperialistischen Begriff zu bringen, können wir dazu kommen, die tatsächlichen Probleme der Menschen in diesem so zu formulieren und darzustellen, daß wir von den Menschen verstanden werden, nicht nur unsere Aktionen verstanden werden - wie die der RAF verstanden worden sind, sondern auch unsere Propaganda, unsere Sprache, unsere Wörter. Dem Volk dienen! Wenn die Völker der 3. Welt die Avantgarde der antiimperialistischen Revolution sind, das heißt: die objektive, große Hoffnung der Menschen in den Metropolen auf die eigene Befreiung, dann ist es unsere Aufgabe: den Zusammenhang herstellen zwischen dem Befreiungskampf der Völker der 3. Welt und der Sehnsucht nach Befreiung, wo immer sie in den Metropolen auftaucht: in den Schulen, in den Hochschulen, in den Betrieben, in den Familien, in den Gefängnissen, in den Großraumbüros, Krankenhäusern, Verwaltungen, Parteien, Gewerkschaften - überall. Gegen alles, was diesen Zusammenhang äußerlich negiert, unterdrückt, zerstört: Konsum, Medien, Mitbestimmung, Opportunismus, Dogmatismus, Herrschaft, Bevormundung, Brutalisierung, Vereinzelung. 'Gemeint sind wir!' Revolutionäres Subjekt sind wir. Wer immer anfängt zu kämpfen und Widerstand zu leisten, ist einer von uns.(...)" (Die Aktion des Schwarzen September in München - Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, Rote Armee Fraktion, November 1972)

1979: Angriff auf Haig (Natooberbefehlshaber) in Obourg (Belgien)
1981: Angriff auf das Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte in Europa (Ramstein) und Natogeneral Kroesen (Oberkommandierender der US-Streitkräfte in Europa).
1984: Versuchter Angriff auf die Nato-Schule in Oberammergau.
1985: Angriff auf Zimmermann, MTU-Vorstandsvorsitzender) in Gauting und auf die US-Airbase in Frankfurt.
1986: Angriff auf Beckurts, Siemens-Vorstandsmitglied) in Straßlach und auf Braunmühl (Leiter der politischen Abteilung 2 im Außenministerium der BRD) in Bonn.
1988: versuchter Angriff auf Tietmeyer (Staatssekretär im Finanzministerium der BRD) in Bonn.
1989: Angriff auf Herrhausen (Vorstandssprecher der Deutschen Bank) in Homburg.
1990: Angriff auf Neusel (Staatssekätär im Innenministerium der BRD) in Bonn.
1991: Angriff auf die US-Botschaft in Bonn und auf Rohwedder (Vorstandsvorsitzender der Treuhand) in Düsseldorf.

"Die objektive Situation ist in ihrer einfachsten Rückführung auf die Frage, ob jetzt vielleicht tatsächlich Schluß ist mit Guerilla, subjektiv für viele, für die es hier keine Perspektive mehr gibt, zum Augenblick der existenziellen Erfahrung geworden, daß wenn es wirklich so wäre, ihre ganzen Hoffnungen und Vorstellungen von einem anderen Leben auch verschwunden sind. Daß es nur Hoffnung gibt, solange es Kampf gibt.(...)
Es ging 7 Jahre lang darum, in dieser politischen Wüste, in der alles nur Schein, Ware, Verpackung, Lüge und Betrug ist, den Geist und die Moral, die Praxis und die politische Orientierung des unwiderruflichen Bruchs und der Zerstörung des Systems hereinzubringen. Guerilla. Aus der Verbindung und der Identität mit den Kämpfen in Südostasien, Afrika und Lateinamerika, gewaltsam hier hereinzubrechen und sich festzusetzen. Was Che die Phase des Überlebens und der Verankerung genannt hat, war hier die Phase der Durchsetzung des Konzepts, das weiterlebt und aufgegriffen wird, selbst wenn die in einem bestimmten moment existierenden illegalen bewaffneten Gruppen aufgerieben wären. Gewaltsam durchgesetzt, allerdings. In jeder Beziehung. Und isoliert. Nicht nur gegen einen historisch beispiellosen Repressionsapparat.(...)
In dieser seit Generationen niedergewalzten und eingeebneten Landschaft konnte der Gedanke an Befreiung kaum mehr durch die meterdicken Schichten von Korrumpierung, Entfremdung, Deformierung die Herzen und Hirne erreichen.(...)
In einem offenen strategischen Konzept zu kämpfen, wo jeder, der aus dem Ernst seiner Geschichte und seinem subjektiven Prozess sich über das gemeinsame Ziel der Zerstörung des imperialistischen Systems und der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft in den konkreten Kampf, den Zusammenhang der Politik der Guerilla stellt, Teil der revolutionären Front hier ist. Und es vom ersten Moment an seine wie unsere Sache ist, daß und wohin die Front im Zentrum sich entwickelt. Das meinen wir mit: Zusammen kämpfen. Eine Front.(...)
Wir sagen: Wenn auch bewaffnete, illegale Organisation der Kern dieser Strategie ist, bekommt sie erst ihre ganze notwendige Kraft, wenn bewaffnete Politik mit militanten Angriffen, mit den Kämpfen aus der ganzen Breite der Erdrückung und Entfremdung und mit dem politischen Kampf um die Vermittlung ihres Prozesses zusammen zu einem bewußten und gezielten Angriff gegen die Dreh- und Angelpunkte des imperialistischen Zentrums gebracht wird.(...)
Wir stellen einfach fest: Fundamentalopposition ist mit diesem System wie nie zuvor grundsätzlich fertig. Kalt, illusionslos, vom Staat nicht mehr zu erreichen. Da ist nichts mehr von 'Systemveränderung' und 'alternativen Modellen' im Staat. Sie sind einfach skurril. Da ist einfach Schluß - und erst hinter dem Ende des Systems wird eine Lebensperspektive vorstellbar.(...)
Es hat in den letzten zwei Jahren eine Menge Flugblätter und Aktionen mit der Parole 'Eine Front mit der RAF' gegeben und wir wissen, daß das Bedürfnis und die Bereitschaft dazu durch alle politisierten Bereiche geht. Aber zwischen dem, was in Bedürfnis, Bereitschaft, Anfängen potentiell an Front existiert und dessen Realisierung in Entwicklungsprozess, Organisierung, Bewegung ist immer noch eine enorme Diskrepanz.(...)
Die Auseinandersetzung auf immer derselben Stelle, in denen isolierte Standpunkte und Glaubensbekenntnisse einander entgegengehalten werden, die Enge des vereinzelten Gruppendenkens, die Entschlußlosigkeit, es selbst anzupacken, fallen dort einfach weg, wo sich der Begriff der Situation zu eigen gemacht wird: Daß die antiimperialistische Front so dringend notwendig wie schwach entwickelt ist - und dabei potentiell stark in ihrer Position im westeuropäischen Zentrum und in ihrer enormen Möglichkeit im internationalen Befreiungskampf sein kann.(...)
Für uns, aus der relativen Schwäche gegenüber einer Macht, die hier fast alles hat, ist die Situation auch -daß sie zwar in der Lage sind - und das noch länger - eine Front, die hier ihre Macht bedroht, nicht zustandekommen zu lassen, daß sie zur Lösung ihrer Gesamtkrise aber auf sozialer, gesellschaftspolitischer, militärpolitischer Ebene gezwungen sind, aggressiv Macht an sich zu reissen und damit die politischen Grenzen in der Metropole, die 'Belastbarkeit', zu überschreiten - Demokratie, Wohlstand, innerer Friede - und sie das nicht ewig durchhalten werden, wenn es immer wieder im antiimperialistischen Kampf gebrochen, d.h. in der Konfrontation offen wird und so der dünne ideologische Faden zwischen Staat und Gesellschaft reißt.(...)
Kapitalkonzentration und -zentralisation, Rationalisierung, eingeplante massenhafte Arbeitslosigkeit, Instrumentalisierung des Menschen als Anhängsel der Maschine - die wegen der Bedeutung als Kriegsmittel auf dem Weltmarkt für sie unabdingbare Forcierung der Energiepolitik - die Zerstörung der gesellschaftlichen Strukturen nach dem Interesse der Polizei und des großen Geldes - Auspowerung beim Run nach dem Lebensunterhalt, Ausbildung als Fabrik-Bullen, Justiz, Knast - usw. sind Vorstösse dieser militärisch konzipierten Offensive, die eiserne Klammer um alle Teilbereiche der Metropolengesellschaft, die uns längst keine Wahl mehr läßt, ob wir die Front im Zentrum wollen oder nicht - der Krieg läuft. Die Frage ist nur noch, ob es gegen die reaktionäre Offensive die revolutionäre Front geben wird oder nicht.(...)
Widerstand gegen die hier ausholende imperialistische Maschine - das ist auch unsere Definition der Aktion der Guerilla und der Entwicklung der antiimperialistischen Front - ist Angriff und Entwicklung der revolutionären Front im Zentrum im Rahmen des weltweiten Kampfes.(...)
Revolutionäre Politik hier ist die Strategie, die in einem den Widerstand in der täglichen Realität hier als Prozess des Kampfs um Befreiung faßt - und ihn als Teil, Abschnitt und Funktion der weltweiten Kämpfe, in deren Zusammenwirken das Ziel nur erreicht werden kann. Diese Politik hat mit Weltanschauung nichts zu tun. Sie stellt nicht noch eines dieser sich ablösenden ideologischen Modelle auf, von denen behauptet wird, daß sie später verwirklicht werden. Sie kann nur realer Prozess sein."
(Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front, Rote Armee Fraktion, Mai 82)



"Wer nicht kämpft, stirbt auf Raten! Freiheit ist nur möglich im Kampf um Befreiung!" (RAF, 4.4.91)

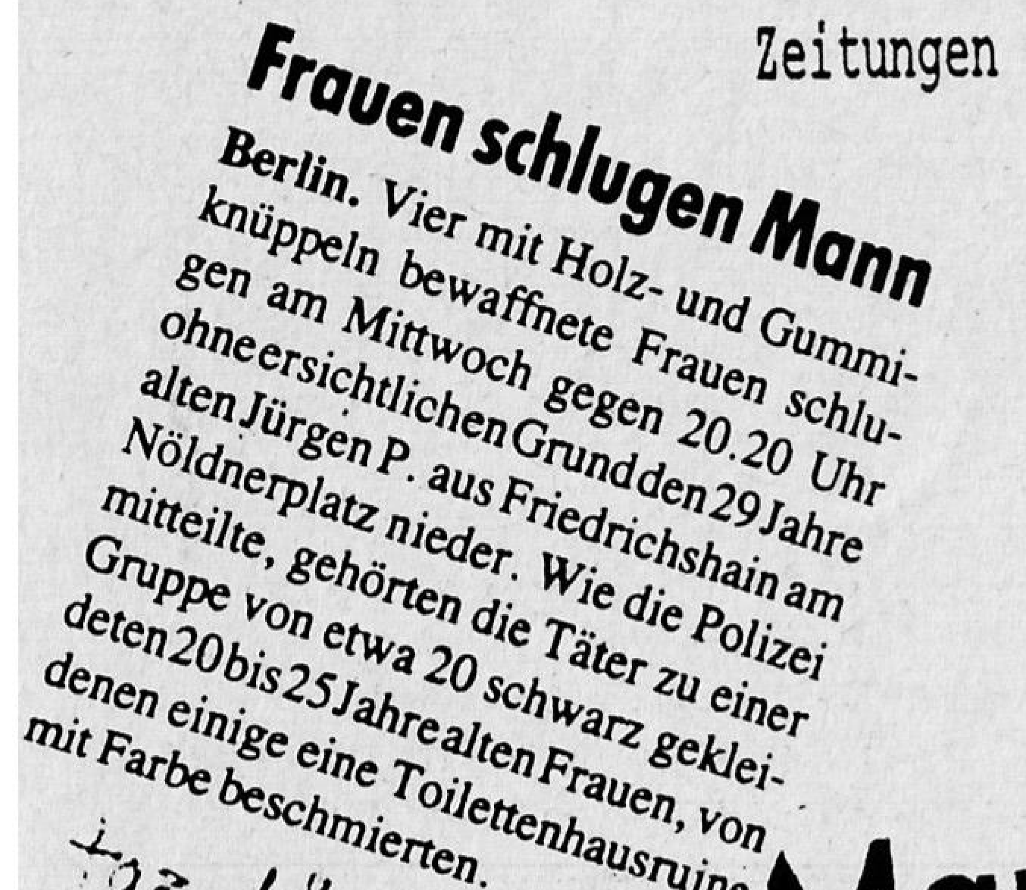
Und wir, als Teil des Widerstands in der BRD ,fügen jetzt (22.4.92) hinzu: Widerstand steht dafür, daß das, was in den letzten 22 Jahren war, nicht dem Staatsapparat und seinen Medien gehört. Diese Geschichte lebt in uns. Widerstand gegen die imperialistische Großmacht BRD bestimmt sich durch diese Erfahrungen.
Der Kampf geht gemeinsam weiter.

UNGLAUBLICH !!!

MAUERPSYCHOSE SITZT TIEFER ALS ERWARTET!

Mit den Worten: " Laßt meine Mauer in Ruhe, sonst schlag ich euch tot,..." stürzte sich ein Bauarbeiter auf unsere Plakatiergruppe, die gerade die Unterführung der S-Bahn verschönerte.

Wie's weiterging wird im Folgenden von sämtlichen Berliner Zeitungen "dokumentiert":



Frauen schlugen Mann

Berlin. Vier mit Holz- und Gummiknüppeln bewaffnete Frauen schlugen am Mittwoch gegen 20.20 Uhr ohne ersichtlichen Grund den 29 Jahre alten Jürgen P. aus Friedrichshain am Nöldnerplatz nieder. Wie die Polizei mitteilte, gehörten die Täter zu einer Gruppe von etwa 20 schwarz gekleideten 20 bis 25 Jahre alten Frauen, von denen einige eine Toilettenhausruine mit Farbe beschmierten.

taz lügt! vom 24.4

Mann von 20 Frauen windelweich geprügelt – er hatte sie beim Plakatkleben gestört

Von Tomas Kittan

Lichtenberg – 20 „militante Damen" – so ein Polizeisprecher – prügelten einen Mann brutal zusammen.

Die etwa 18 bis 25jährigen Frauen besprühten abends das Toilettenhaus am Nöldnerplatz, klebten grüne Plakate mit Aufrufen zur „Mai-Demonstration der Lesben" an die Wände. Eine Aufschrift: „Frauen schlagt zurück".



Weil ein Mann sich über diese Plakate aufregte, verprügelten ihn 20 Frauen

Die „Damen" waren komplett schwarz gekleidet: schwarze Schuhe, schwarze Hosen, schwarze Jacken, schwarze Kopftücher.

Der 28jährige Jürgen P., 1,80 Meter groß, kräftig gebaut und muskulös, kam vorbei, blieb stehen, sprach die „Damen" an – ein verhängnisvoller Fehler.

Nach einem kurzen Wortgefecht umzingelte ihn die Gruppe. Vier der Mädchen „knöpften" sich Jürgen P. vor, schlugen mit Holz- und Gummiknüppeln auf ihr Opfer ein. Wimmernd konnte der 28jährige sich befreien, schließlich weglaufen.

Ein Zugabfertiger am S-Bahnhof Nöldnerplatz alarmierte die Polizei. Für die Kripo sind die Ursachen für die Schlägerei „noch ungeklärt."

Am Tag danach verbarrikadierte sich der gefolterte junge Mann in seiner Mietswohnung in Lichtenberg. Mit einer Pistole bewaffnet stand er hinter der Tür: „Ich will keinen sehen."

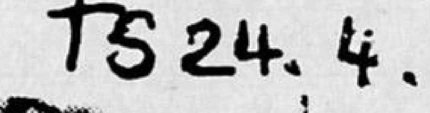
BZ. 24.4



„Rabiate Frauenbande" schlug 29jährigen Mann

Unter der Überschrift „rabiate Frauenbande" bilanzierte der gestrige Polizei-Pressespiegel folgenden Vorfall in Ostteil der Stadt: Am Mittwoch abend gegen 20 Uhr 20 schlugen vier mit Holz- und Gummiknüppeln bewaffnete Frauen ohne ersichtlichen Grund am Nöldnerplatz auf einen 29jährigen Mann aus Friedrichshain ein. Die Frauen gehörten zu einer Gruppe von rund zwanzig schwarzgekleideten, 20- bis 25jährigen Frauen, von denen einige eine Toilettenhausruine mit Farbe beschmiert hatten. Die Ursachen für die Taten sind der Polizei zufolge noch nicht geklärt.

Tsp



TS 24.4.



Einmal mehr und schon wieder schlugen Frauen ohne ersichtlichen Grund zu!

Es hat uns einfach übermannt!!!



HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1.MAI !

DIE LETZTE SCHLACHT GEWINNEN WIR!



Frauen auf der Flucht

aus dem AK340

Wir veröffentlichen im folgenden einen Vortrag von Susanne Hübel. Sie hielt diesen Vortrag im Rahmen der Tübinger Aktionswochen gegen „500 Jahre Kolonialismus — EG-Binnenmarkt." Die Autorin hat in Tübingen und Kalifornien Völkerkunde und Kulturwissenschaften mit dem Schwerpunkt der Frauen- und Minderheitenforschung studiert. Sie arbeitet seit 1991 als Bildungsreferentin bei der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes e.V., wo sie sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Flüchtlingsfrauen und Frauen in Lateinamerika beschäftigt.

Die Hauptgruppe der Flüchtlinge sind Frauen und Kinder, die sich innerhalb der Länder des Trikont auf der Flucht befinden und meist in Nachbarländern Aufnahme finden. Zahlreiche Frauen haben neben politischen und anderen Motiven auch frauenspezifische Fluchtgründe. Nur ein kleiner Prozentsatz gelangt nach Europa wo der Hürdenlauf durch bundesdeutsche Gerichte beginnt, in denen Frauen meist umsonst um eine Anerkennung ihrer persönlichen Fluchtgründe kämpfen. Doch es gibt verschiedene Gesetzesinitiativen und Forderungen, die auf eine Besserstellung von Frauen im Asylverfahren abzielen. Bei einem Blick auf die vorhandene Literatur zum Thema Flüchtlingsfrauen läßt sich erst seit kurzem eine Zunahme der Publikationen beobachten. Seit einigen Jahren greifen Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und politische Institutionen das Thema vermehrt auf und versuchen eine größere Öffentlichkeit und konkrete Verbesserungen für Flüchtlingsfrauen zu erreichen.

Allgemeine Einführung — Frauen auf der Flucht

Auf der Welt befinden sich 14 bis 15 Mio. Menschen auf der Flucht. Nach Angaben des UNHCR bilden Frauen weltweit die Mehrheit unter den Flüchtlingen. Insgesamt sind über drei Viertel der Flüchtlinge in Afrika, Asien und Lateinamerika Frauen und Kinder. In einzelnen Ländern sind über 90% der Flüchtlingsbevölkerung Frauen und Kinder. Dies ist besonders in Regionen der Fall, wo Bürgerkriege, die Verfolgung ethnischer Gruppen, Naturkatastrophen und Hungersnöte zu Massenfluchtbewegungen führen. Die meisten fliehen aus ländlichen Gebieten.(1)

Die Flucht gestaltet sich für zahlreiche Frauen äußerst schwierig, weil sie meist zum ersten Mal auf sich allein gestellt sind — ohne den Rückhalt der Großfamilie — und für sich und ihre Kinder sorgen müssen. Sie sind schutzlos, da ihr Familienverband sie entweder verfolgt oder verstoßen hat, oder die Familiengemeinschaft aufgrund staatlicher, religiöser oder rassischer Verfolgung auseinandergebrochen ist. Meist sind dann die Frauen als einzige Ernährerinnen ihrer Kinder übrig. Die Flucht aus den Gefahrengebieten dauert lange und ist durch die Suche nach Nahrung, Wasser und mangelnde medizinische Versorgung erschwert. Meistens schaffen es die Frauen gerade noch, die Grenze eines Nachbarlandes zu erreichen, wofür sie unterwegs einen hohen Preis bezahlen müssen denn Frauen auf der Flucht sind in besonders starkem Maß sexueller Gewalt ausgeliefert. Immer wieder berichten Flüchtlingsfrauen von sexuellen Übergriffen, Mißhandlungen und Vergewaltigungen.(2)

Von der Grenze werden die Flüchtlinge direkt in ein Aufnahmelager gebracht, wo sie je nach Politik des Aufnahmelandes teilweise Bildungsangebote wahrnehmen oder sogar ein Stück Land bestellen können. Wenn das Gastland jedoch die Integration der Flüchtlinge zu verhindern versucht, müssen die Frauen oft jahrelang ohne Arbeit und Einkommen im Zeltlager leben und die Kinder erhalten keine oder nur eine geringe Schulbildung. Alleinstehende Frauen haben eher die Möglichkeit in die Städte weiterzuwandern, wo ihnen oft nur der Schwarzhandel und die Prostitution als Einkommensquellen bleiben.(3)

Welches sind nun die Hauptaufnahmeländer von Flüchtlingsfrauen in Afrika, Asien, Lateinamerika? In **Pakistan** zum Beispiel befindet sich immer noch die größte Flüchtlingsgruppe der Welt. Circa 3 Mio. Afghanen leben in 350 Lagern, zu drei Vierteln Frauen und Kinder. Eritreische und äthiopische Frauen flüchteten zu Hunderttausenden vor Bombardierungen ihrer Dörfer und Städte in den **Sudan**. Südsudanesinnen fliehen wiederum nach **Äthiopien** und 700.000 Flüchtlinge aus dem Grenzgebiet Ogaden, das in einen Folgekrieg der kolonialen Grenzziehung verwickelt war, leben immer noch in **Somalia**.(4) Mehr als hunderttausend guatemaltekische und salvadorianische Flüchtlinge leben in grenznahen Lagern im Süden **Mexikos**, mehrheitlich Frauen, deren Männer von den Militärs getötet wurden, mit ihren Kindern. Sehr viele dieser Frauen wurden von Soldaten vergewaltigt, als diese sich angeblich auf der Suche nach ihren Männern befanden.(5)

In der **Türkei** befinden sich zur Zeit mehr als eine halbe Million iranischer Flüchtlinge, meist als Touristen „getarnt". Der Mehrheit der Flüchtlinge, die in ihre Nachbarländer gelangen, wird vom UNHCR die offizielle Anerkennung verweigert, was ihren Status sehr unsicher macht. Die IranerInnen fühlen sich im Nachbarland Türkei „wie in der Falle", bzw. „wie in der Vorhölle". Bundesdeutsche Delegationen berichten, daß sich besonders bei alleinstehenden und alleinerziehenden Frauen eine zunehmende psychische und materielle Verelendung zeigt.(6)

Beispiel: Afghanische Flüchtlingsfrauen in Pakistan: Die Stellung der afghanischen Frauen in den Lagern hat sich durch die Flucht radikal verschlechtert. Dies ist teilweise motiviert durch die sozio-kulturelle Entwurzelung die das Flüchtlingsschicksal mit sich bringt. Die Männer fordern von den Frauen eine besonders rigide Bewahrung kulturell-religiöser Traditionen. Frauen und Mädchen, die früher nicht verschleiert waren, müssen ihr Gesicht jetzt vollständig verhüllen. „Die Macht der fundamentalistischen Parteien ist groß," sagt Wahidah, ein Mädchen das in Kabul noch Miniröcke getragen hat. „Es ist lebensgefährlich, wenn wir uns nicht so kleiden und verhalten, wie sie es wollen." Arbeitslose Männer wachen besonders streng über die Tugend der Frauen und Mädchen. Anhänger des fundamentalistischen Islam schüren dieses Verhalten, und ihre Parteien finden immer mehr Anhänger unter den Männern. Nach deren Ideologie sollen die Frauen im Haus bleiben, dem Mann vollständig gehorchen, ihm sexuell zur Verfügung stehen und möglichst viele Kinder gebären. Die Fundamentalisten sprechen Morddrohungen aus, wenn Frauen und Mädchen außerhalb des Hauses zur Arbeit gehen. Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel gilt für Frauen als unschicklich. Jede unabhängige Bewegung der Frauen, zum Beispiel der Gang zur Gesundheitsstation, wird argwöhnisch beäugt und teilweise verboten.(7)

Nur wenige Flüchtlingsfrauen gelangen nach Europa. Wenn die Großfamilie Geld zusammenlegt, um einem Familienmitglied die Flucht zu ermöglichen, ist dies meist für einen Mann. Ehefrauen, die zurückbleiben, warten oft jahrelang auf eine Nachricht ihrer Männer.(8)

In der Bundesrepublik hat jedoch in den letzten Jahren ein Wandel stattgefunden. Immer mehr Frauen, alleine oder mit Kindern, beantragen eigenständig Asyl. Ihre Zahl wird statistisch nicht gesondert erfaßt. Schätzungen besagen jedoch, daß ca. 30 % aller Asylsuchenden weiblich sind.

Frauenspezifische Fluchtgründe: Frauen sind doppelt verfolgt

Die frauenspezifische Verfolgung hängt unmittelbar mit der gesellschaftlichen Rolle der Frau zusammen. In zahlreichen Ländern der Welt sind Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen den Männern untergeordnet und generell in ihrer persönlichen Entfaltung eingeschränkt. Die Frau kann jedoch durch ihre Gebärfähigkeit, meist über die Geburt von Söhnen, einen gewissen Status erlangen. Die Bewahrung ihrer Ehre, d.h.der Jungfräulichkeit vor der Heirat und absoluten Treue gegenüber dem Ehemann, ist ein Gut, dessen Verlust die ganze Familie trifft. Die



männlichen Familienmitglieder haben die Pflicht, über die Ehre der weiblichen Angehörigen zu wachen, gelingt ihnen das nicht, sind sie in ihrem Ansehen schwer getroffen und müssen den Verstoß sühnen.(10)

Die Verfolgung von Frauen ist oftmals eine doppelte. Sie sind aus vielfachen Gründen zur Flucht gezwungen. Sie werden verfolgt, gefoltert und bestraft, weil sie selbst oder ihre Angehörigen politisch aktiv waren. Sie werden aber auch aus sexistischen Gründen verfolgt, weil sie sich den für Frauen in patriarchalen Gesellschaften geltenden kulturellen oder gesellschaftlichen Normen nicht anpassen wollen.(11)

Bestimmte Formen von Menschenrechtsverletzungen richten sich speziell gegen Frauen

Wenn schwangere Frauen unmenschlichen Haftbedingungen ausgesetzt sind, gefoltert werden und wenn ihnen jegliche medizinische Versorgung verweigert wird, leben sie unter der ständigen Bedrohung, das Kind zu verlieren oder dauerhaft unfruchtbar zu werden. Sexueller Mißbrauch und Vergewaltigung durch Soldaten, Polizei, paramilitärische Gruppen, gegnerische ethnische oder religiöse Gruppen oder eigene Familienangehörige zielen darauf, den Frauen männliche Macht zu demonstrieren. Sie werden für den Ausbruch aus der traditionellen weiblichen Rolle bestraft indem ihnen schwere seelische und körperliche Schmerzen zugefügt werden. Die Integrität, Persönlichkeit und das Selbstwertgefühl der Frau sollen nachhaltig zerstört werden. Das Ziel ist es einerseits, politisch aktive Frauen auf die Rolle des Sexualobjektes zu reduzieren, ihnen ihre Würde abzusprechen und ihnen männliche Macht zu demonstrieren. Andererseits sollen mittelbar männliche Familienangehörige verletzt werden, da ihnen gezeigt wird, daß sie nicht in der Lage, sind „ihre Frauen“ zu schützen.(12)

Nacktes Gefangenhalten, sexuelle Belästigung und Vergewaltigung wird in einigen Ländern als alltägliche Form der Folter zur systematischen Zerstörung der weiblichen Persönlichkeit und zur Erpressung von Aussagen eingesetzt. So zum Beispiel in El Salvador, Indien, Pakistan, Iran, Myanmar — das ehemalige Birma, Kolumbien, Peru, Israel, Syrien, Südafrika.

Das traumatische Erlebnis einer Vergewaltigung verfolgt die Opfer oftmals lebenslang. Viele Frauen, die in der Haft, auf der Straße, in ihrer eigenen Familie vergewaltigt wurden, sind nicht in der Lage über ihre Erlebnisse zu sprechen. In zahlreichen Kulturen wird der Frau die alleinige Schuld an dem Erlebten zugesprochen, sie wird durch das soziale Umfeld und die eigene Familie sozial geächtet und diskriminiert. Staatliche Stellen bleiben bei der Verfolgung der Täter untätig, und die Frauen stehen oftmals unter der Drohung schweigen zu müssen.

Iran: In islamischen Ländern gilt zunehmend eine einseitige Auslegung des Koran zum Nachteil der Frauen. Sie sind vollständig der Gewalt ihrer Väter und später der Ehemänner ausgeliefert. Ohne deren Zustimmung dürfen sie weder eine Ausbildung machen, arbeiten, reisen, noch überhaupt das Haus verlassen. Frauen sind strengen Kleidungsvorschriften unterworfen. Verweigern sie das Tragen des schweren, dunklen Körperschleiers, droht ihnen im Iran die Todesstrafe.(13)

Zahlreiche Frauen werden von ihren Familien verfolgt und getötet, weil sie sich weigern, den von den Eltern ausgewählten Mann zu heiraten; oder weil die Verwandten nur den leisen Verdacht haben sie könnte ihre Jungfräulichkeit verloren haben. Generell kann schlimmste Verfolgung alle Frauen treffen, die einen Lebensentwurf leben wollen, der (wie z.B. bei homosexuellen Frauen) von der Norm abweicht. Die Verfolgung von Frauen wird zwar oft von der eigenen Familie vorgenommen, sie ist aber staatlich sanktioniert. Die Rechtsstellung der Frauen in allen Ländern, die das islamische Recht, die Scharia, zum Staatsrecht erhoben haben, ist sehr schlecht. Das Heiratsalter von Mädchen wurde auf neun Jahre gesenkt. Ein Mann kann bis zu vier Frauen heiraten und daneben unbegrenzt viele sogenannte „Ehen auf Zeit“ gegen Bezahlung eingehen. Nach einer Scheidung, die nur auf Wunsch des Mannes erfolgen kann, geht das Sorgerecht für die Kinder auf den Vater über. Mord wird als Privatangelegenheit zwischen der Familie des Täters und des Opfers angesehen und kann entweder mit Blutrache oder dem Zahlen eines Blutgeldes beigelegt werden. Dabei ist zu beachten, daß für eine Frau nur halbsoviel Blutgeld bezahlt wird. Die Zeugenaussage einer Frau gilt generell nur halb, bei Mord überhaupt nicht. Einen Mord den nur Frauen beobachtet haben ist nicht beweisbar. Im Iran werden auch Steinigungen bei Unzucht ausgeführt. Eine Frau wird bis zur Brust, ein Mann bis zur Hüfte eingegraben, und dann möglichst langsam und qualvoll durch Steinwürfe getötet. Da eine Jungfrau nach dem Koran ins Paradies kommt, wird eine zum Tode verurteilte unverheiratete Frau vor ihrer Hinrichtung zwangsverheiratet und dann vergewaltigt.(14)

Irak: Im Nachbarland Irak wurde kürzlich die Tötung von als untreu angesehenen Ehefrauen straffrei gestellt. Einzige Bedingung war, daß die Tötung durch männliche Angehörige im Haus des Ehemannes oder der Eltern stattfindet.

Sri Lanka: Singhalesische Soldaten, die bei Hausdurchsuchungen und Razzien tamilische Frauen alleine antreffen, vergewaltigen diese oftmals. Tamilinnen werden unbekleidet gefangengehalten und sexuell mißbraucht. Das Schicksal tamilischer Frauen ist besonders schwer durch die Tatsache, daß eine Vergewaltigung als ihre eigene Schuld angesehen wird. Es ist eine Schande für die Familie, die sie nur durch Selbstmord löschen kann.

Türkei: Verfolgt werden Mitglieder politischer Oppositionsgruppen, Angehörige bestimmter religiöser Gruppen (z.B. syrisch-orthodoxe ChristInnen) und die kurdische Minderheit. Nach Angaben von ai werden zahlreiche Frauen in Geiselfunktion inhaftiert und gefoltert, um durch sie den Aufenthaltsort eines Gesuchten herauszufinden. Sterilisationen und Elektroschocks werden durchgeführt mit dem Ziel, die Gebärfähigkeit der Frauen zu treffen, Vergewaltigungen vor den Augen der Männer sollen Geständnisse erpressen.(15)

All diese Beispiele machen deutlich, daß Frauen zusätzlich zu der auch für Männer geltenden körperlichen und seelischen Verfolgung Opfer sexueller Gewalt und der Diskriminierung und kulturellen Unterdrückung als Frauen werden. Diese Gewalt wird von den Opfern als moralische Schande empfunden, erzeugt Druck und macht die Opfer erpreßbar. (16)



Die Hauptgruppe der Flüchtlinge sind Frauen und Kinder

Bundesdeutsche Gerichtsentscheidungen zu frauenspezifischen Asylgründen

In Westeuropa stellen Frauen gerade noch ein Drittel aller Asylsuchenden, wovon die überwältigende Mehrheit abgewiesen wird. Es stellt sich die Frage: Gilt das Asylrecht auch für Frauen? Das bundesdeutsche Recht auf Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes besagt: „Politisch Verfolgte genießen Asyl". Nach Aussage des Bundesverwaltungsgerichts, das als oberste Instanz über Asylangelegenheiten entscheidet, gehören dazu im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention Verfolgte aufgrund ihrer „Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe", nicht aber „aufgrund ihres Geschlechts."(17)

Frauenspezifische Fluchtgründe, wie Vergewaltigung, sexuelle Folter, Kindesentführung, Verstoßung oder Tötungsabsicht der eigenen Familie, Zwangsverheiratung etc. werden vor bundesdeutschen Gerichten meist nicht als Asylgrund anerkannt. Einzelne Gerichte gingen sogar so weit, ihren Entscheidungen das islamische Recht zugrunde zu legen. Die Begründung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg hierzu lautet, daß der Iran als fundamentalistischer, islamischer Staat „nicht an dem weltanschaulichen Neutralitäts- und Toleranzgebot des Grundgesetzes gemessen werden kann" (Urteil v.18.3.1988). Die Widersprüchlichkeit der Gerichtsentscheidungen zur Lage der Menschenrechte im Iran wird deutlich, wenn man ein anderes Urteil desselben Gerichts betrachtet, in dem das iranische „Regime als rachsüchtig und unversöhnlich" bezeichnet wird „das Gegner mit völkerrechtswidrigen Handlungen verfolgt."(18)

Andere bundesdeutsche Gerichte argumentieren, daß es sich bisher noch nicht feststellen ließe, mit welcher Motivation Revolutionswächter gegen Frauen vorgehen, die gegen Kleidervorschriften verstoßen. Asylanträge iranischer Frauen, die gegen Kleidervorschriften verstoßen haben, wurden fast durchweg abgelehnt. Diese Repression verletze zwar die Menschenrechte, gefährde aber nicht ernsthaft Leib und Leben, argumentieren die Gerichte. Doch auch die wirtschaftliche und berufliche Existenzgrundlage, die körperliche und psychische Gesundheit sowie die Freizügigkeit gehören zu den Rechtsgütern, die das Asylrecht schützt.(19)

Die bundesdeutsche Rechtsprechung mißt hier Menschenrechte mit zweierlei Maß. Einerseits wird das iranische Regime als Unrechtsregime gebrandmarkt, das gegen das Völkerrecht verstößt, andererseits werden Menschenrechtsverletzungen an Frauen als innerstaatliches Recht eines islamischen Staats akzeptiert und verharmlost. Beim Bundesamt für Asylangelegenheiten herrscht die Auffassung, daß das bundesdeutsche Wertesystem nicht zur Grundlage der Beurteilung der Normen und Werte anderer Länder gemacht werden soll. Menschenrechte werden somit als teilbar definiert, die in allen großen Menschenrechtskonventionen als schützenswert genannten gleichen Grundrechte beider Geschlechter sollen anscheinend nur für europäische Frauen gelten.(20)

Asylbegehren tamilischer Frauen, die sexuelle Gewalt als Verfolgungsgrund nannten, wurden abgelehnt, da diese Gewalt entweder Folge allgemeiner Kriminalität oder des bürgerkriegsähnlichen ethnischen Konfliktes zwischen Singhalesen und Tamilen in Sri Lanka sei. Bürgerkrieg und Kriminalität gelten in der BRD nicht als „allgmeine Unglückssituation" und sind damit nicht asylrelevant.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin prüfte ausdrücklich die Frage, ob sexuelle Verfolgung nicht dadurch politisch werde, daß der Staat den Opfern keinen Schutz gewähre. Das wurde vom (männlich besetzten) Gericht deshalb verneint, weil die Frauen „aufgrund ihrer hinduistisch-tamilischen Erziehung häufig von einer Anzeige absehen und daher staatlichen Schutz gar nicht in Anspruch nehmen."

Die Urteile zeigen, daß es in der Rechtsprechung zur geschlechtsspezifischen Verfolgung noch wenig Einigkeit gibt. Auch juristische Handbücher und Kommentare greifen das Thema teilweise nicht oder nur oberflächlich auf. Daß geschlechtsspezifische Maßnahmen eine Gefahr für Leib und Leben darstellen können, ist unstrittig. Unklar ist in der bundesdeutschen Asylrechtsprechung inwieweit diese Unterdrückung politischen Charakter hat. Allzu oft wird sie als unpolitische Folter und Folge allgemeiner Kriminalität interpretiert.(21)

Es gibt allerdings auch erfreuliche Entscheidungen einzelner Gerichte. So hat das Verwaltungsgericht Wiesbaden in mehreren Urteilen entschieden, daß iranische Frauen, die sich dem Schleierzwang nicht unterwerfen, mit Wahrscheinlichkeit im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention als „Angehörige einer bestimmten sozialen Gruppe" zu sehen sind.(22)

Verfahrenstechnische Probleme

Ein Problem, das bei der Anhörung von Frauen im Asylverfahren häufig auftritt ist, daß sie sexuelle Verfolgung und Gewalt, der sie ausgesetzt waren, aus Angst, Scham oder Unwissenheit erst gar nicht erwähnen. Sie sind es nicht gewohnt, vor den männlichen Anhörern und Dolmetschern, teilweise ist auch der Ehemann dabei, über diese Erlebnisse zu sprechen. Sie haben Angst vor den sozialen Konsequenzen einer solchen Aussage, die über die Dolmetscher in der Flüchtlingsgemeinde bekannt werden könnte. Wenn Frauen sich erst bei der zweiten Anhörung durchringen, etwas über ihre sexuelle Verfolgung zu sagen, wird das als „gesteigertes Vorbringen" als unglaubwürdig eingeschätzt.(23)

Da das Vorbringen frauenspezifischer Fluchtgründe sehr wenig Erfolg in Asylverfahren bringt, ist das Erlittene noch einmal auszusprechen sinnlos. Oft werden eigene Gründe der Frauen nicht beachtet oder ganz oberflächlich abgehandelt. Deshalb stützen sich viele Frauen auf die Fluchtgründe des Ehemannes und werden, falls dieser abgelehnt werden sollte, mit abgelehnt. So leisten Frauen oftmals politische Arbeit im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Rolle. Oft ist das Hintergrundsarbeit wie z.B. die Aufrechterhaltung von Armenküchen der Gewerkschaften, Wachehalten bei Sitzungen oder Unterstützertätigkeiten mit Essen, Waschen, Schreibarbeiten u.ä. für politisch aktive Männer. Diese Arbeit wird nicht als politische Arbeit anerkannt, deshalb ist es kein Asylgrund, obwohl Frauen für diese Tätigkeit genauso unerbittlich verfolgt werden wie politisch aktive Männer. Durch Druck von Frauengruppen und eine größere Öffentlichkeit für die Probleme von Flüchtlingsfrauen gab es schon einzelne konkrete Verbesserungen. Asylbewerberinnen können bei der Anhörung nach einer Dolmetscherin und Anhörerin verlangen. Mit der zunehmenden Beachtung frauenspezifischer Fluchtgründe besteht Hoffnung auf eine weitere Sensibilisierung in diesem Bereich.(24)



Das neue Ausländergesetz

Der Visumszwang zur Einreise in europäische Länder macht diese Einreise fast unmöglich. Der Visumszwang hat für Frauen besonders krasse Konsequenzen, da sie meist keine eigenen Pässe besitzen, sondern bei ihren Ehemännern/ Vätern oder Brüder miteingetragen sind. Das Visum muß schon bei der deutschen Botschaft im Heimatland beantragt werden und kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden. Wenn es möglich ist, daß Besucher nicht mehr zurückkommen, wird das Visum verweigert. Wenn bei einer Rückkehr in die Heimat „Abschiebungshindernisse" vorliegen sollten, z.B. Gefahr für Leib und Leben, wird erst gar kein Ausreisevisum erteilt. Leben die Menschen erst einmal hier, besteht durch etliche unterschiedliche Aufenthaltskategorien eine ständige Unsicherheit, wie lange der Aufenthalt dauert. Abgelehnte AsylbewerberInnen können z.B. eine Aufenthaltsbefugnis bekommen, was bedeutet, daß sie aus humanitären Gründen (reine Ermessenssache) für einen gewissen Zeitraum bleiben können. Bei Trennung/ Scheidung/ Tod des Ehemanns muß die Familie mit der Ausweisung rechnen.

Frauen von anerkannten Asylbewerbern verfügen wie andere Ausländerinnen auch nur über ein vom Status ihres Mannes abgeleitetes Aufenthaltsrecht. In den ersten drei Jahren bekommen sie keine Arbeitserlaubnis. Bei einer Trennung vom Mann erlischt das Recht, da die Frauen nur zur Wahrung der Familiengemeinschaft hier sein dürfen. Nach drei Jahren haben Frauen zwar ein eigenes Aufenthaltsrecht, aber nur wenn sie kein Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe beziehen. So kann eine Flucht ins Frauenhaus, da mit dem Bezug von Sozialhilfe verbunden, die Ausweisung nach sich ziehen. Diese Aufenthaltsunsicherheit zwingt viele Frauen, Gewalttätigkeit und Mißhandlung durch ihre Ehemänner zu ertragen. Den Frauen bleibt dann nur die Wahl zwischen Ausweisung und Gewalt in der Ehe.(25)

Politische Initiativen zur Verbesserung der Lage asylsuchender Frauen

Es stellt sich die entscheidende Frage, inwieweit frauenspezifische Verfolgung politischen Charakter hat. Hierbei handelt es sich um einen wertausfüllungsbedürftigen Rechtsbegriff. Man könnte, so die Juristin J.Fischer-Fritsch, Beraterin der Grünen im badenwürttembergischen Landtag, durchaus so argumentieren, „daß alle Staaten rechtlich dafür einzustehen haben, daß frauenspezifische Verfolgung unterbleibt". So würden staatlich geduldete Übergriffe auf Frauen immer eine politische Verfolgung bedeuten.(26)

Geschlechtsspezifische Verfolgung wird dadurch zur politischen Verfolgung, daß die Verfolger „gezielt mit dem Herausgreifen von Frauen, unter Ausnutzung ihrer gesellschaftlichen Rolle, eine mißliebige Gruppe treffen: bei einer politischen ‚Mitläuferin' die politische Opposition, bei einer Tamilin zum Beispiel die gesamte Volksgruppe, bei einer Geiselnahme die Familie."(27)

Das Bundesverwaltungsgericht schließt, wie oben genannt, frauenspezifische Verfolgung sogar von seiner Auslegung der Genfer Flüchtlingskonvention aus. Aber obwohl das Geschlecht in der GFK nicht ausdrücklich genannt ist, ist dennoch eine geschlechtsspezifische Diskriminierung aufgrund Art.3, Abs. 3 des Grundgesetzes verboten und als Grundrecht auch auf das Asylrecht anzuwenden. Die in der GFK genannten Aufzählungen sind überdies nur als Hilfskonstruktionen zu betrachten, der Begriff „soziale Gruppe" dient als Sammelbegriff.(28)

Das Europaparlament reagierte 1984 als erstes politisches Gremium auf die Schutzbedürfnisse von geschlechtsspezifisch Verfolgten. Es sprach die Empfehlung an die EG-Staaten aus, Frauen Asyl zu gewähren,

welche aufgrund der Übertretung moralischer oder ethischer Regeln ihrer Gesellschaft Opfer grausamer und unmenschlicher Behandlung werden. Diese Frauen sollten im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention als „Angehörige einer bestimmten sozialen Gruppe" gesehen werden. In der Bundesrepublik gab es zum internationalen Frauentag 1988 erstmals eine gemeinsam vorgelegte Große Anfrage der weiblichen Abgeordneten aller vier Parteien zur frauenspezifischen Verfolgung. Die Bundesregierung wies in der Antwort jede Verantwortung von sich und verwies darauf, daß die Entscheidung einzig bei den örtlichen Behörden und Gerichten liege. Allein in der Frage des humanitären Bleiberechts können PolitikerInnen in den Petitionsverfahren der Landtage frauenspezifische Fluchtgründe würdigen und entsprechende Entscheidungen treffen. Innenministerium und Ausländerämter gehen bei Petitionsverfahren generell davon aus, daß abgelehnte AsylbewerberInnen generell abzuschieben sind. Nur in seltenen Ausnahmefällen soll eine Duldung gewährt werden.(29)

Nur wenn im Asylverfahren die soziale Stellung der Frauen in ihrer Herkunftsgesellschaft und die speziell für sie geltenden Normen berücksichtigt werden, kann ihr Asylantrag sachgerecht bewertet werden. Die Politologin und ai-Expertin Margit Gottstein führt aus, daß sexuelle Gewalt kein zufällig gewähltes Mittel der Verfolgung ist. Sie zielt darauf ab, die Frauen, die Regeln übertreten, auf ihre traditionelle Rolle zurückzuwerfen. Außerdem werden Frauen indirekt dadurch verfolgt, daß sie infolge des sexuellen Mißbrauchs geächtet und verstoßen oder getötet werden. Dies trifft auch ihre Familie oder Gruppe, der es nicht gelingt „ihre Frauen" zu schützen.(30)

Susanne Hübel

Anmerkungen:

1) Vey 1987: 40
2) EPK 1990: 7
3) ebda.
4) Von den insgesamt 767.700 Flüchtlingen im Sudan sind 350.000 ÄthiopierInnen und EritreerInnen. 1989 gab es 383.000 Flüchtlinge aus dem Südsudan in Äthiopien. Quelle: EPK 1990:8f
5) EPK 1990:12
6) Schuckar 1988:293
7) EPK 1990:3f
8) ebda :7
9) Gebauer 1988:120
10) Gebauer 1988:121. Diese Rolle der Frau trifft besonders auf islamische Länder wie Iran, Irak, Türkei, Afghanistan, Ägypten, Algerien etc. zu, aber auch auf die hinduistische Kultur Indiens, Sri Lankas und zahlreiche Staaten Lateinamerikas.
11) vergleiche amnesty international 1991:7
12) Gebauer 1988:121
13) Frankfurter Rundschau, 17.8.91; Die tageszeitung 17.8.91
14) Die Scharia, das islamische Rechtssystem aus der Zeit des Propheten Mohammed, ist zugeschnitten auf die Gesellschaftsform der nomadischen Stammesgesellschaft des 6. Jahrhunderts n.Chr.. Die Scharia diente dem Iran und anderen islamischen Ländern seit jeher als Gesetzesgrundlage, neu ist nur die buchstabengetreue Auslegung und Ausführung ihrer Bestimmungen. Quelle: Hoffman-Walbek 1988:80-83
15) Gebauer 1988:122
16) Fischer-Fritsch 1990:2, EPK 1990:10
17) Gebauer 1988:122
18) Gebauer 1988:126
19) Gottstein 1989:15; Fischer-Fritsch 1990:4
20) Gebauer 1988:125f
21) Gebauer 1988:127
22) Urteile des VG Wiesbaden v. 6.2.1987; 8.5.1984; 28.1.1985 zit. in Gebauer 1988:127
23) Fischer-Fritsch 1990:5
24) Gebauer 1988:128. Es gibt im Moment bei den Gerichten 20% weibliche Dolmetscher und 30% Anhörerinnen.
25) Anonyma: „Rassismus, Sexismus und das neue Ausländergesetz", Thesenpapier1991
26) Fischer-Fritsch 1990:3. Dieser Antrag wurde von CDU und FDP abgelehnt.
27) Gebauer 1988:127
28) Gebauer 1988:128
29) Fischer-Fritsch 1990:8
30) Gottstein 1989:15

BEGREIFEN WAS WAR
UND WAS IM KOMMEN IST

Kurt Pätzold. Historiker:
Vom gewöhnlichenRassismus zur „Endlösung"

Winfried Garscha. Dok.-Archiv d.österr.Widerstandes:
„Revisionismus" Wiederbelebung der „Auschwitzlüge"

Unabhängige Antifa. Berlin:
Die organisierten Neonazis in Ost-u.Westdeutschland

Paul Kohl. Publizist:
„Ich wundere mich, daß ich noch lebe"
Die faschistischen Verbrechen in der Sowjetunion

Aktueller Viedeofilm zum Thema Neofaschismus

EINE VERANSTALTUNG ZUM
TAG DER BEFREIUNG VOM FASCHISMUS

Donnerstag **7. MAI 1992**
TU-AUDI-MAX Beginn: **18 Uhr**

Straße des 17.Juni 135 (U-Bhf. Ernst-Reuter-Platz)

Antifa-Fete am 8.Mai 1992 im SO 36, Oranienstraße 190
20 Uhr: Aktuelle Kurzinfos über Neonazis 23 Uhr: Fete

Strange Fruit

Ingrid Strobl zur Bevölkerungspolitik

Ingrid Strobl führt in ihrem Buch "Strange Fruit" Statistiken und Quellen einer Seite der imperialistischen Politik auf, die mensch dazu bringen müßte, alle Formen des Widerstandes zu ergreifen.

Wenn allein mit der Bevölkerungspolitik so viele Verbrechen ausgeübt werden, wie sieht es dann unter Betrachtung der gesamten Politik aus??

Dank der imperialistischen Weltwirtschaftsordnung leben 800 Mio Menschen in absoluter Armut; 450 Mio Menschen leiden Hunger; 2,8 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, und 2,4 Milliarden Menschen haben keine Gesundheitsversorgung!

In diesem Buch werden zahlreiche solcher Beispiele aufgeführt, die mensch aufwecken und mit Recht auf diese bürgerliche Demokratie pfeifen und menschliche Alternativen fordern lassen. Dieses Buch macht mit jedem geschriebenen Wort neue Realitäten und Gedanken klar.

Es ist ein Manifest für jedeN, die/der heutzutage der alten/neuen Weltordnung entgegentreten will.

Besonders wichtig ist das Buch auch für

1. die in Deutschland im Exil lebenden Menschen, die sich für die parlamentarische Demokratie begeistern.
2. SPD-AnhängerInnen bis hin zu gewaltlosen AnarchistInnen - Graswurzel u.a.
3. deineN/meineN Mama/Papa als herzliches Geschenk für mehr Gedanken über und Verständnis für Zusammenhänge.

Es kann viel über dieses Buch geschrieben werden, aber ich laß das lieber, damit jedeR von uns selbst diese Bitterkeit zum praktischen Kampf verwendet und das Buch selbst uns zu organisierten gezielten Überlegungen bringt.

Was an dem Buch zu kritisieren ist, ist die langweilige Darstellung des sogenannten Nord-Süd-Konfliktes. Sie stimmt meiner Meinung nach nicht, da die Herrschenden in der "3. Welt" jetzt gemeinsame Interessen mit dem Finanz-Kapital in Europa und den USA vertreten. Sie üben gemeinsam Terror gegen das Proletariat, die Bauern und besonders die Frauen aus.

Es lohnt sich, dieses Buch zu lesen!

PS: - Es wäre wichtig, daß interessierte Gruppen/Menschen Ingrid nach Göttingen einladen, um sich mit ihr auseinanderzusetzen.

- Es wäre auch wichtig, dieses Buch in verschiedene Sprachen zu übersetzen.



Mitte April erreichte uns eine Erklärung der gefangenen republikanischen Frauen in Maghaberry/Nordirland, in der sie von einem generalstabsmäßig durchgeführten strip searching (Nacktdurchsuchung) am 2.3 92 an allen gefangenen Frauen berichten, verbunden mit der Bitte diesen Vorfall öffentlich zu machen.

Nordirland - die 6 counties

Seit über 20 Jahren leistet die katholische/republikanische Bevölkerung gegen die britischen Besatzer im Norden Irlands Widerstand. Dies ist nicht der erste Versuch in Irland's über 500jähriger Kolonialgeschichte, endlich von Britannien unabhängig zu werden.

1968 gründete sich in den 6 noch von Britannien besetzten counties (Grafschaften) der Provinz Ulster (die eigentlich aus 9 counties besteht - wegen dem hohen katholischen/republikanischen Bevölkerungsanteil dort hatte Britannien 1923 bei der Teilung der Insel auf die 3 restlichen counties gerne verzichtet.) eine Bürgerrechtsbewegung. Ziele waren eine Gleichbehandlung mit der protestantischen Bevölkerung bei der Wohnungsvergabe, Maßnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit, sowie die Abschaffung des Mehrfachwahlrechts (nur Hauseigentümer durften wählen und hatten so viele Stimmen wie Häuser) und der manipulativen Ziehung von Wahlkreisgrenzen, die es ermöglichte, daß auch in Städten mit deutlich katholischen/republikanischen Mehrheiten jedesmal die Unterstützer der britischen Kolonialherrschaft als Sieger bei den Wahlen hervorgingen.

1970 nahm die IRA (Irish Republicen Army) den Kampf gegen nationale Unterdrückung wieder auf, unterstützt von ihrem politischen Arm Sinn Fein (Wir Selbst). Mit dem Jahr 1973 nehmen auch immer mehr Frauen am bewaffneten Kampf teil, hauptsächlich in den Reihen der Cumam na mBan, einer der IRA angegliederten Frauenarmee. Anfangs stand die (neue) IRA lediglich für die Befreiung von der britischen Kolonialherrschaft. Unter anderem der Einfluß von außen führte dazu, daß die IRA sich später auch sozialistische Inhalte zu eigen machte. Sinn Fein kämpft politisch für ein freies sozialistisches Irland.

Die Ereignisse am 2.3.92

Morgens um 8 Uhr wurde den weiblichen Gefangenen in Maghaberry-Knast völlig überraschend mitgeteilt, daß bei allen eine körperliche Durchsuchung mit vollständiger Entkleidung (strip searching) durchgeführt werden sollte. Die republikanischen Frauen verweigerten diese Art der Untersuchung. Wärterinnen im Kampfanzug mit Schildern, Stöcken und Helmen stürmten daraufhin die Flure. Bald darauf hörte man eine Frau schreien, die mit Gewalt auf den Boden ihrer Zelle gezerrt und dort ausgezogen wurde. Da die sie sich ausrechnen konnten, daß ihnen das selbe blühte, verbarrikadierten sich etliche Frauen in ihren Zellen. 21 Frauen wurden in ähnlicher Weise angegriffen: 5-6 behelmte Wärterinnen stürmten die Zellen, packten die Gefangenen an Armen und Beinen und zwangen sie, sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden zu legen. Den Frauen wurde der Mund zugehalten, um sie am Schreien zu hindern. Ihre Arme wurden auf den Rücken gedreht und sie wurden geschlagen, gestoßen und umhergezerrt. Einige Frauen wurden gezwungen, sich auf dem Boden liegend wieder anzuziehen, andere wurden nackt oder halbnackt liegengelassen. Diejenigen, die nicht aufstehen konnten oder wollten, wurden mit dem Gesicht nach unten in einen Gemeinschaftsraum getragen und eingesperrt, während ihre Zellen gefilzt wurden. Durch die geöffneten Zellentüren und -fenster beobachteten männliche Schließer die Entkleidung, lachten und jubelten über die Schreie der Frauen, äfften diese nach und machten eindeutige sexistische Gesten. Geraldine Ferrity und Bronwyn Mc Gahan, die gemeinsam eine Doppelzelle teilten, erlitten eine besondere Form der Behandlung: Da ihre Zellentür klemmte, wurden Schließer zum Öffnen geholt. Als diese die Tür endlich aufhatten, stürmten sie selbst hinein, rissen

Geraldine aus ihrem Stockbett, sodaß sie mit dem Kopf voran auf den Boden schlug und schleppten sie in einen anderen Trakt, wo sie von Wärterinnen ausgezogen wurde. Bronwyn wurde von 4 Männern zu Boden gedrückt, wo sie hilflos und schreiend lag, während einer ihr mit der Hand über den Unterleib fuhr und grob ihren Po begrapschte. Ein Mann schrie Anweisungen, wie ihre Arme und Beine gedreht werden sollten, sodaß ihr Körper ständig gekrümmt wurde. Nach einigen Minuten wurde sie ebenfalls in einen anderen Trakt geschleift und von Schließerinnen gewaltsam ausgezogen.
Während des ganzen Tages (die Durchsuchung zog sich bis 9 Uhr abends hin) durften die Frauen ihre Zellen nicht verlassen, weder zum Duschen noch zum Hofgang oder um ihre Kinder zu versorgen. Das Essen bekamen sie von denselben Schließerinnen hereingereicht, die die Angriffe durchgeführt hatten. Einmal machte der Anstaltsleiter einen Rundgang durch das Gefängnis und sprach mit seiner "Mannschaft". In dieser Zeit wurden die Durchsuchungen unterbrochen.

Die Folgen

Alle Frauen erlitten durch das brutale strip searching Verletzungen. Eine wurde vom Gefängnisarzt aufgrund ihrer Gesichtsverletzungen in ein Krankenhaus nach außerhalb eingewiesen. Viele bekamen entzündungshemmende Mittel, Schmerzmittel und Schlaftropfen. Eine Frau mußte wegen einer Rückenverletzung eine Urinprobe abgeben.
Eine Folge, die vom Amtsarzt nicht dokumentiert wurde, ist der psychologische Effekt, daß die Frauen nicht nur das Geschehene verarbeiten müssen, sondern sie in ständiger Furcht vor einem neuen Angriff leben müssen. So wird für die gesamte Haftzeit, die ihnen verbleibt, ein fortwährender Zustand von Angst und Unsicherheit erzeugt.
22 Frauen wurden angeklagt wegen Verweigerung eines Befehls (sich nackt auszuziehen), einige haben eine Anklage wegen Verbarrikadierung der Zellentür und wegen "Angriff auf ihre AngreiferInnen". Ihnen wurde das Recht auf gesetzliche Vertretung verweigert und es wurde keine Begründung für den "Befehl" zum Ausziehen genannt. Einige wurden mit 3 Tagen Isolationshaft bestraft und durften anschließend für weitere 40 Tage nicht am Hofgang teilnehmen. Alle Frauen haben über ihre AnwältInnen Beschwerde gegen diese Gewaltmaßnahmen eingereicht.

Einschätzung durch die Gefangenen

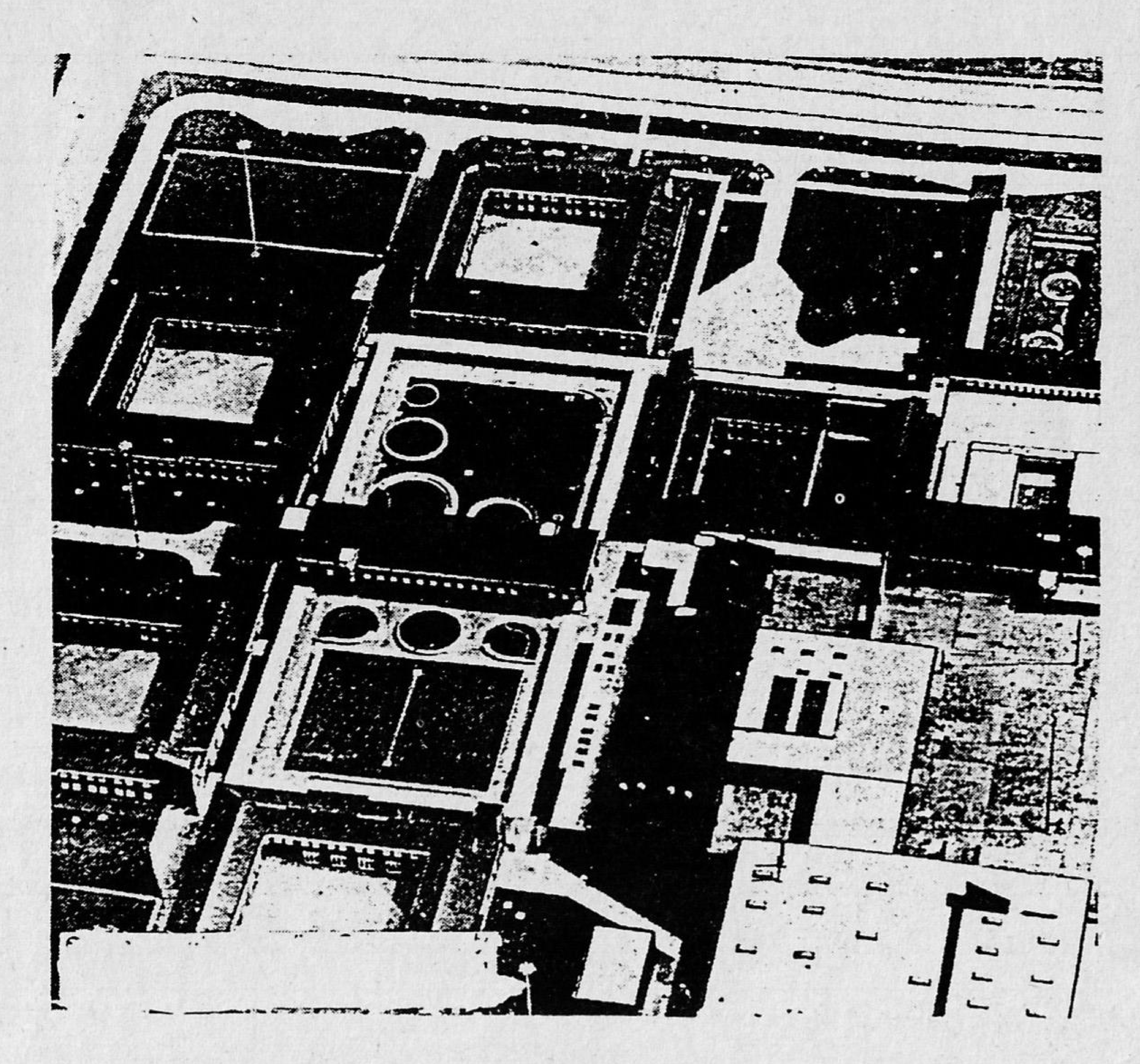
Entgegen offiziellen Behauptungen, die Frauen hätten erst durch ihren Widerstand die Attacken provoziert, ist die Aktion in ihrem gesamten Ausmaß so geplant worden. Es wurde bereits vorher Verstärkung aus anderen Gefängnissen herangezogen, und die gesamte Aktion trug einen unterschwellig militärischen Charakter. Nicht nur durch die Kampfkleidung, sondern auch durch die Rufe wie "Einfall", "Ausfall" und "Rückzug".
Gegenüber der Öffentlichkeit wurden die Ereignisse verdreht (s.o.) bzw. verschleiert. Z.B. wurde einer Frau verboten, sich beim Besuch fotografieren zu lassen, weil man befürchtete, daß sie das Foto mit ihren Verletzungen vor Gericht verwenden wollte. Einer englischen Frauendelegation, die zum internationalen Frauentag den Knast besichtigen wollten, wurde teilweise der Zuritt verwehrt, um kein Gespräch über die Vorfälle zu ermöglichen.
Von seiten der Anstaltsleitung wurde nicht einmal der Versuch gemacht, eine Begründung für die Notwendigkeit des Ausziehens zu geben, sodaß der Schluß naheliegt, daß damit keine Sicherheitsbedürfnisse befriedigt wurden, sondern eine gezielte Einschüchterung stattfinden sollte.

Was ist strip searching

Strip searching wurde im November 82 in Armagh, dem damaligen Frauenknast (bis 1986) eingeführt. "Anlaß" war, daß 2 jugendliche Gefangene, die bekannt für ihre "Spontanaktionen" waren, in einem angrenzenden Gerichtssaal Schlüssel mitgehen ließen. Dieser Vorfall diente als Rechtfertigung für die systematische Einführung dieser Nacktdurchsuchungen. Anfangs betraf es vor allem die republikanischen Untersuchungsgefangenen, die diese Prozedur zweimal die Woche, jeweils vor und nach dem Besuch vor Gericht, über sich ergehen lassen mußten, obwohl diese Angelegenheit nicht mehr als 20 min dauerte und die Frauen während der ganzen Zeit nicht aus dem Blickfeld der Wärterinnen gelangten.
Strip searching wird inzwischen bei jeder sich bietenden Gelegenheit durchgeführt, vor und nach Besuchen, Prozessen, oder willkürlich einfach in der Zelle. Die bloße Möglichkeit, jederzeit damit konfrontiert zu sein, setzt die Frauen extremen psychologischen Belastungen aus. Keine einzige Frau bleibt davon verschont, egal wie alt sie ist, ob sie schwanger ist oder menstruiert. Eine Nacht wurde eine Frau, die dann im Krankenhaus eine Fehlgeburt hatte, vor und nach dem Krankenhausbesuch dem strip searching ausgesetzt. 1989 wurden 4000 Vorfälle des strip searchings gezählt. Betroffen waren davon auch 2 gefangenen republikanischen Frauen in England. Dieses "Privileg" ist ausschließlich Frauen vorbehalten (Rosaleen Mc Corley in der Erklärung zum 2.3.).
Offiziell wird strip searching mit Sicherheitserfordernissen begründet. Bisher wurde jedoch bei dieser Tortur nichts gefunden, was

für die Sicherheit irgendwie von Bedeutung wäre. Die Transporte zu den Prozessen finden unter absoluten Sicherheitsvorkehrungen statt, die Gefangenen sind ständig von Polizistinnen und Wärterinnen umgeben, ein Kontakt mit der Außenwelt wird absolut unterbunden. Strip searching ist, was Sicherheitserfordernisse betrifft, sinnlos. Es ist nichts anderes als eine psychologische Form der Vergewaltigung, um die gefangenen Frauen zu brechen.
Ella O'Duver, die in England inhaftiert war, schreibt: "Ich bezweifle, daß es ein Mangel an Vertrauen in ihre Technologie ist, der sie dazu zwingt, uns auszuziehen. Unsere Umgebung ist mit Kameras übersät und ein Metalldetektor und einer ihrer Hunde würden erfolgreich das strip searching ersetzen. Es ist eine Form von psychologischer Vergewaltigung." "Es dient einzig und allein dazu, den Willen der gefangenen Frauen zu brechen und sie zur Unterwerfung zu zwingen." (Nancy Mc Cullough, Knast in Maghaberry).

Widerstand
Die Frauen im Knast hatten bei der Einführung des strip searching beschlossen, kollektiven Widerstand zu leisten und weigerten sich, sich freiwillig auszuziehen. Daraufhin reagierten die Wärterinnen mit brutalsten Zwangsuntersuchungen, die Frauen wurden zusammengeschlagen, die Kleider vom Leib gerissen und zwangsdurchsucht. Außerdem wurden sie wegen angeblicher Angriffe auf die Wärterinnen angeklagt. Dies hatte zur Folge, daß sie keinen oder weniger Straferlaß erhielten und auch sonst von Vergünstigungen ausgeschlossen waren. Die gefangenen Frauen, die dieser Situation vereinzelt und schutzlos ausgeliefert waren, beschlossen daraufhin die Weigerung aufzugeben und erklärten, daß der Kampf gegen das strip searching nun vor allem von außen geführt werden müsse. Immer wieder kam es aber zu Auseinandersetzungen zwischen Wärterinnen und einzelnen Gefangenen, wenn es zu strip search-Anordnungen außerhalb der "normalen" Praxis kam.
Draußen entstand eine breite Kampagne gegen diese entwürdigende Prozedur. An der Praxis hat sich nichts geändert. Bürgerrechtsvereinigungen wie der "National Council for Civil Liberties" führten Untersuchungen durch und kamen ebenfalls zu dem Ergebnis, daß strip searching nichts mit Sicherheitsmaßnahmen zu tun hat, sondern die gefangenen Frauen erniedrigen, brechen und strafen soll, sowie die Autorität im Knast aufrechterhalten. Inzwischen hat amnesty international strip searching als erniedrigende Behandlung gefangener Frauen verurteilt. Vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ist ein Verfahren gegen die britische Regierung wegen der Folter des strip searchings anhängig.



Situation in Maghaberry
Der Knast in Maghberry ist ein Hochsicherheitsgefängnis, von dem angenommen wird, daß es das sicherste Gefängnis der Welt ist. Es hat 30 Millionen britische Pfund (ungefähr 100 Millionen Mark) gekostet und wurde 1986 fertiggestellt. Der Knast ist ein Männerknast für nicht politische Gefangene. Die republikanischen Frauen wurden am 18.3.86 aus Armagh hierherverlegt. Von der zur Zeit 23 inhaftierten Frauen sind die meisten aus dem republikanischen Widerstand, die meisten wiederum Untersuchungsgefangene (genauere Zahlen sind uns leider nicht bekannt). Unter den Frauen gibt es eine Art Zusammenlegung in Kleingruppen: Jeweils bis zu 5 Frauen in einem Flügel, in dem Küche, Duschraum, Aufenthaltsraum und Zellen sind. Die republikanischen Frauen in U-Haft haben innerhalb ihres Flügels täglich 10 Stunden Umschluß und fordern die Zusammenlegung unter den einzelnen Flügeln. Sie können einmal pro Woche am Unterricht teilnehmen. Die Auswahl ist jedoch sehr gering: Kochen, Zeichnen, Handarbeit, Computer und Italienisch. Sie fordern mehr Möglichkeiten. In Maghaberry ist die Zensur sehr streng. Lesematerial erhalten due Frauen mit großer Verzögerung oder oft gar nicht. Die Frauen veröffentlichen politische Erklärungen zu aktuellen Geschehnissen oder Themen wie "Frauen und nationaler Befreiungskampf" kollektiv als "Women's POWs Maghaberry" (prisoners of war) oder auch einzeln in einer gemeinsamen Zeitschrift aller republikanischen Gefangenen "An Glor Gafa/Captive Voice".
Der politische Status als Kriegsgefangene (POWs) wird seit 1976 allen POWs, die ihre "Taten" nach dem 1.3.76 begangen haben, offiziell verweigert.

Die Erklärung der Frauen in Maghaberry kann bei uns gegen 3.- in Briefmarken bestellt werden. Solidarisiert euch mit den Frauen, indem ihr die Geschehnisse publik macht! Ihr könnt den republikanischen Gefangenen auch schreiben. Sie freuen sich ausdrücklich über Nachfragen. Schreibt an:
Mrs. Rosaleen Mc Corley
H.M.P. Maghaberry, C 2
Old Road, Ballinderry
Co. Antrim, Northern Ireland.

(Quellen: Erklärung der Gefangenen in Maghaberry vom 2.4., einige Ausgaben der Captive Voice, "Eines Tages werden wir frei sein"-Info der Irland-Soli-Gruppen, u.a.)

Adresse für die Bestellungen: Bunte Hilfe Marburg, c/o Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28, 3550 Marburg.

SCHLUSS MIT DEM STRIP-SEARCHING!

EINSTELLUNG ALLER REPRESSALIEN, DIE GEGEN DIE REPUBLIKANISCHEN GEFANGENEN FRAUEN NACH DEM STRIP SEARCH VERHÄNGT WURDEN!

ZUSAMMENLEGUNG IN MAGHABERRY NACH DEN VORSTELLUNGEN DER FRAUEN!

FÜR EIN VEREINTES SOZIALISTISCHES IRLAND!

STOP strip-searches

POLIZEIREPORT

BRANDANSCHLAG. Drei Männer verübten gestern nacht einen Anschlag auf eine Lebensmittelfiliale an der Neuköllner Kommandantenstraße. Die Täter zertrümmerten eine Schaufensterscheibe und warfen einen Brandsatz ins Geschäft. Die Feuerwehr konnte die Ausbreitung der Flammen verhindern.

Dienstag, 28. April 1992

Montag 27. April 92

Straßenschlacht mit Skins

Halberstadt (ap) — Bei Krawallen einiger hundert zumeist rechtsradikaler Jugendlicher sind am Wochenende mehrere Menschen verletzt worden. Es gab 30 Festnahmen. Wie die Polizei mitteilte, lieferten 500 bis 600 Skinheads am Samstag abend in Wernigerode/Harz den Beamten schwere Auseinandersetzungen. An den Straßenschlachten waren zeitweise auch rund 150 Autonome beteiligt.

Ausgangspunkt war den Angaben zufolge eine Veranstaltung in einer Gaststätte, die von Rechtsradikalen aus dem benachbarten Niedersachsen organisiert und als Geburtstagsfeier angemeldet war. Dazu seien Teilnehmer aus nahezu allen Bundesländern nach Sachsen-Anhalt angereist. Bereits im Zug, mit dem Skinheads aus Leipzig kamen, sei es zu Randale gekommen. Während der Veranstaltung in der Gaststätte habe es erhebliche Sachbeschädigungen gegeben.

Mehrere hundert Skinheads verließen dann das Lokal, um zum Domizil der Autonomen zu ziehen. Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei, die die Randalierer aufhalten wollte, wurden den Angaben zufolge mehrere Menschen verletzt und Polizeifahrzeuge beschädigt.

INFO

Warum Mann am 21. 04. (und überhaupt) in Wolgast-O nicht mit faschistischen Symbolen auf der B-jacke rumlaufen sollte:
Ganz einfach: ... weil uns sowaaaas furchtbar böhse macht ... und weil Mann für ne B-Kotzjacke mindestens 70 DM zahlen muß ... und weil Mann auch bei der AOK für zwei neue Schneidezähne dazuzahlen muß... und weils ohne Jacke und Reichskriegsflaggen-T-Shirt doch noch ein bischen kalt ist für die jetzige Jahreszeit ... und weil wir "ihnen" hier und nirgends erlauben so (Unsere Ehre heißt Treue, Doitschland, Doitschland über Alles") rumzulaufen und den Faschismus zu propagieren!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Püppü Lahngschtrumph sammält Kleidä



Information für die Presse

"Belfast Exposed"

Fotoausstellung aus Nordirland

vom 2. bis 17. Mai 1992 in Berlin

"Belfast Exposed" ist keine "Schicki-Micki"-Kunstausstellung. Belfast Exposed ist eine einzigartige Dokumentation unterschiedlicher, bisweilen extrem gegensätzlicher Sichtweisen auf Belfast, die Stadt und das Alltagsleben, auf den Bürgerkrieg, der nun schon seit 24 Jahren in einer vergessenen Ecke Europas nicht nachläßt und in unverminderter Härte immer weitergeht. Wir haben uns schon damit abgefunden, die üblichen Bilder brennender Autos und schwer bewaffneter Soldaten vermögen uns kaum noch zu interessieren. Die Klischees der "Troubles" decken eine genauere Wahrnehmung der Normalität im Ausnahmezustand zu, aber auch des uns Vertrauten im scheinbar Fremden.

Vor nun schon neun Jahren tat sich eine Gruppe arbeitsloser Jugendlicher aus den Belfaster Slums zusammen, um gegen die Dominanz von sensationslüsternen Bildern über sie authentische Bilder von ihnen zu setzen, um ihre eigenen Sichtweisen darzustellen. Die Ausstellung wuchs und wuchs und tourte um die ganze Welt, 1986 wurde sie zum ersten Mal in Berlin gezeigt, damals in der Regenbogenfabrik in Kreuzberg. Immer reisten Jugendliche aus Belfast mit, oft ihr erster Trip ins Ausland. Was Treffen mit diesen Jugendlichen so wohltuend von Monologen irgendwelcher Parteifunktionäre unterschied, war die Einfachheit und Authentizität ihrer Erzählungen, wie sie in Belfast aufgewachsen sind, wie sie mit alltäglichen Problemen wie Arbeitslosigkeit, fehlenden Treffpunkten in der Freizeit oder dem Verhältnis zur "anderen Seite" umgingen. Und ihre Neugier auf die Realität hier, Kennenlernen unterschiedlicher Leute und Projekte. Kurz: ein wirklich gegenseitiger Austausch. Zurück in Belfast erzählten sie auf Veranstaltungen in ihren communities von ihren Erfahrungen in Berlin, die sie mit Fotos dokumentiert hatten.

Berlin ohne Mauer interessiert sie natürlich brennend. So findet dieses Mal die Ausstellung fünf Tage in Kreuzberg statt, danach wandert sie in den Ostteil, ins Haus der Demokratie, ergänzt durch eine Reihe von Veranstaltungen, auch im Berliner Umland.

Veranstaltungsprogramm zur Fotoausstellung "Belfast Exposed"

Sa 2.5. - Do 8.5. Fotoausstellung im Kaufhaus Kato, U-Bhf.
12.00 - 19.00 Uhr Schlesisches Tor

Sa 2.5. 19.00 Uhr Ausstellungseröffnung im Kato

So 3.5. 19.00 Uhr "Der lange Krieg. Die soziale Situation in Belfast." Dias & Diskussion. Ort: Kato

Di 5.5. 20.00 Uhr "West Belfast: Nationalismus und Joyriding." Dias & Diskussion. Ort: Clash, Wedding, Uferstr. 13, U-Bhf. Nauener Platz und U-Bhf. Pankstr.

Di 5.5. 19.00 Uhr Video "Our Words Jump to Life" (Northern Visions/Belfast) mit Diskussion. Ort: Ex, Gneisenaustr. 2a, 1-61

Mi 6.5. 20.00 Uhr "Frauen in Irland" Ort: Ex, Gneisenaustr 2a, 1-61

Fr 8.5. 19.00 Uhr "Jugend in Belfast: Arbeitslosigkeit, Autoknacken u.v.m." Dias & Diskussion. Ort: Chip, Reichenberger Str. 44/45, U-Bhf. Kottbusser Tor und Görlitzer Bahnhof

So 10.5.-So 17.5 Fotoausstellung im Haus der Demokratie,
14.00 - 19.00 Uhr Friedrichstr. U-Bhf. Französische Straße

So 10.5. 19.00 Uhr Vernissage. Ort: Haus der Demokratie

Mo 11.5. 21.00 Uhr Video "Our Words Jump to Life" (Northern Visions/Belfast). Ort: Videokino Anschlag, Friedrichshain, Kreuzigerstr. 18, U-Bhf. Rathaus Friedrichshain

Mi 13.5. 19.00 Uhr "Jugendklubs in Belfast: zwischen Stacheldraht und Armee" Dias & Diskussion. Ort: Villa Eckertstein, Berliner Str. 90. Strausberg

Do 14.5 20.00 Uhr "Belfast: Nationalismus und Bandenkrieg" Dias & Diskussion. Ort: Mikado, Franz-Mehring-Str. 20, Frankfurt/Oder

Fr 15.5. 20.00 Uhr "Jugend in Belfast: Arbeitslosigkeit, Autoknacken u.v.m." Dias & Diskussion. Ort: Jugendzentrum Pankow, Florastr. 84, S-Bhf. Pankow und Wollankstr.

Fr 15.5. 21.00 Uhr Video "Schizophrenic City" (Northern Visions/Belfast). Ort: Videokino Anschlag, Friedrichshain, Kreutziger Str. 18

Schüsse auf EXPO-GegnerInnen

Im Rahmen der internationalen Aktionstage gegen die EXPO und die 500-Jahr-Feiern gab es am 19.4. am frühen Abend ein Konzert und anschließend eine Demo. Etwa 350 Leute zogen parolenrufend durch die Innenstadt. Nach einer Stunde stimmungs- und kraftvoller Demo tauchte ein Streifenwagen am Ende des Demozugs auf, eine Person wurde von den Polizisten niedergefahren und anschließend verprügelt. Mit Autos und Mülltonnen wurde der Weg verbarrikadiert, Panik kam auf und die Menge zerstreute sich in verschiedene Richtungen, wobei der größere Teil in derselben Richtung davonlief. Durch fehlende Kommunikation wußten die vorderen DemonstrantInnen nichts über die Vorgänge hinten. Es fehlte eine Demonstrationsvorbereitung, die es uns ermöglicht hätte, die Situation vor Ort und das mögliche Verhalten der Polizei einzuschätzen.



La policía carga contra un grupo de jóvenes, cerca del recinto de la Expo.

Die durch ein quergestelltes Auto am Weiterkommen gehinderten Bullen stiegen aus ihrem Wagen aus und verfolgten zu zweit zu Fuß mit gezogenen Pistolen und Schlagstöcken die Menge. Dann überstürzten sich die Ereignisse: Von beiden Seiten wurden Steine etc. geworfen, dann begannen die Bullen zu schießen. Als erste wurde eine Passantin unterhalb des Schlüsselbeins getroffen, die gerade ein Cafe verließ. Zwei weitere DemonstrantInnen wurde in die Oberschenkel geschossen, ein dritter in den Bauch. Von einem nun schon großen Polizeiaufgebot (mit Hubschraubern) wurde der Rest der Demo verfolgt, geprügelt und zum Teil schwer verletzt.

Gleichzeitig lief auch ein Einsatz von Spezialeinheiten in dem Stadtviertel, in dem sich das besetzte Haus und Szenebars befinden und auch das Konzert stattgefunden hat. Dabei wurden Leute aus Bars herausgeholt und von der Staße aufgegriffen, an die Wand gestellt, durchsucht und Personalien festgestellt. Insgesamt gab es 37 Festnahmen und einige Verletzte.

Die Namen und Zahlen der Festgenommen/Verletzten und ihre Unterbringung stellte sich erst nach Stunden heraus, weil jeglicher Kontakt zwischen Anwältin/uns und den Festgenommen/Verletzten unterbunden wurde, so war z.B. das Krankenhaus von Polizei umstellt (später wurden z.T. auch BesucherInnen festgenommen). Erst am nächsten Tag gab es Informationen über die schlechte Behandlung der Verletzten in den Krankenhäusern, die angeschossene Frau z.B. lag nur mit Unterhose und Hemd bekleidet die ganze Nacht am Gang und wurde von zwei Polizisten bewacht, die sie jedesmal aufweckten, wenn sie eingeschlafen war.

Eine Aktion von Indigenas, bei der die Eröffnungsrede des spanischen Königs unterbrochen werden sollte und sie selbst eine Erklärung verlesen wollten, mißlang, weil sie trotz Eintrittskarte von den Sicherheitskräften wieder rausgeschmissen wurden. Stattdessen fand ein Interview mit dem spanischen Fernsehen vor dem Eingang statt.

Danach setzten sich einige Leute mit Plakaten und Parolen zur Freilassung der Gefangenen und gegen die EXPO und 500-Jahr-Feiern vor den Eingang (ohne ihn zu blockieren).

Nach einer Viertelstunde tauchten Spezialeinheiten der Polizei auf. Ohne Aufforderung, die Aktion zu beenden, fingen sie sofort an zu knüppeln und die Leute brutal wegzuzerren. Gleichzeitig wurden nicht weit davon entfernt in einem Cafe Leute von Bullen aufgegriffen, z.T. verprügelt und festgenommen. Im Umkreis des EXPO-Geländes wurden einzelne Personen aus der Menschenmenge herausgegriffen, egal, ob sie etwas mit der Aktion zu tun hatten, oder nicht. Diesmal gab es ca. 20 Festnahmen.

Die allgemeine Situation danach in der Stadt war gekennzeichnet durch ständige Gefahr, aufgegriffen zu werden und eine daraus resultierende ständige Anspannung. In der Nähe des 'Patio' konzentrierten sich am frühen Abend Bullen und Zivis, so daß ein bevorstehender Angriff auf das Haus vermutet wurde. Die Situation entspannte sich erst im Lauf der Nacht. Das Stadtbild Sevillas zeichnet sich überhaupt durch eine extrem hohe Konzentration an Sicherheitskräften aus, die mit Polizeipanzern und kugelsicheren Westen und Maschinengewehren ausgerüstet Kreuzungen und Plätze kontrollieren.

Es wird hier versucht, jede Gegenöffentlichkeit zur EXPO zu verhindern, wobei wirklich jedes Mittel recht ist, wie z.B. die Schüsse auf der Demo: So schreckten die Bullen auch heute (21.4.) nicht davor zurück, den gesamten Campingplatz, auf dem wir ursprünglich untergebracht waren und auf den sich jetzt wieder einige Leute (v.a. jene aus Mittel- und Südamerika) zurückgezogen hatten, zu räumen. Ca. 30 Festnahmen. Das nächste wird wohl das Patio sein.
Um den Druck auf die spanischen Behörden zu verschärfen und um die Leute aus den Gefängnissen herauszubekommen, fordern wir euch dringend zu solidarischen Aktionen auf.

"KRIMINELLE JUGENDGANGS" und "LINKE TERRORSZENE" um was geht's hier eigentlich?

Am Freitag, den 3.4.92 wurden in einem Kreuzberger Lokal bei einem Überfall ein rechtsextremistischer Funktionär getötet und ein weiterer schwer verletzt. Der getötete Gerhard Kaindl war langjähriger Funktionär der Republikaner aus Steglitz, vor einem Jahr wechselte er zur "DEUTSCHEN LIGA für Volk und Heimat" und wurde dort Landesschriftführer.Der schwerverletzte Thorsten Thaler blickt auch auf eine lange rechtsextreme Karriere zurück. Vor seinem Übertritt zu den "REPUBLIKANERn" im Jahr 1989 war er stellvertretender Landesvorsitzender der "JUNGEN UNION" und gehörte dort zum rechten Flügel dieser bereits weit rechts stehenden Jugendorganisation der Berliner CDU. Nach dem Wahlerfolg der "REP's" 1989 kam er ins Abgeordnetenhaus und wurde Fraktionsgeschäftsführer und Pressesprecher der "REP's". Er wechselte 1991 zur "DEUTSCHEN LIGA" und schreibt häufig in der rechtsextremen Publikation "JUNGE FREIHEIT". Auf dem Treffen in dem Restaurant waren desweiteren noch anwesend: Gabriele Hartung vom Bundesvorstand der "DEUTSCHEN LIGA" und Carsten Pagel, ehemaliger REP-Landesvorsitzender, Sympathisant der "DEUTSCHEN LIGA" und verantwortlicher Redakteur der rechtsextremen Zeitung "JUNGE FREIHEIT".

Diesen Vorfall nahm die Staatsanwaltschaft zum Anlaß, eine Fahndungsmaschinerie in Gang zu setzen, die es bisher selten gab. Der Polizeipräsident setzte sofort eine Belohnung von 10.000 DM an. Es wurde eine 20(!)-köpfige Sonderkommission der Kriminalpolizei gebildet. Besonders Treffpunkte türkischer Jugendlicher in Kreuzberg werden von Zivis und Spitzeln beobachtet. Jugendliche, die sich zusammentun, um sich vor rassistischen Angriffen zu schützen, sollen dadurch kontrolliert und eingeschüchtert werden. Auch die von Presse und Politikern seit Monaten als gewaltverherrlichend diffamierte Antifa soll offensichtlich kriminalisiert werden.
Denn nicht der rassistische Terror, die organisierten Nazigruppen und das rassistische Klima in Deutschland scheinen für Staatsschutz, Politiker und Presse das Problem zu sein, sondern diejenigen Menschen, die sich genau dagegen zur Wehr setzen.

Aber es hat ja auch eine Logik, denn, was können wir von Politikern erwarten,
die keine Antwort haben auf die von ihnen produzierte soziale Misere hier;
die stattdessen über eine seit Monaten anhaltende "Asyldebatte" Menschen anderer Herkunft als Sündenböcke diffamieren und zum Abschuß freigeben;
die den von ihnen geschürten rassistischen Terror systematisch verharmlosen und entpolitisieren;

Was können wir von einer Polizei erwarten,
die bei den beinahe alltäglichen rassistischen Angriffen auf der Straße meist zu spät kommt;
die zuschaut oder die Opfer festnimmt und die Täter laufenläßt.

Was können wir von einer Presse erwarten,
die seit Monaten von "gewalttätigen Ausländern und Antifaschisten" redet;
die kein Wort mehr über die rassistische Gewalt und Hetze, die das gesellschaftliche Klima hier beherrschen, verliert;
der die Opfer dieser rassistischen und faschistischen Gewalt - wenn überhaupt - nur noch eine Kurzmeldung wert sind.
Heute sitzen faschistische Parteien wieder in Rathäusern!
Neonazis bauen ungestört ihre Organisationen und Waffenlager aus!
Faschistische Aufmärsche werden wieder polizeilich genehmigt und faschistische Hetze breitet sich in den Köpfen der Menschen ungestört aus.

Faschistischer Terror wird runtergespielt - und die Gefahr von Naziorganisationen sowohl von Politikern als auch von Polizei und Verfassungsschutz verharmlost.
Denn die bürgerlichen Parteien können die braunen Scharfmacher gut gebrauchen!
In der Frage "Ausländer raus" gibt es mittlerweile viele Gemeinsamkeiten zwischen den Herren in Bonn und dem braunen Mob.
Und wenn heute Nazis und Rassisten den "notwendigen" Druck auf der Straße machen - gegen diese "unliebsamen" Flüchtlinge und Einwanderer - und die Menschen durch Terror auch noch einschüchtern, so paßt das den Bonner Herrschaften gut ins Konzept!
Menschen, die sich gegen Faschisten und militante Rassisten zur Wehr setzen, werden, wie es jetzt wieder in den Medien dargestellt wird, auf "Gewalttäter" reduziert!
Über 2000 rassistische Übergriffe und 15 Tote- das ist die "stolze" Bilanz für das letzte Jahr. Betroffen waren Menschen, die eine dunkle Hautfarbe hatten oder sich gegen Faschisten zur Wehr setzten.

Wenn wir uns gegen die rassistische Gewalt und gegen Faschisten wehren wollen, werden wir oft ohne Gewalt nichts ausrichten können.
Wenn sie uns angreifen - müssen wir uns verteidigen!
Es kann sonst unser Leben kosten!
Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie Nazis sich treffen, ihre Organisationstrukturen unbehelligt ausbauen, über Aufmärsche ihre "braune Propaganda" verbreiten.
Wir müssen versuchen, allerorts ihr Auftreten und ihre Treffen zu verhindern - und dies geht nicht immer ohne Gewalt!
Denn die Logik faschistischer Gruppen ist die Gewalt!
Gewalt gegen alles, was sich ihren Interessen in den Weg stellt.

Es gibt die Erfahrung, daß die rechte Gewalt dort am stärksten entwickelt ist, wo den Faschisten nicht entgegengetreten wurde.
Aber Antifaschismus heißt noch viel mehr: Schon viele Menschen, besonders Jugendliche haben sich einspannen lassen für diese menschenverachtenden Bewegung. Unser Ziel ist es auch, diesen Jugendlichen zu zeigen, wie das Leben Spaß machen kann, jedoch ohne diesen Terror.
Es ist wichtig, sich offensiv und gemeinsam für die eigenen Rechte einzusetzen und darum zu kämpfen - ohne vermeintlich Schwächere angreifen zu müssen. Unsere Waffe ist immer noch die Solidarität untereinander - gegen Führerkult und Rassismus!
Gegen die massive braune, rassistische Propaganda müssen wir mit unseren Argumenten entgegensteuern, die wirklich Verantwortlichen in diesem Land benennen, faschistische Demagogie entlarven.
Wir fordern unsere Rechte auf Gleichberechtigung , auf Wohnung und Arbeitsplätze ein, und wir versuchen eine eigene Kultur aufzubauen - gegen das herrschende "Alle gegen Alle"!

Jetzt wird in einer sagenhaften Pressehetze versucht, einer Kriminalisierung von AntifaschistInnen den Boden zu bereiten und Jugendliche, die sich zusammentun zum eigenen Schutz, einzuschüchtern.
Dazu sagen wir nur eines: Wir sind mit unserem Kampf gegen die wirklichen Gewalttäter in dieser Gesellschaft im Recht!
Wir lassen uns nicht einschüchtern!
Wir werden uns weiterhin wehren!
- gegen rassistische Gewalt
- gegen Naziterror.

Für ein Leben ohne Gewalt, Haß und Ausgrenzung!
GEMEINSAM, egal welcher Hautfarbe, welcher Nationalität oder welchen Geschlechts werden wir uns wehren und diese rassistische Scheiße stoppen.

UNABHÄNGIGE ANTIFAGRUPPEN aus BERLIN

__Anmerkungen zum neuen Berliner ASOG__

Anfang April dieses Jahres wurde im Berliner Abgeordnetenhaus durch die sichere Mehrheit der CDU/SPD - Koalition der Entwurf für ein neues Berliner Polizeigesetz, das sog. "Allgemeine Sicherheits - und Ordnungsgesetz", verabschiedet. Das Berliner Gesetz lehnt sich eng an die im Saarland und Nordrhein - Westphalen verabschiedeten Polizeiaufgabengesetze an.

Die Kernbereiche des neuen Polizeirechts beziehen sich hauptsächlich auf die "polizeiliche Beobachtung", d.h., der Handlungsspielraum der Bullen in den Bereichen Observation, Einsatz von verdeckten Ermittlern, Identitätsfeststellung, Datenerhebung und Datenweitergabe ist immens erweitert worden. So kann sich beispielsweise der Zugriff der Bullen auch auf Leute richten, von denen lediglich vermutet wird, daß sie in Beziehung zu einem "Tatverdächtigen" stehen. (vgl. §25 und §27 ASOG)

Die Daten der voraussichtlichen Opfer dürfen ebenso in Dateien gespeichert werden, wie die der dazugehörigen Täter.

Darüber hinaus bleibt es den Bullen durch Gummiklauseln, wie "eine Straftat von erheblicher Bedeutung" oder "Gefahr im Verzug", weitgehend überlassen, in welchen Fällen sie nach den verschiedenen Regelungen von ASOG agieren.

Der Aktionsrahmen der Bullen im Zusammenhang von Demos, Durchsuchungen etc. ist - im Vergleich zu dem Aspekt des Datenzugriffs - im neuen ASOG "nur" geringfügig verändert worden. Dabei sind die Befugnisse aus dem alten ASOG selbstverständlich im neuen ASOG aufrechterhalten worden.

Bemerkenswert sind vor allem zwei Erweiterungen:

a.) Nach dem neuen ASOG können auch Menschen in Gewahrsam genommen werden, "um eine Platzverweisung durchzusetzen" (§30). Für Platzverweisung gab es im alten ASOG zwar keine Entsprechung, die Bullen haben allerdings häufig Leute vorübergehend festgenommen, um sie daran zu hindern, an bestimmten Plätzen oder Straßen zu demonstrieren.

b.) Nach dem alten ASOG mußte bei längerfristig festgenommenen Personen (bis zu 48 Std.) ein Richter das Vorgehen der Polizei überprüfen. Praktisch gesehen hatte dieses Recht natürlich keine Relevanz, da die Richter i.d.R. die Festnahme stets als rechtens erklärten. Im neuen ASOG wird hinsichtlich der richterlichen Überprüfung die bisherige praktische Handhabe gerechtfertigt:

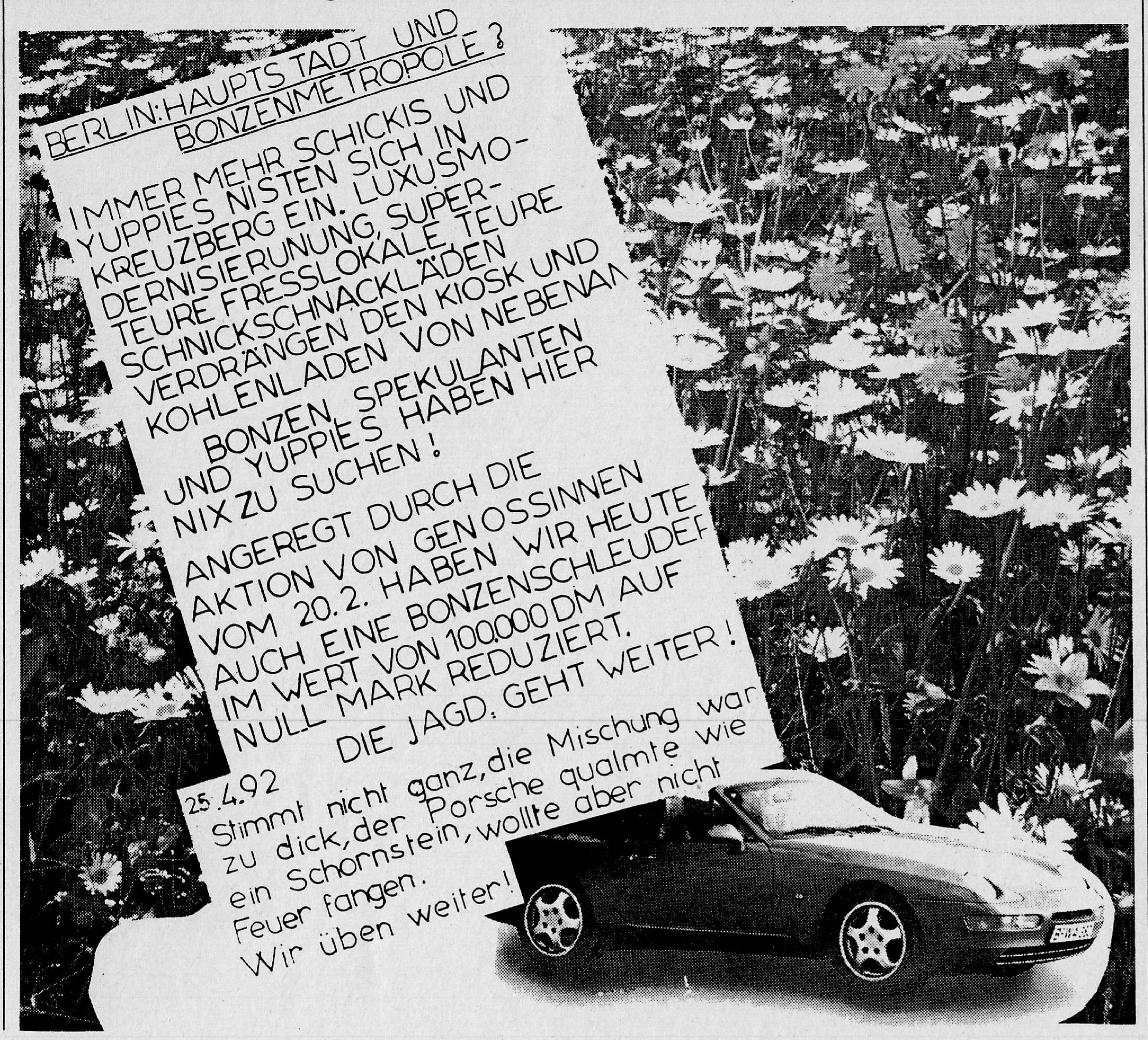
"... Die Herbeiführung der richterlichen Entscheidung bedarf es nicht, wenn anzunehmen ist, daß die Entscheidung des Richters erst nach Wegfall des Grundes der polizeilichen Maßnahme ergehen würde." (§31)

Mit anderen Worten haben die Bullen im Prinzip jetzt die Möglichkeit, die vorgeschriebene richterliche Überprüfung zu umgehen, so daß Festgenommene stundenlang festgehalten werden können, ohne daß ein Richter hinzugezogen werden muß.

Im Hinblick auf den 1. Mai raten wir euch:

Falls ihr nach ASOG einfahrt, fragt die Pigs, wie lange sie euch festhalten werden. Lassen euch die Bullen darüber im unklaren, besteht auf euer Recht einer richterlichen Überprüfung der Festnahme. Es ist zwar nicht zu erwarten, daß sie euch gehen lassen, aber wenn sich viele Leute auf dieses Recht berufen, wird der bürokratische Apparat vielleicht überkochen!!!

Es ist Frühling, Porschefreunde!



Laßt uns die Faschisten treffen, wenn wir sie schlagen

Wir sind in der Nacht vom 26. auf 27.4. in den Jugendclub Sandow in Cottbus eingedrungen und haben reichlich Unterlagen und Akten mitgenommen. Veröffentlichungen hieraus behalten wir uns vor.

Der Club ist ein stadtbekannter Treffpunkt für Faschisten und ein Ausgangspunkt für ihre Organisierung. Wir haben die Tür aufgebrochen, die Büroräume durchsucht und als Andenken ein großes rotes gesprühtes Bild von Che Guevara hinterlaßen.
Wir sind in den Jugendclub eingedrungen zu einem Zeitpunkt, der für die Faschisten eine Phase hoher Mobilisierung bedeutet. Zum 1. Mai planen sie einen Aufmarsch in Cottbus. Wir schreiben das, um zu zeigen, daß es den Mythos von dem zwei Meter großen Nazi-Monster nicht gibt. Die Faschisten sind angreifbar, wenn wir das wollen.
Genausowenig ist es notwendig, daß wir selbst die kampfsporterfahrenen Schlägertypen sein müssen. Wir sind klein, unscheinbar, Männer und Frauen, aber entschlossen. Das reicht, um den Faschisten ordentlich etwas entgegenzusetzen.

 Antifaschistische Aktionsgruppe Tamara Bunke

Für eine linke Strömung (FELS):

ZUM "FORDERUGSKATALOG" FÜR DEN 1. MAI & NOCH EINIGEN SACHEN MEHR

Wir, einige Leute von FELS plus ein paar Menschen aus anderen Gruppen, haben vor einigen Wochen eine Reihe sozialer und politischer "Forderungen" zusammengeschrieben, die wir als Diskussionsgrundlage für eine Art "Kampfplattform" in der Interim vom 9.April veröffentlichten. Das Ziel dieser Gruppe, die am Katalog gearbeitet hat, war es über die Formulierung konkreter "Forderungen" die Inhalte, für die wir als radikale Linke stehen, greifbarer und vorstellbarer zu machen. Unserer Meinung nach reicht es nicht, wenn die Linke in dieser Stadt alle paar Monate mit der Parole "gegen Bullen, Staat und Kapital- für die Revolution" demonstriert. Darunter können sich vielleicht 20.000 Menschen in Berlin etwas vorstellen, mehr aber auch nicht.

Wir behaupten dagegen, daß linke Inhalte jenseits vom revolutionären Pathos auch in konkret vorstellbaren Kampfzielen formuliert werden müssen. Diese Kampfziele müßten außerdem zu den anstehenden Umverteilungskämpfen und der sozialen Auseinandersetzung in Deutschland Stellung beziehen.

Der Vorschlag, solche Kampfziele in den zentralen Aufruf zum 1.Mai auszunehmen und damit der Demonstration eine soziale Stoßrichtung zu geben, ist inzwischen -wie zu erwarten war- nicht gerade auf viel Interesse gestossen.

Herr B. geht regelmäßig zu Fels

Die machen immer so lustige Sachen!

Das Koordinationsplenum für den 1.Mai stützte seine Ablehnung dabei vor allem auf Punkte, die die Vorgehensweise betreffen:

1) eine zentrale Vorbereitung/Parole/Aufruf seien nicht vorgesehen; 2)ein Konsens der unterschiedlichen Gruppen nicht zu erarbeiten 3)der Zeitraum für eine Diskussion zu kurz;

4) wurde grundsätzlich in Frage gestellt, ob die Diskussion für eine soziale/politische Kampfplattform überhaupt im Zusammenhang mit dem 1.Mai zu führen sei.

Wir, die VorbereiterInnen des Vorschlags haben daraufhin verzichtet, auf eigene Faust eine solche Plattform bis zum ersten Mai zu pushen. Die ersten beiden Argumente fanden wir zwar falsch- wir glauben, daß ein gemeinsam formulierter undveröffentlichter Minimalkonsens unverzichtbare Bedingung für eine gemeinsame Demo sind- aber die anderen beiden Gegenargumente sahen und sehen wir auch: Unsere Initiative kam zu spät, um eine echte Diskussion ermöglichen zu können, und zum zweiten würde eine Plattform, die einmal im Jahr auf die Straße getragen wird, sich ansonsten auf unsere politische Praxis aber nicht auswirkt, kein Schritt nach vorne sein. Ob sich eine Änderung unserer Politik ausgerechnet im Zusammenhang mit einer Demonstration forcieren läßt, ist fragwürdig.

Wir haben daraufhin überlegt, die Diskussion um eine mögliche Plattform unabhängig vom ersten Mai und ohne Zeitdruck weiterzuführen und in absehbarer Zeit damit auf andere Gruppen zuzugehen. Unsere Vorstellung ist dabei nach wie vor , daß unser Paper nicht mehr ist als ein durchaus in seiner Gesamtheit zu hinterfragender Diskussionsvorschlag, also kein feststehender Katalog, für den wir Unterschriften suchen.

Unterdessen hat es auch in Fels, die niemals als Gesamtgruppe beteiligt war, heftige Auseinandersetzungen um das Papier gegeben.

Zunächst wurde bemängelt, daß "Forderungskatalog" ein idiotischer Begriff sei. "Fordern" sei eine im Unterdrückungsverhältnis verharrende Haltung. An wen sollten wir Forderungen richten?

Außerdem kristallisierten sich 3 Positionen heraus:

-eine erste Position ist die von den VerfasserInnen, die glauben, daß die Diskussion um einen Minimalkonsens/ eine Kampfplattform für die Organisierung der radikal-linken Kräfte in der Stadt wichtig wäre. Diese Gruppe vertritt, daß neben theoretischen Auseinandersetzungen und einer alltäglichen gemeinsamen Praxis eine Plattform von konkreten Kampfzielen notwendige Voraussetzung für das Entstehen einer linken politischen Kraft ist. Sie geht außerdem davon aus, daß die Linke breit vorhandene Forderungen der hier lebenden Menschen aufgreifen und artikulieren muß, wenn sie aus der Marginalisierung und Irrelevanz herauskommen will ("Ein revolutionärer Prozeß ist nur mit den hier lebenden Menschen möglich")

- eine zweite Gruppe, die diese Meinung grundsätzlich teilt, aber antiimperialistische Positionen stärker in die Diskussion einbringen will. Ihrer Meinung nach existieren in der imperialistischen Metropole BRD derart große Privilegien für die deutsche Bevölkerungsmehrheit, daß ihre unmittelbaren Bedürfnisse die nach einem ungerechtfertigt hohen Wohlstandsniveau sind. Auch wenn diese Position durchaus die Notwendigkeit anerkennt, unmittelbare Forderungen wahrzunehmen und sich zu den anstehenden Umverteilungskämpfen zu verhalten, relativiert diese Gruppe die Bedeutung dieser Kämpfe in Anbetracht der Massenarmut im Trikont und Ostblock. ("Der große Teil der Bevölkerung hier ist eine Art Arbeiteraristokratie")

- eine dritte Position ist die, daß die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen in den Metropolen die einer privilegierten Klasse sind, und nicht nur manchmal, sondern prinzipiell einer kommunistischen Umverteilung feindlich gegenüberstehen. Eine Orientierung an den Bedürfnissen dieser Menschen sei falsch, eine konsequente Linke in der BRD zwangsweise winzig klein. Die Linke müsse sich deshalb mit ihrer Marginalisierung abfinden und ausschließlich versuchen, die radikalen Teile dieser Gesellschaft (Jugendliche und Politszene) zu organisieren. Die Position lehnt die Idee einer Plattform, wie sie ins Gespräch gebracht worden ist, grundsätzlich ab.

Uns als VerfasserInnen des Katalogs leuchtet diese Kritik zum Teil ein, aber unserer Meinung nach kann sich die Linke der Verpflichtung, politischen Einfluß zu gewinnen, nicht einfach dadurch entziehen, indem sie sagt "mehr ist sowieso nicht drin". Wir behaupten, daß natürlich viele weit verbreite Forderungen (Z.B die zum Asylrecht oder AusländerInnen, der Todesstrafe) reaktionär und oft faschistisch sind. Aber genau darum geht: die Linke muß um Hegemonie kämpfen, sie muß, indem sie soziale Kämpfe anzettelt und mitträgt, verhindern, daß immer mehr Menschen sich faschistische "Lösungen" suchen. Daß wir dabei auf eine vom Faschismus und Nachfaschismus geprägte Bevölkerung treffen, die in ihrer übergroßen Mehrheit tatsächlich Bündnispartner des bestehenden Systems bleiben werden, wissen wir auch. Aber das einzige was zählt, ist,sich mit dieser Tendenz eben nicht abzufinden.

Wir werden deshalb an unserem Vorschlag weiterarbeiten und wollen eine Debatte mit anderen Gruppen über die Möglichkeiten einer Plattform. Wenn Euch sowas interessiert, unten steht, wo und wann wir zu erreichen sind...

Außerdem noc h ein paar Hinweise betreffs FELS

*UNSERE SEMINARREIHE GEHT WEITER: am 30.MAI ab 11 Uhr im LAZ (Crellestr.22; 1 B 62) wollen wir über nicht traditionelle, linke Organisationsansätze diskutieren. Wir haben uns (jetzt definitiv) für zwei Gruppen entschieden : die Neue Linke Strörung in Griechenland und der Sozialistische Volksblock im Baskenland. Gehen soll es um die sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen, aus denen diese Organisationen entstanden sind, wie weit sie sich wirklich vom traditionellen ML-Schema befreit haben, und inwieweit sie Hemmnisse oder Voraussetzung für Ansätze von Befreiung in ihren Ländern sind

*VERANSTALTUNG ZU NICARAGUA AM MITTWOCH 20.MAI 19 UHR; EBENFALLS IM LAZ: es geht um die Verelendung in Nicaragua durch die neoliberale Wirtschaftspolitik, die Neuzusammensetzung der sozialen Bewegungen (z.B der Zusammenarbeit von Recontras und Recompas) und die Frage, welche Rolle die SandinistInnen darin überhaupt noch spielen. 2 GenossInnen, die länger in Nica-Land waren,berichten.

*SITZEN WIR JETZT FEST IM LAZ: Wir sind freitags ab 14 Uhr im Lateinamerikazentrum, Crellestr.22-Nähe Kleistpark (U-Bahn) in Schöneberg erreichbar; es gibt Kaffee und ansonsten eine leicht verfallene Atmosphäre; Telefon : 030- 7881595

* aUßERDEM SUCHEN WIR IMMER NOCH LEUTE, DIE BEI UNS MITMACHEN MÖCHTEN, Treffen ist jeden Freitag ab 19 Uhr im LAZ; wir sind ne offene Gruppe, haben neben dem Plenum im Moment 3 AGs und sind weder ne Partei noch eine Theoriegruppe....



Hie r kurz was zu dem Roman "WIR TANZEN BIS ZUM ENDE -- DIE GESCHICHTE EINES AUTONOMEN" von TomasLecorte:

Das Buch ist nicht viel mehr als eine Art Krimi aus einer and eren Scene als dass bei Krimis meistens so üblich ist. An manchen Stel len ist es durchaus spannend geschrieben, richtig zum Verschlingen - o der eben auch nicht!

Es fängt damit an, daß der Autor mit seiner Gruppe nach einem Brandanschlag auf ein Gen-Technik-Zentrum festgenommen wird und im Knast landet.
Dann beschreibt Tomas Lecorte im Rückblick seine Geschichte: seine Entwicklung vom gewaltfreien Schüler zum autonomen Straßenkämpfer, und von da zu einer Gruppe, die gezielte Anschläge macht.
Abe r: Er beschreibt nicht, oder nur ganz am Rande, warum e r diese Politik für richtig hält und macht. Er erzählt von seinem Traum von einem anderen Leben, von seiner Wut und seinem Haß auf Bullen, und davon, daß er sich von denen ni cht mehr unte rkriegen lassen wollte, und daß er deshalb d azu gekommen ist, gezieltere Aktionen zu machen. Bei all dem bes chreibt er hauptsäaclich ein bestimmtes Lebensgefühl, aber wenig politische Bestimmung.
Insgesamt reiht T.L. in seinem Buch eine Menge Klischees aneinan der, von denen ich manchmal scho n angenommen habe, daß e s die so fast gar nicht mehr gibt:
es geht sehr viel um Lebensgefühl im "Dorf Kreuzberg", wo "die Scene" l ebt und sich trifft (!?), um Staßenkämp fe, die T.L. zum Teil seitenlang beschreibt. Es geht um den Versuch, "ganz anders" zu leben, in der Scene und in WGs (und darum, sich vo m bösen Rest, der ja"ganz normal" lebt, abzugrenzen?).
Anz wei Stellen stellt T.L. auch kurz nochmal eben seine Rolle als Mann in Frag e. Alles muß dabei sein!
Insgesamt einfach zuviel Mythos, der aufgebaut, zuviel Klischees, d ie vermittelt werden. Aber darum kanns doch wohl nicht gehen! Und das ganze in einer ziemlich geschwollenen, manchmal tr i efenden Sprache.

eine die das Buch gelesen hat

LEBENS(T)RAUM STRAßE

ist das Motto des gemeinsamen Aktionstages von verschiedensten Initiativen und Vereinen am IO.Mai.Entgegend anderslautenden Gerüchten haben wir uns,die Blechlawine und die Brückenini,entschlossen an diesen Tag ein Straßenfest an der Oberbaumbrücke/ Schlesische Tor zu feiern:vielfältig,rege und bunt;haarsträubend ,mutig und unvergeßlich ist unsere Vorstellung.Da Rom nicht an einem Tag gebaut wurde und der Innenstadtring auch nicht an einem Sonntag verhindert wird ,sehen wir diesen Tag als eine gute Möglichkeit die Öffentlichkeit zu vergrößern und nochmal zu spüren, wie die Brücke und der ganze Ring wirken,wenn dort statt 60.000 Autos 60.000 Menschen spielen,toben,radfahren usw:

IO-22 Uhr ist Fest,davon
IO-I4 Uhr ist Flohmarkt
I4- 22 Uhr Musik,Kino,Infos,Kindereien, Essen+Trinken und Bootsverleih

Um I5 Uhr soll eine Fahrraddemo um den gesamten Ring stattfinden: die RadfahrerInnen würden sich natürlich über Musik,Transparente und eisgekühlte Getränke auf der Brücke freuen.
Für alle,die einenStand,Infos,Theater usw. machen wollen,gibt's ein Koordinationstreffen am letzten Mittwoch vor dem Fest:
6.Mai 92 von I7-20 Uhr im Falckeladen,Falckensteinstraße 46,I/36
Parteien- und Alkoholstände sind unerwünscht,wir machen einen Bierstand,um einen Teil der Unkosten finanzieren zu können.

KEIN RING FÜR NIEMAND

Die Blechlawine+und die Brückenini

Ein paar klärende Worte zum 1.Mai:
Wir"planten/beantragten"(interim Nr.I89) kein Fest am I.Mai an der Oberbaumbrücke,sind auch nicht verantwortlich für den Ruf "An die Jugend dieser Welt"(interim Nr.I87),planen auch nichts "kleines"(interim Nr.I90) am I.Mai.Wahr ist:wir sind von einer anderen Gruppe gefragt worden,was wir von einem solchen Aufruf (I.Mai-Fest an der Oberbaumbrücke) halten.Gemeint war nicht die Organisierung eines Festes,sondern lediglich ein Aufruf dazu.
Wir haben gesagt,daß wir selbstverständlich nichts dagegen haben , wenn andere das machen/dazu aufrufen.Daß wir uns aber auf den IO.Mai konzentrieren wollen.Warum wir jetzt immer wieder vom Fest-Komitee genannt werden?Keine Ahnung.Trotzdem begrüßen wir selbstverständlich alle Aktivitäten,die zur Verhinderung des inneren Stadtringes führen.

PR-Abteilung der Brückenini

-Letzte Info:Es gibt keinen Bootsverleih sondern"ab I6 Uhr versammeln wir uns auf der Spree zu einer Kundgebung vom Wasser aus, bringt alles mit womit ihr euch sicher auf dem Wasser be... kö..."

DER OSTEN SCHLÄGT ZURÜCK

Helmholtzplatz
20.00 Uhr

Kollwitzplatz
21.30 Uhr

Kiezumzug zum 1. mAi

Westberlin Berlin

TERMINKALENDER

Do 30.4. 21.00 Daneben,Rigaerstr.84 - Europa 93 - "Sprung der Bestie:der befreite Markt"

Fr 1.5. 13.00 DEMO ORANIENPLATZ

Sa 2.5. 21.00 Kruemel,Weserstr.155,1/44 - Kiezparty für Prozesskosten
22.00 Party im EX - The day after
21.00 Daneben - "Sacco und Vanzetti"

Mo 4.5. 19.30 Bürgersaal Haidhausen - 2.Veranstaltung gegen WWG92

Di 5.5. 20.00 Mehringhof - VV zum 9.Mai in Karlshorst
19.00 Kruemel - Faschistische Organisationen und Parteien in der BRD seit 1945
21.00 Daneben - "Gramsci- wie ich ihn erlebt habe"

Mi 6.5. 18.00 Lichtschranke,Nostizstr.49,1/61 - Totalverweigerertreffen
20.00 Bandito Rosso,Lottumstr.10a - "Und Morgen war Krieg"

Do 7.5. 18.00 TU-Audi-Max - Eine Veranstaltung zum Tag der Befreiung vom Faschismus
20.00 Clash,Uferstr.13,1/65 - Frauen-/Lesbenabend mit "Viktor undViktoria" von Blake Edwards + Undergroundkurzfilme von Alyce Wittenstein
21.00 Daneben - "Im Herbst der Bestie"

Fr 8.5. 20.00 SO 36 - Antifa-Veranstaltung + Fete

Sa 9.5. 11.00 DEMO U-Bhf Tierpark Irving in Karlshorst verhindern

So 10.5. Straßenfest an der Oberbaumbrücke/Schlesisches Tor mit Musik,Kino,Infos, Kindereien,Essen und Trinken + 16.00 Kundgebung auf der Spree

Am 3.4.92 starb der Vorsitzende der "Deutschen Liga für Volk und Heimat", Gerhard Kaindl.

Der Staatsschutz ermittelt

Denkt daran:

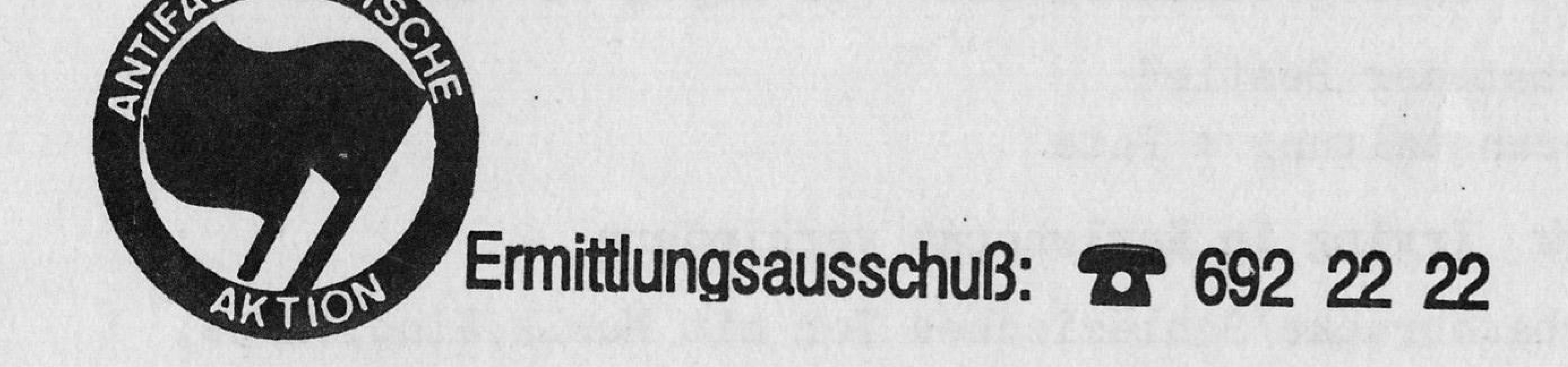
Sie können überall sein!

- In Kneipen
- An euren Treffpunkten
- Auf der Straße...
- Im Telefon

Jeder Hinweis kann IHNEN nützlich sein.

Deshalb:

- **keine Spekulationen und Gerüchte**
- **keine Aussagen, wenn sie Euch anquatschen**
- **keine Hinweise und keine Zusammenarbeit mit Bullen und Justiz**



Ermittlungsausschuß: ☎ 692 22 22